Nr. 25. 17. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 31. Januar 1900. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Eine Jubelfeier.

Die „Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat" datiert vom 31. Januar 1850; sie vollendet somit heute ihr fünfzigstes Lebensjahr. Das Dasein, das hinter ihr legt, war alles andre eher, als heldenhaft und kampffreudig; es führt vielmehr von Leidensstation zu Leidensstation. Werfen wir zur Feier des Tages wenigstens einen kurzen Rückblick auf diese trübselige Historie!

Als die junkerlich-militärische Reaktion im November 1848 die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zur „Vereinbarung" einer Verfassung einberufene Versammlung mit widerrechtlicher Waffengewalt gesprengt hatte, erließ sie am 5. Dezember 1848 zur freudigen Ueberraschung aller Philister eine leidlich liberale Verfassung. Dies „Blatt Papier" war so ziemlich nach den Konzepten der gesprengten Versammlung ausgearbeitet und sollte zudem noch von einer neuen, nach allgemeinem Stimmrecht gewählten Versammlung revidiert werden. Der wahre Grund der treuherzigen Maske, die der reaktionäre Fuchs versteckte, war aber die heillose Angst, die ihm noch von dem glorreichen Volksaufstand des 18. März her in allen Gliedern schlotterte; trotz aller Säbelrasselei bebte ihm „das feige Herz, das falsche Herz" im Busen. Er wollte den liberalen Spießbürger nur am langsamen Feuer braten, was ihm denn auch gelungen ist.

Die Verfassung vom 5. Dezember 1848 enthielt bereits einige sehr gefährliche Hinterthüren, und auch das allgemeine Wahlrecht blieb nicht unbeschnitten. Dabei kam nicht sowohl in Betracht, daß nicht mehr „jeder Preuße", sondern nur noch „jeder selbständige Preuße" wahlfähig blieb, als vielmehr, daß neben der durch das allgemeine Wahlrecht geschaffenen Kammer auch noch eine erste, nach hohem Zensus gewählte Kammer die Verfassung revidieren sollte. Thatsächlich ist nur die erste Kammer, in der nach der Art ihrer Wahl die reaktionären Elemente überwogen, zu dieser Revision gekommen, nicht aber die zweite Kammer, bei der das allgemeine Wahlrecht seine Schuldigkeit gethan hatte, so daß sie nicht fügsam genug nach der reaktionären Pfeife tanzte, und bald aufgelöst wurde, noch ehe sie mit der Revision der Verfassung begonnen hatte. Die äußere Handhabe zu ihrer Auflösung bot namentlich ihr Widerstand gegen das treulose Spiel, das die preußische Regierung mit der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. trieb. Die ihm von dieser Versammlung um den Preis einiger Einheit und Freiheit angebotene Kaiserkrone wies Friedrich Wilhelm IV. zurück, in der tragikomischen Einbildung, er werde die deutschen Mittel- und Kleinfürsten zu seinen freiwilligen Vasallen machen, wenn er mit seinem „herrlichen Kriegsheere" die Volksbewegung in ihren Ländern oder Ländchen niederschlüge.

Bekanntlich hat er den blutigen Henkersdienst in Dresden, in Baden, in der Pfalz geleistet, aber als er nun seinen Lohn einkassieren wollte, lachten ihn seine geretteten Mitbrüder von Gottes Gnaden einfach aus. Jedoch so lange ihnen das Messer an der Kehle saß, hatten sie sich zu Verhandlungen über eine Sorte deutscher Verfassung herbeigelassen, deren lächerliche Bestimmungen vergessen sind, bis auf eine, die leider grotesker Ernst geworden ist, nämlich das Dreiklassen-Wahlsystem. Wie Byron einmal sagt, eine Vierzig-Pfarrers-Kraft gehöre dazu, das Lob der Heuchelei zu singen, so gehörte die vereinte Kraft von zwei oder drei Dutzend reaktionären Regierungen dazu, um so etwas fertig zu bringen, wie jenes Wahlsystem. Aber allerdings war die preußische Regierung die findigste und die fixeste unter ihres Gleichen. Mit jener preußischen Perfidie, die in moderner Zeit dasselbe bedeutet, was man im Altertum punische Treue zu nennen pflegte, sagte das Ministerium Brandenburg-Manteuffel: Wir wollen gleich einen praktischen Beweis unserer künftigen Bundestreue geben, indem wir das Dreiklassen-Wahlsystem in Preußen einführen; sie trieben es sogar weit genug mit dieser Perfidie, um die Umwandlung der bisherigen geheimen Abstimmung in die öffentliche mit der cynischen Bemerkung zu rechtfertigen, daß „dem Volke auch in diesem Punkte die Oeffentlichkeit nicht länger vorzuenthalten" sei.

Selbstverständlich war die Octroyierung des Dreiklassen-Wahlsystems ein vollständig rechtswidriger Akt. Die junkerlich-militärische Reaktion scheute davor aber so wenig zurück, wie sie je vor einer rechtswidrigen Gewaltthat zurückgescheut ist; seit dem Dezember 1848 waren ihr die Flügel beträchtlich gewachsen, und sie war inzwischen durch die Erfahrung belehrt worden, daß sie mit einer nach allgemeinem Wahlrechte gewählten Volksvertretung nie fertig werden würde. Am liebsten hätte sie freilich mit dem ganzen konstitutionellen Firlefanz reinen Tisch gemacht, und wäre zum vormärzlichen Despotismus zurückgekehrt, allein dieser Despotismus bedeutete den finanziellen Bankrott. So mußte man sich wohl oder übel zum Scheinkonstitutionalismus entschließen, der einer scheinbaren Volksvertretung einen scheinbaren Anteil an der Regierung gab, während der Krone alle thatsächliche Macht gewahrt blieb. Die Dreiklassen-Wahl wurde oktroyiert, um eine Kammer zu schaffen, die bereit und fähig wäre, die Verfassung vom 5. Dezember auf das scheinkonstitutionelle Kaliber herab zu revidieren, und für diesen edlen Zweck erwies sie sich als ein treffliches Mittel.

Die neue zweite Kammer — die erste war nicht aufgelöst, sondern nur vertagt worden — bestand aus einer Rechten von Junkern, einem Centrum von Bureaukraten und einer Linken von „Gothaern", jener damals so genannten allerschwächlichsten Fraktion der an sich schon so schwächlichen Bourgeoisie. Deren entschiedenere Elemente sowie das demokratische Kleinbürgertum hatten sich der Wahl wegen ihrer Rechtswidrigkeit enthalten, was eine sehr anfechtbare Taktik, aber keineswegs von entscheidendem Einfluß auf den Gang der Dinge war. Am 7. August 1849 traten die beiden Kammern zu ihrer ersten Session zusammen, die nach einem nicht üblen Witze, zu dem sich sogar ein Gothaer aufschwang, nicht eine gesetzgebende, sondern eine gesetznehmende Session werden sollte. Die Gesetze aus dem Sommer 1848, das Bürgerwehr-Gesetz, das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit und andere mehr, wurden einfach beseitigt, und aus der Verfassung flog unbarmherzig alles hinaus, was einen wirklichen Konstitutionalismus hätte begründen können. Man machte sich die Sache sehr bequem und einfach; hieß es in der Verfassung vom 5. Dezember: Das Heer muß auf die 1. Verfassung vereidigt werden, so schrieb man jetzt hinein: Das Heer darf nicht auf die Verfassung vereidigt werden. Um den Kern- und Schwerpunkt des Konstitutionalismus entbrannte allerdings noch ein etwas heftigerer Kampf. Die Regierung wollte der Volksvertretung nur das Recht gewähren, neue Steuern zu bewilligen, ein Recht, das unter dem Zwange der Finanznot schon in vormärzlicher Zeit dem Vereinigten Landtage eingeräumt worden war, während die Gothaer das Recht zur alljährlichen Bewilligung sämtlicher Steuern verlangten. Im Kampf um den geliebten Geldbeutel entwickelten sie sogar ein gewisses Feldherrntalent und siegten in der zweiten Kammer mit 212 gegen gegen 93 Stimmen, aber die erste Kammer verwarf den Beschluß, und die ganze Verfassung wurde nach den Diktaten Manteuffels gemacht.

Manteuffel war aber in seiner Art wenigstens ein Geschäftsmann, der, wenn er nur seine bureaukratisch-reaktionären Zwecke durchsetzen konnte, sich nicht viel an romantische Schrullen kehrte. Deshalb genügte das ganze Revisionswerk immer noch nicht den Wünschen des Königs, und so erließ er am 7. Januar eine Botschaft, worin er noch fünfzehn feudal-reaktionäre Verschlechterungen der Verfassung verlangte. Auch diesen Kelch mußten die Revisionskammern leeren, obgleich er für die erste Kammer das reine Gift war, woran sie auch gestorben ist; denn die vom König verlangten Aenderungen bahnten dem Herrenhause den Weg, dem ungeheuerlichsten Mißgebilde, das der Scheinkonstitutionalismus jemals gezeugt hat. Dann erst genehmigte der König die Verfassung, die am 31. Januar 1850 als Staatsgrundgesetz verkündet und am 6. Februar im Berliner Schlosse vom König und den Kammern beschworen wurde. Der König hielt dabei eine Rede, deren jesuitische Vorbehalte durch eine salbungsvoll triefende Frömmelei nur schlecht verdeckt wurden; er sagte, die Lebensbedingung der Verfassung sei, daß der König von Gottes Gnaden mit ihr regieren könne, und so jubelten die Junker, die vom König beschworene Verfassung sei „ein Tilsiter Frieden mit der Revolution", und nach einigen Jahren werde man die bösen Feinde wieder aus dem Lande jagen.

Das ist nun freilich nicht so gekommen und konnte nicht so kommen, wie es sich die Junker in ihrer wüsten Phantasie als Wiederkehr der feudal-ständischen Herrlichkeit einbilden mochten. Aber merklich gelungen ist doch, selbst diese Verfassung noch immer rückwärts zu revidieren. In den fünfziger Jahren wischte jeder Junker an ihr seinen Stiefel und jeder Bureaukrat seine Feder ab, und deshalb erregte es mit Recht Lassalles höchsten Zorn, als die wiedererwachte Bourgeoisie, statt ernsthaft mit dem Junkertum anzubinden, diese Verfassung als jungfräuliches Heiligtum auf den Schild erhob. Lassalle sagte damals, verloren sei die preußische Verfassung auf jeden Fall, siege das Volk, so werde sie nach links, siege die Regierung, so werde sie nach rechts hin abgeändert werden. Die Fortschrittler verhöhnten „den Herrn Lassalle", um dann, als sie durch ihre thörichte Politik den Sieg der Regierung herbeigeführt hatten, Lassalles prophetisches Wort in ihrem Wahlaufruf vom 24. Juli 1867 durch den konfusen Jammerschrei zu bestätigen: „Die neue Reichsverfassung hat der Regierung mehr Rechte gegeben, dem Volk mehr Rechte genommen, als sie besaßen." Man kann nun freilich keinem Volk mehr Rechte nehmen als es besitzt, aber was die Fortschrittler thatsächlich meinten, daß nämlich die Reichsverfassung, im Vergleich zur preußischen Verfassung, der Regierung ein größeres, dem Volke ein geringeres Maß von Rechten gewährt habe, das stimmt vollkommen.

Seitdem hat der Marsch nach rückwärts bekanntlich auch noch nicht aufgehört, und die Reaktion bleibt in fünfzigjährigen Geleisen, indem sie mit der Flottenvorlage zum Todesstoß gegen die letzten Reste des parlamentarischen Budgetrechts ausholt. Das ist die rechte Jubelfeier der preußischen Verfassung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Januar.

Der Reichstag

erledigte Dienstag nur einen Posten des Postetats, aber den, welcher in der Nußschale alle andern Posten und Titel umfaßt und die beste Gelegenheit bietet, das System der Reichs-Postverwaltung im Zusammenhang zu besprechen: das Gehalt des Staatssekretärs im Reichs-Postamt, Herrn v. Podbielski. Wir sind die letzten, diesem Herrn, wie überhaupt irgend jemandem die Gerechtigkeit verweigern zu wollen. Er hat sich unzweifelhaft neuen Ideen zugänglich gezeigt, auch vielfach praktisches Geschick bewiesen und in seiner Art manches Gute gethan. Seine Art ist aber nicht gut: es ist die des wohlwollenden Despoten, der für das Wohl der ihm Untergebenen väterlich sorgen will, sie jedoch, verglichen mit ihm selbst, als Menschen zweiter Klasse betrachtet und ihnen nicht erlauben will, nach ihrer Façon selig zu werden. Das brachte ihn natürlich in Konflikt mit „seinen" Beamten — Konflikte, die den Reichstag auch jetzt wieder beschäftigen.

Durch einige „schneidige" Worte war Herr v. Podbielski zu der sonderbaren Ehre gelangt, von etlichen Heißspornen der Junkerreaktion für den ersehnten Messias — den kommenden „starken Mann" gehalten zu werden, der reinen Tisch macht im Deutschen Reich — erforderlichen Falls durch einen Staatsstreich — und die Socialdemokratie erdrückt wie Herakles den Nemäischen Löwen. Ach, sind das schlechte Psychologen! Herr v. Podbielski hat weder die Nerven, noch die Verbrecher-Eigenschaften des „starken Manns". Wer mit so jovialem Gesicht poltert, der eignet sich nicht für die Massenschlächterei seiner Mitbürger — und das ist doch die Rolle, die Podbielskis Lobredner ihm zugedacht haben. Er erinnert gar sehr an Snock, den Schreiner, der sich, als er im Handwerkerschauspiel den Löwen darstellen mußte, um die Zuschauer nicht zu erschrecken, ihnen freundlich zurief: „Habt keine Angst. — Ich bin Snock der Schreiner — kein Löwe und keines Löwen Weib!" Nein, er ist kein „starker Mann", sondern Herr von Podbielski, früher Kavallerie-Offizier, heute Post-Oberbefehlshaber. Und wir haben wirklich nicht die mindeste Angst — und wenn er noch lauter poltert. In dieser Sitzung ward ihm hauptsächlich vorgeworfen, daß er die Postbeamten in ihrer Gesinnung vergewaltige und zur Agitation für reaktionäre Parteizwecke zu mißbrauchen suche. Die Auflösung des Vereins der Post-Unterbeamten, die Maßregelung verschiedener Beamten — das kam auf sein persönliches Conto. Auf Conto von höheren Postbeamten kam, daß diese eine skandalöse Agitation für das Flottengeschäft betrieben und ihren Untergebenen Geld für solche Reaktionszwecke erpreßten. Dieses Vorgehen desavouirte Herr v. Podbielski; dagegen wollte er noch nicht begreifen, daß seine Maßregelungen von Postbeamten nicht durch Rücksichten der Disciplin geboten sind, sondern durch reaktionäre Geringschätzung oder Nichtachtung der staatsbürgerlichen Rechte.

Der Wahlzwang, der für die Postbeamten besteht — bei Landtags- und Stadtverordneten-Wahlen, wo öffentlich gewählt wird; die Ueberwachung solcher Wahlen — die Verwendung von Postgeldern durch Landräte, die reaktionäre Winkelblättchen auf Staatskosten gratis versenden, und die Duldung derartige Praktiken durch Herrn v. Podbielski — das sind Anklagepunkte, auf die der Herr Post-Oberbefehlshaber nichts oder nur ausweichend zu antworten wußte. Jedenfalls war die Debatte sehr interessant, und als sie zu Ende war, sah Herr v. Podbielski lange nicht so vergnügt aus als zu Anfang. — Von unsrer Seite sprach Singer, der dem Herrn Post-Oberbefehlshaber mehrere recht böse Viertelstunden bereitete, und dabei sehr gut von dem Fortschrittler Müller-Sagan unterstützt wurde. Natürlich machte Singer auch Streifzüge auf das politische Gebiet und versetzte den reaktionären Geschäfts- und Interessenpolitikern der Rechten, die über „berufsmäßige Agitatoren" zu spotten sich unterfingen, kräftige Seiten- und Fronthiebe. Zu erwähnen ist noch, daß Herr Bassermann, der Nationalliberale, sich berufen fühlte, die Rolle des freiwilligen Regierungskommissars zu Gunsten des Herrn Podbielski zu spielen. Das gehört nun einmal zur nationalliberalen Staatsmannschaft.

Sobald der Gehalt des Herrn v. Podbielski bewilligt und dieser selbst von seinem parlamentarischen Marterpfahl abgebunden war, vertagte sich der Reichstag.

Mittwoch: Fortsetzung der Etatsberatung; zunächst Postetat. —

Das Abgeordnetenhaus

erledigte am Dienstag endlich den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Debatte stand auf dem denkbar niedrigsten Niveau und die Kosten der Unterhaltung wurden fast ausschließlich von den Agrariern aller Schattierungen bestritten. Sie verlangten, daß mehr landwirtschaftliche Wanderlehrer angestellt und ländliche Haushaltungsschulen für Mädchen eingerichtet würden. Zu solchen Zwecken müsse der Staat aus dem Vollen geben. Für die Haushaltungsschulen trat besonders begeistert der konservative Agrarier Hirt ein. Er hofft dadurch die Frau, „die Seele unsrer Wirtschaftsordnung" — so lautete sein hübscher Ausdruck — dem ländlichen Betriebe zu erhalten, und zu verhüten, daß die Landmädchen nach der Stadt heiraten. Einem kleinen Eheverbot nach dieser Richtung wäre er gewiß nicht abgeneigt. Der fromme Centrumsagrarier Plez forderte die Einführung des Religionsunterrichts in den ländlichen Fortbildungsschulen. Vom Regierungstisch aus mußte ihm erwidert werden, daß im Lehrplan hierfür leider kein Platz wäre; doch würde jeder Unterrichtstag mit einer Andacht eröffnet. Man sieht, daß der Kulturstaat Preußen alles thut, um dem Volke die Religion zu erhalten. Sonst unterhielt man sich noch über schärfere Kontrolle der Abdeckereien, über Hebung der Lachsfischerei im Rhein, über Ausbaggerungen und Uferbauten an der oberen Spree, über Weinverfälschungen und landwirtschaftliche Meliorationen im Eifelgebiet. Es war vielerlei, aber nicht viel. Mittwoch beginnt die Beratung des Forst- und Gestütsetats und des Bergetats. —

Ein Mene Tekel der Flottenvorlage.

Die Parteien demaskieren sich und zwar ganz in dem Sinne, wie wir es in der Sonntagsnummer dargestellt haben. Während die Volksparteiler jetzt teilweise mit aller Offenheit ihre Wasserbegeisterung bekennen, fangen die Konservativen an, mehr oder minder „durch die Blume" ihr Unbehagen über die neuestdeutsche Weltpolitik zu äußern. Es ist ja auch natürlich, daß die Agrarier weder geneigt sind, den Handel und die Industrie zu fördern, noch lassen sie sich durch das gruselige Hauptargument einer möglichen Blockade schrecken, dieweil es ja gerade ihr wirtschaftliches Ideal ist, Deutschland dauernd in einem handelspolitischen Blockade-

zustand zu erhalten, der die Einfuhr von Lebensmitteln unmöglich mache.

Die „Kreuz-Zeitung“ bringt heute im Gewande einer Kritik der englischen Weltpolitik einen Artikel, der mit jedem Worte gegen die geplante reichsdeutsche Expansions- und Flottenpolitik zielt. Die Absicht dieses Artikels erhellt deutlich aus der Ueberschrift „Mene Tekel“! Für wen soll die warnende Lehre gelten? Es kann nur Deutschland gemeint sein.

Der Verfasser, der sich einen alten Soldaten nennt, weist auf die wunderbaren Erfolge der Boeren hin. Er schildert, wie England von allen Völkern angestaunt worden sei,

„ob seines Reichtums, seiner Expansionskraft, seiner Uebermacht in Handel und Verkehr, seiner leitenden Rolle in der Industrie, seiner Fülle von goldbringenden Kolonien, seiner energischen Handhabung von Millionen wilder Bewohner. Aber — seine Festigkeit war noch nicht im Sturm erprobt!

Jetzt fällt nur eine etwas starke Böe, nicht einmal ein tüchtiger Sturm ein und schon liegt es mit zerbrochener Takelung hilflos da, indem seine ganze Landarmee von einem kleinen Völkchen niedergekämpft worden ist. Das Schiff ist nicht mehr sturmfest! So lautet das Urteil der Mitwelt über Großbritanniens Macht!

Ein Staat ist gesund, der auf **eignem Grund und Boden** die Sicherheit seiner Existenz findet; denn das macht ihn **unabhängig;** das hält sein Volk selisch und körperlich gesund, sei die Beschäftigung Land-, Bergbau oder Viehzucht. England hat alle diese einstigen Fundamente seiner Stärke so weit verkümmern lassen, daß es bereits zu 4/5 seiner eigenen Zehrung auf fremde Zufuhr angewiesen ist, damit seine Existenz den schwankenden Operationen des Handelsverkehrs überweisend.

Statt des Landbaues ist die **Groß-Industrie** eingezogen, die an Stelle des kräftigen britischen Landmannes ein Proletariat, an Stelle des seßhaften **ehrenfesten Grundbesitzes hier Latifundien** dort **Scharen abhängiger Individuen** geschaffen hat.

Der **Handel**, dem **schließlich alles unterthan** wurde, hat mit der Industrie vereint die Bewohner zum Reichtum geführt!

Dieser **Reichtum** ist es eben, der der Mitwelt imponiert, der dem Auftreten Britanniens eine gewisse Bedeutung beilegt, der dem Lande erlaubt, die **stolzeste Flotte der Welt** zu bauen, der dem Engländer gestattet, auf dem ganzen Erdkreise mit Nachdruck aufzutreten, der dem Staate die Mittel giebt, **zahllose Kolonien** anzulegen, sie mit Kapitalien zu unterstützen und zu fördern, der dem Namen Großbritannien einen Glanz verleiht, der schon oft die Bewunderung, ja den Neid der Nachbarn erregte und besonders oberflächliche Geister mit Staunen erfüllte!

Andrerseits hat aber gerade dieser Reichtum das einst so starke Gebäude morsch gemacht, indem er zum ersten und vornehmsten Bewegungsträger und Anreger den Mammonismus geschaffen hat. **Handel und Industrie haben die Nation erschlafft!**“

Dieser Agrarier schwingt, wie man sieht, mit aller Kraft den Dreschflegel auf die Flotten-, Export- und Kolonialpolitik, mit der die neue Marinevorlage begründet wird. Ist es nicht eine direkte Anspielung auf das reichsdeutsche Chamberlaintum, das schamlos für die Flottenvorlage agitiert, weil es an den Aufträgen interessiert ist, wenn der alte Soldat klagend ausruft, wie der Geist der engherzigen Habsucht bis in die höchsten Kreise gehe, die als Teilhaber an den Spekulationen der Minen korrumpiert waren! Und ist es nicht eine programmatische Kriegserklärung gegen die Flottenvorlage, wenn die „Kreuz-Zeitung“ aus dem Boerenkrieg die „großartigen politischen Lehren“ zieht,

„daß die Kraft einer gesunden inneren Politik, die sich auf ein tüchtiges Volk und eine selbstbemannte Wehrkraft stützt, der **weltumfassendsten Handelspolitik sovielmal überlegen ist, als das weltumspannende Großbritannien das kleine Häuflein Boeren an Reichtum, äußerem Ansehen, Glanz und Macht überbietet!**

Dieser Krieg ist ein Mene Tekel, das mit flammenden Buchstaben den heutigen Nationen zeigen sollte, wo die Wurzeln ihrer Kraft ruhen.“

Wir brauchen nicht zu sagen, daß unsere Argumente gegen die Flottenphantastik nichts gemein haben mit dieser agrarischen Beweisführung. Das aber kann man bei diesen Auslassungen anerkennen, daß sie — bei aller heuchlerischen Schaustellung agrarischer Selbstlosigkeit und Tugendpfäfferei — wenigstens ehrlich sagen, was die Agrarier wirklich über die Flottenvorlage und ihre Begründung denken und konsequenterweise denken müssen. In dem Kampf zwischen Industrie und Agrariertum, der für die nächsten Jahre sich immer schärfer zuspitzen wird, ist die Flottenverlage ein Triumph des Großindustrialismus. Wenn die Konservativen trotzdem für dieses Projekt eintreten, so thun sie das lediglich aus feiger Rücksicht auf höfische Gunst und weil sie — diesmal das Junkerprincip der Barzahlung außer acht lassend — als Kompensation auf erhöhte Getreidezölle rechnen. Wie verhaßt ihnen aber der Flottenkurs ist, das zeigen diese Mene Tekel-Betrachtungen, aus denen die wirkliche Stimmung der agrarischen Konservativen im Lande spricht. Es wäre wahrhaftig eine lustige Hatz, wenn die Konservativen gezwungen würden, mit der Parole „Für die Flottenvorlage“ in einen Wahlkampf zu ziehen. —

Das Wettrüsten auf dem Wasser.

Die englische Thronrede kündigt neue Flottenvermehrungen an, indem sie sich ausdrücklich darauf beruft, daß die Rüstungen andrer Nationen dazu nötigen.

Denselben Vorgang sehen wir in Frankreich. Aus Paris wird gemeldet:

„Der Ministerrat genehmigte die Vorlagen, welche sich auf die Verteidigung der Kolonien und die Flottenstützpunkte beziehen, ferner das Ausgabebudget, welches für die Küstenverteidigung, die Instandsetzung der Kriegshäfen, die Errichtung von Operationsbasen für die Flotte, die Vermehrung der Flotte und die Herstellung eines Netzes für unterseeische Linien vom Kriegsminister durchzuführen ist.“

Der „Matin“ weiß über diese Projekte und die Höhe der aufzuwendenden Summen folgendes mitzuteilen:

Die Kosten waren zuerst auf 800 Millionen veranschlagt, wovon fünfhundert auf die Vermehrung der Flotte fielen. Jetzt ist die Gesamtsumme auf **750 Millionen Frank** herabgemindert, wozu aber weitere hundert fünfzig Millionen für die Legung von Kabeln nach den Kolonien kommen. Das Projekt der Regierung zerfällt in fünf Teile, von denen das wichtigste die Flotte betrifft. **Sechs Panzerschiffe** von 14 500 bis 15 000 Tonnen, sechs gepanzerte Kreuzer von gleichem Tonnengehalt, Torpedoboote und unterseeische Boote sollen in Bestellung gegeben werden. Die andern Teile des Projekts beziehen sich auf Befestigungsarbeiten an den Inseln Ouessant, Croix und Belle-Isle, auf Hafenarbeiten in Brest, Lorient, Cherbourg und Errichtung eines Arsenals und Kriegshafens in Bizerte ꝛc.

Da haben wir den nötigen Widerhall auf die Flottenpläne unsrer Regierung. Nur besitzen die auswärtigen Regierungen nicht das diplomatische Geschick, schon jetzt auf zwei Jahrzehnte hinaus ihre Rüstungsabsichten vor aller Welt zu offenbaren, damit der Nachbar sich schleunigst danach richte.

Die englischen und französischen Rüstungspläne lassen natürlich unsre Flottenvorlage bereits als veraltet und ungenügend erscheinen. Wir bitten um eine allerneueste Flottenvorlage, damit die Sache gleich in einem Zuge erledigt werden kann und die Regierung sich nicht nach anderthalb bis zwei Jahren von neuem bemühen muß. —

Eine Kundgebung der Kühnemänner.

Die Kühnemänner rebellieren! Sie erlassen folgenden „Tagesbefehl“:

Verband Berliner Metall-Industrieller.

Rundschreiben Nr. 2 pro 1900.

Berlin, den 25. Januar 1900.

Wir erfahren soeben, daß von seiten der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin für den Neubau der Heilstätten zu Beelitz unter den speciellen Bedingungen sich folgendes befindet:

§ 3. Submittent verpflichtet sich durch Ausfüllung des angefügten Formulars Erklärungen abzugeben über die Höhe der Arbeitslöhne und die Dauer der Arbeitszeit seiner Arbeiter, wie sie bei Abgabe des Angebots zu Grunde gelegt sind.

Hierbei wird es als erwünscht bezeichnet, daß die neunstündige Arbeitszeit nicht überschritten wird.

Bei der Ausführung der vertragsmäßigen Arbeiten zahle ich folgende Löhne:

für eine Arbeitsstunde eines Monteurs Mk. .....
„ „ „ „ Gesellen „ .....
„ „ „ „ Lehrlings „ .....
„ „ „ „ Arbeiters „ .....

Wir sehen hierin unseres Wissens zum erstenmale — von seiten einer Behörde die Forderungen der Socialdemokratie auf **Normal-Arbeitstag** und **Löhnung** wenigstens indirekt unterstützt und finden dabei einen direkten Gegensatz zu unserem Grundsatz, **am 10stündigen Arbeitstag nicht rütteln, und in die inneren Bestimmungen unserer Betriebe nicht eingreifen zu lassen.**

Wir hoffen, es bedarf nur dieses Hinweises, um die Solidarität unserer Interessen dadurch zu bethätigen, **daß wir uns einstimmig diesen Bedingungen nicht unterwerfen** und den betreffenden § 3 bei der Preisangabe einfach durchstreichen.

Wir bitten um einen Bericht, falls sich hierbei etwas Besonderes ereignen sollte.

Die Vertrauens-Kommission des Verbandes Berliner Metall-Industrieller.

Der Vorsitzende: Fritz Kühnemann.

Es ist eine Erfindung der Kühnemänner, dieses Verfahren als Unterstützung einer „socialdemokratischen Forderung“ durch eine Behörde zu denunzieren. Das Verlangen, die Arbeitsbedingungen — Arbeitslöhne und Arbeitszeit — im Vergebungsvertrage bei allen durch Behörden zu vergebenden Arbeiten festzulegen, ist eine rein gewerkschaftliche Forderung, die z. B. von den englischen, französischen, schweizerischen und andren Gewerkschaften längst erhoben wird, ganz unabhängig von ihrer Stellung zu den politischen Parteien. Sie ist auch in zahlreichen Fällen schon längst zur Geltung gelangt und selbst verschiedene deutsche Staatsbehörden haben dem Drängen z. B. der Buchdruckerorganisation nachgegeben, ihre Druckarbeiten nur solchen Firmen zu übertragen, die den zwischen den organisierten Arbeitern und Unternehmern vereinbarten Tarif einhalten. Und daß die Führer der organisierten Buchdruckerei-Unternehmer Socialdemokraten wären, werden doch Kühnemann und Genossen nicht zu behaupten wagen. Daß die socialdemokratische Partei diese wie andere Forderungen der Gewerkschaften billigt, unterstützt und nach Kräften zu fördern sucht, ändert an diesem Thatbestand nichts.

Die Herren wollen durch die Verdächtigung der Forderung als einer socialdemokratischen nur den wirklichen Sachverhalt verschleiern: daß sie sich nämlich im Interesse ihres Profits gegen jede Besserstellung der Lage, gegen jede Garantie für anständige Löhne und gegen jede Mitwirkung der Arbeiter bei Feststellung der Arbeitsbedingungen mit allen Mitteln wehren. Herren im Hause wollen sie sein und die Arbeiter in der Hörigkeit erhalten. Und der Profit darf nicht leiden!

Eröffnung des englischen Parlaments.

Das englische Parlament, das seit Ausbruch des Kriegs nicht versammelt gewesen ist, tritt nun zusammen und seine Beratungen werden sich zunächst auf die Ereignisse in Südafrika, auf die Vorbereitung und auf die Führung des Kriegs beziehen.

In der Thronrede zur Eröffnung des Parlaments heißt es:

„Der Friede, der jüngst in Südafrika gebrochen worden ist, zu der Zeit, wo ich das letzte Mal zum Parlament gesprochen habe, ist leider nicht wiederhergestellt; davon abgesehen sind aber die Beziehungen zu den andern Staaten freundschaftliche. Zum Widerstand gegen die Invasion meiner südafrikanischen Kolonien durch die Südafrikanische Republik und den Oranje-Freistaat hat mein Volk mit Hingebung und Begeisterung auf den Appell geantwortet, den ich an dasselbe gerichtet habe, und der Heldenmut meiner Soldaten im Felde sowie der Matrosen und Marinetruppen, die zu gemeinsamer Thätigkeit mit den Landtruppen landeten, ist nicht zurückgeblieben hinter den edelsten Traditionen unsrer militärischen Geschichte. Ich bin tief betrübt, daß so viele kostbare Menschenleben zum Opfer gefallen sind, aber ich habe mit Stolz und herzlichster Befriedigung den patriotischen Eifer und die aus freier Entschließung kommende Loyalität gesehen, mit der meine Unterthanen in allen Teilen meines Reiches hervortraten, um teilzunehmen an der gemeinsamen Verteidigung der Reichsinteressen. Ich habe das Vertrauen, daß mein Blick sich nicht vergebens auf sie richten wird, wenn ich sie ermahne, auszuhalten in ihren Anstrengungen und dieselben zu erneuern, bis sie den Kampf um die Aufrechterhaltung des Reichs und um **die Sicherung der Suprematie in Südafrika zu einem siegreichen Ende geführt haben.**

Die Thronrede erwähnt dann den Abschluß des Samoa-Vertrags mit dem deutschen Kaiser und die Beteiligung der Vereinigten Staaten an diesem Vertrag. Die Thronrede kündigt hierauf die baldige Vorlegung des von den fünf australischen Kolonien angenommenen Plans einer Föderation derselben an und bemerkt, die Königin hege die Zuversicht, daß die Errichtung des großen Bundes in Australien sich für das ganze Reich vorteilhaft erweisen werde. Danach bespricht die Thronrede den Mut und die soldatischen Eigenschaften, den die an dem Kampfe in Südafrika beteiligten Truppen aus den Kolonien an den Tag gelegt hätten. Sie gedenkt der zahlreichen, von den eingebornen Fürsten Indiens eingegangenen Hilfsangebote, erwähnt ferner mit Bedauern die Hungersnot und Pest in Indien und legt die zur Linderung der Leiden der Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen dar.

Alsdann kündigt die Thronrede eine **beträchtliche Vermehrung der Heeresausgaben** infolge der militärischen Operationen in Südafrika an. Hierüber heißt es in der Rede: Die Erfahrung eines großen Krieges muß den militärischen Behörden des Landes notwendigerweise Lehren von der größten Bedeutung liefern. Ich bin überzeugt, daß das Parlament vor keiner Ausgabe zurückschrecken wird, die erforderlich ist, um unsre Verteidigungsrüstungen auf gleiche Höhe mit den Verantwortlichkeiten zu bringen, die der Besitz eines so großen Reiches auferlegt. Zu einer Zeit, wo mehrere **andere Nationen ihre Flottenrüstungen unter steigenden Anstrengungen und Opfern vervollkommnen,** wird die Besorgtheit, mit der das Parlament für die Schlagfertigkeit der britischen Flotte und Küstenverteidigungswerke Vorkehrung traf, sicherlich nicht ermatten. Nachdem die Thronrede noch bemerkt hat, daß die Zeit für innere Reformen, die große Ausgaben erheischen, nicht günstig sei und einige kleinere Vorlagen von nur lokaler Bedeutung aufgezählt hat, schließt sie mit den Worten: Ich empfehle Ihre Beratungen in dieser sorgenvollen Zeit dem Segen und der Lenkung des allmächtigen Gottes.“

Die Gerüchte von einer Neubildung des Kabinetts unter Leitung Lord Roseberys erweisen sich als unrichtig. Die jetzige Regierung Salisbury-Chamberlain verharrt auf ihrem Posten. Sie zieht aus ihren Niederlagen nicht die Erkenntnis, daß sie auf falschen Wegen wandelte, als sie den Krieg gegen die Boerenrepubliken hervorrief. Der ungerechte Krieg soll fortgeführt werden. Noch immer hofft man auf Sieg und man will den Sieg herbeiführen, koste es was es wolle, denn es handelt sich nicht nur um die „Suprematie in Südafrika“, sondern um die Aufrechterhaltung des Reiches.

Daß die Aufrechterhaltung des britischen Reiches auf dem Spiele steht, ist eine arge Uebertreibung, die beliebt wird, um den Opfersinn der Bevölkerung zu stacheln. Denn allerdings ganz gewaltige finanzielle Forderungen werden an das Parlament gestellt werden. Ob die gesamte Heeresorganisation Englands einer Umwandlung unterzogen werden soll, muß abgewartet werden, aber „beträchtliche Vermehrungen der Heeresausgaben“ sind eine unmittelbare Folge des unglücklichen Krieges, und zugleich werden **neue Marinerüstungen** angekündigt als Antwort auf die Flottenrüstungen „anderer Nationen“ d. h. natürlich in erster Reihe auf die neuesten Flottenpläne der deutschen Regierung.

Es ist anzunehmen, daß das britische Parlament die in der Thronrede angekündigte Politik billigen wird. Zwar wird es an scharfen Anklagen gegen das Kabinett nicht fehlen. Lord Edmond Fitzmaurice — ein Bruder des Kriegsministers Lord Landsdowne! — wird, wie aus London gemeldet wird, namens der Führer der Opposition im Unterhause ein Amendement einbringen, in welchem „dem Bedauern über Mangel an Sachkenntnis, Voraussicht und Urteil seitens der Regierung in den südafrikanischen Angelegenheiten seit 1895 und in ihren Vorbereitungen zum Kriege“ Ausdruck gegeben wird. Doch ist keineswegs anzunehmen, daß eine grundsätzliche Aenderung der bisherigen Politik von erheblicheren Gruppen des Parlaments gefordert werden wird.

Das stolze Albion will die Niederlage seines Imperialismus nicht ertragen. Seine „Ehre“ gebietet, den begonnenen Frevel fortzusetzen.

* * *

Deutsches Reich.

Der Zweck der Weltpolitik.

Das „Kleine Journal“, das bei Hofe die Lieblingslektüre bilden soll, äußert sich mit der Miene eines Tiefeingeweihten über die „Ziele des Kaisers“ und faßt seine Darlegungen über die kaiserliche Weltpolitik in die folgenden Schlußsätze zusammen:

Geht der deutsche Ernst erst einmal an eine Sache, so wird er sie auch auf das gründlichste und nachhaltigste betreiben. So wird's mit der deutschen Großmachtsflotte geschehen. Das flüssige Element, das die Menschen lange und innig auf engem Raum zusammenhält, ist für die innerliche Verkettung und Befreundung der deutschen Stämme ja ganz wunderbar geeignet. In dem hochwogenden Meeresschwall, an den fernen Küsten wird der Preuße und Bayer keine trennenden Schranken, keine Mainlinie, kein Reservatrechts-Gelüste mehr empfinden, im Weltrahmen verschwindet der Bundesstaatler vor dem Großdeutschen. **Auf dem hohen Meer herrscht kein Herzog, kein König, auf dem hohen Meer giebt's nur die eine Parole: ein Reich und ein Kaiser!** Und darin wird das deutsche Volk seine wahre und weltbeherrschende Größe finden.

Ist der Bundesrat bei seiner Zustimmung zur Flottenvorlage auch von dieser Erwägung ausgegangen, daß auf dem hohen Meere Herzog und König untergehn und der Kaiser allein übrig bleibe? —

Die Fraktionen der Freisinnigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei beriefen, wie die „Freis. Ztg.“ mitteilt, am Dienstagabend über das neue Flottengesetz. Die Beratung hat volle Einstimmigkeit der Fraktionen in Bezug auf ihre Stellung zu der Vorlage ergeben. —

Volksparteiliche Flottenwerber.

Was wir am Sonntag über die Flottensehnsucht freisinniger Volksparteiler sagten, die man nur noch nicht offen zu bekennen wagt, erhält eine lustige Bestätigung durch die katholische „Deutsche Reichsztg.“, die folgendes zu melden weiß:

Uns ist zuverlässig bekannt, daß der Abg. Schmidt Mitgliedern andrer Parteien, die man der Flottenvorlage für nicht geneigt hält, klar zu machen suchte, daß es sich empfehle, für die Vorlage zu stimmen. Auf die Einwendung eines Angeredeten, warum denn er, Schmidt, und seine Partei nicht für die Vorlage einträten, meinte dieser, das könnten sie nicht wegen ihrer programmatischen Stellungnahme in dieser Frage. Dieses Vorgehen des Abg. Schmidt, den wir sonst hochschätzen, erklärt sich vielleicht aus einer kleinen menschlichen Schwäche. Herr Schmidt ist bekanntlich im Reichstag zweiter Vicepräsident. Allem Anschein nach fürchtet er im Falle der Ablehnung der Flottenvorlage eine Auflösung des Reichstags und damit den Verlust seiner Präsidialstellung, oder gar bei Neuwahlen eine Gefährdung seines Mandats. Eine solche kleine Schwäche kann man ja verstehen, aber wir glauben doch, daß es besser wäre, wenn Herr Schmidt zur Abwendung des von ihm gefürchteten Malheurs nicht an erster Stelle andre Parteien in Anspruch zu nehmen suchte.“

Eine außerordentlich charakteristische Mitteilung! Dieser Musterfreisinnige getraut sich zwar nicht selbst für die Flotte zu stimmen, aber er bemüht sich im Centrum — das ist offenbar die andre Partei — die Wasserbegeisterung zu entfachen, damit auch ohne die Volksparteiler eine Mehrheit für die Vorlage zustande käme. Ist die Mehrheit dann durch die freisinnigen Bemühungen gesichert, dann darf sich auch der Abg. Schmidt den Luxus gestatten, gegen den Entwurf zu stimmen. —

Auch sonst mehren sich die volksparteilichen Kundgebungen für die Flottenvorlage. So schreibt die „Neue Badische Landeszeitung“:

„Sein (des Kaisers) Wunsch, unsere Seemacht beträchtlich zu vermehren, geht seiner Verwirklichung entgegen; denn in immer weiteren Kreisen des Volks bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß Handel und Industrie gerade bei der gegenwärtigen internationalen Lage und bei dem verschärften Konkurrenzkampf der Nationen eine allmähliche Verstärkung unserer Flotte nicht entbehren können."

In Königsberg i. Pr. hat sich Dr. Krieger in der Generalversammlung des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei gar sympathisch für die Flottenvermehrung ausgesprochen, und die Versammlung zollte dem Redner Beifall. Gegenüber einem Diskussionsredner, der sich scharf gegen die Marinevorlage wandte, bemerkte Krieger, „daß er nicht an der Kette früherer Jahrzehnte liegen wolle."

Eugen Richter hütet sich, in der „Freisinnigen Zeitung" diese Ketzerei wiederzugeben. —

Dr. Liebers Befinden hat sich, der „Germania" zufolge, so gebessert, daß eine Lebensgefahr als überwunden erachtet wird. —

Centrumsstimmungen. Mit großer Erbitterung wendet sich ein Teil der Centrumspresse gegen die 1898 verfolgte Liebersche Flottenpolitik, die durch die jetzige Vorlage schlimm blamiert worden ist. So schreibt die Bonner „Deutsche Reichszeitung":

„Was die Blätter aus der „Begründung" der Vorlage veröffentlichen, liest sich, wenn man das Flottengesetz von 1898 gegenüberstellt, wie ein Hohn auf letzteres und muß namentlich denjenigen, welche vor zwei Jahren, nach Bewilligung der damaligen Vorlage, harmlos genug waren, zu glauben, daß man nun mit Marineforderungen sechs Jahre lang Ruhe haben werde, **die Röte der — Naivetät ins Gesicht treiben.** Und trotzdem diese neue Vorlage den völligen Umsturz des Flottengesetzes von 1898 bedeutet, wird auch jetzt wieder dasselbe Manöver versucht wie damals: den Glauben zu wecken, als ob innerhalb der nächsten 16 Jahre außer den 42 neuen Schiffen nichts mehr gefordert werde. Wird sich im Reichstag noch ein einziges Mitglied finden, das abermals auf ein derartiges Manöver hereinfällt? Diejenigen, welche vor zwei Jahren ihre Zustimmung damit motivierten, daß sie auf die „feierliche" Versicherung der Regierung, sich, wie der Reichstag, gebunden zu erachten, hinwiesen und nun sagen, man habe vernünftigerweise nicht annehmen können, daß die Regierung schon nach zwei Jahren nicht mehr ihr Wort halten werde, können fernerhin diese Entschuldigung nicht mehr vorbringen, denn ein gebranntes Kind scheut das Feuer."

Indessen es scheint, als ob das gebrannte Centrum durchaus nicht das Feuer scheuen wolle. Wenigstens wird die Wendung in der Kaiserrede Ballestrems, daß der Reichstag den großen Intentionen des Kaisers nach Möglichkeit, „soweit unsre Ueberzeugung es zuläßt", immer entgegenkommen und sie fördern müsse, so gedeutet, daß ein Teil des Centrums geneigt sei, der Flottenvorlage zuzustimmen. Es müßten aber immerhin 40 Mitglieder sein, wenn eine Mehrheit für den Aegir-Kult zu stande kommen soll. —

Frömmigkeit statt Flotte. Der nationalistisch-klerikale Pariser „Gaulois", der von dem katholisierten Juden Arthur Meyer redigiert wird, hat das Geheimnis des Sieges der Boeren enthüllt: es ist ihr unerschütterlicher Gottesglaube. Die „Post" giebt den Artikel des Pariser Blattes zustimmend wieder, das auch die deutschen Kriegserfolge darauf zurückführt, daß bei uns der Gottesglauben bei dem obersten Kriegsherrn und bei seiner Armee so hoch in Ehren steht.

Da die Frömmigkeit im Zeitalter Mirbachs gegen 1870/71 sicher gestiegen ist, so besitzen wir nach der Logik Arthur Meyers und der „Post" in unserm Gottesglauben eine solche Gewähr des Sieges, daß wir solchen irdischen Tand, wie Panzerschiffe und Kanonen, gänzlich entbehren können. —

Bismarcksche Agitationsmittel wendet jetzt die Regierung an. In den Buschschen Bismarck-Memoiren ist sehr anschaulich zu lesen, wie Bismarck Artikel in die Auslandspresse hineinbugsierte, die dann als „Stimmen des Auslands" telegraphisch zurückgemeldet wurden.

Solche aus Berlin inspirierten „Stimmen des Auslands" verbreitet jetzt auch das „Wolffsche Bureau" zur Flottenvorlage. „Ein Oestreicher in Berlin" ergeht sich in der „Wiener Freien Presse" in verzücktem Gestammel über die wunderbaren Wirkungen des neuen Flottenplans, und das offiziöse Telegraphenbureau beeilt sich, die Phrasen an Berlin zurückzuliefern. Wir hören da u. a., daß aus der Verdoppelung der Flotte ein „neuer Frühling" für das Deutsche Reich emporblühen werde. Nun, die Sache kostet zwar sechs Milliarden, aber so billig läßt sich kein Frühling künstlich herstellen. —

Das beleidigte sächsische Oberlandesgericht. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revision des Redacteurs der Breslauer „Volkswacht" Löwe, welcher am 26. Oktober vorigen Jahres von der Strafkammer in Breslau wegen Beleidigung des sächsischen Oberlandesgerichts zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Die „Volkswacht" hatte den inkriminierten Artikel, in dem es bekanntlich hieß, daß der höchste sächsische Gerichtshof oft die Angehörigen der Arbeiterpartei als mindern Rechts erklärt habe, aus dem „Vorwärts" übernommen.

Das Urteil des Breslauer Landgerichts war durchaus widerspruchsvoll. Es sprach die Verurteilung aus, weil nur für einige Fälle der Wahrheitsbeweis erbracht worden sei, aber nicht im allgemeinen erwiesen sei, was der Artikel behauptet habe. Eine solche Behauptung hatte jedoch der Artikel thatsächlich gar nicht enthalten. Das Reichsgericht hat sich nun an die „festgestellten Thatsachen" halten zu müssen geglaubt, so unberechtigt die Feststellung auch war, und hat die Revision verworfen. Bezüglich der Spruchpraxis des sächsischen Oberlandesgerichts halten wir es natürlich mit dem Berliner Urteil, wenn auch unser Parteigenosse in Breslau auf zwei Monate das Gefängnis beziehen muß. —

Eine Begnadigung. Aus Köln wird gemeldet: Lieutenant Döring vom 68. Infanterie-Regiment, der am Pfingstmontag vorigen Jahres den Studenten Klövekorn im Duell tötete und damals zu 2½jähriger Festungshaft verurteilt wurde, ist nunmehr vom Kaiser begnadigt worden. Döring soll, nachdem er sechs Monate seiner Strafe verbüßt hat, in ein andres Regiment versetzt werden. —

Zum Fall Arons. Die „Frankfurter Zeitung" antwortet auf unsre Frage, weshalb sie den Entschluß des Staatsministeriums für erfreulich halte: „Nun, aus demselben Grunde, aus dem wir jedes Ereignis freudig begrüßen, das eine furchtsame Regierung furchtsam erscheinen läßt." Das läßt sich hören! —

Socialdemokratische Schulvorstände. Bei der Schulvorstandswahl in Linmer bei Hannover wurden zwei Socialdemokraten gewählt. Sie erhielten jetzt folgendes Schriftstück:

Limmer, den 27. Januar 1900.

Herrn . . . . . hier

Vom königl. Landratsamt bin ich durch Verfügung vom 24. d. M. — Journ.-Nr. 895 — beauftragt, Ihnen zu eröffnen, daß Sie mit Rücksicht auf den Erlaß des Herrn Kultusministers vom 29. August 1898 als Mitglied des Schulvorstands nicht eingeführt und verpflichtet werden können.

Der Vorsitzende des Schulvorstandes.
Eppers, Rektor.

Um die ganze Komik dieses Kampfes gegen die socialdemokratischen Schulvorstände zu kennzeichnen, sei darauf hingewiesen, daß die beiden Gemaßregelten schon seit Jahren, und zwar der eine **6 Jahre** und der andre **17 Jahre** diesem Schulkollegium angehört haben, daß das Kollegium **seit Jahren eine socialdemokratische Majorität** hat und daß seiner Thätigkeit eine ganze Reihe Reformen im dortigen Schulwesen, darunter auch die anständige Besoldung der Lehrer, zu danken sind. Offenbar wünscht die Regierung solche nützlichen Reformen nicht, und schließt deshalb die beiden schuldigen Männer aus. —

Bevölkerungs-Statistik. Zu unsren gestrigen Bemerkungen über die Bevölkerungs-Statistik der „Welt am Montag" wollen wir nachtragen, daß wir den Herrn stark überschätzt haben, als wir annahmen, er hätte angefangen, statistische Studien zu treiben. Er hat, wie wir jetzt sehen, seine Weisheit einfach der amtlichen Denkschrift zur Marinevorlage kritiklos entnommen. Das erklärt einmal, warum er seine Antwort sich 14 Tage lang überlegt hat, dann aber auch die Stümperei seiner Beweisführung. Alles, was wir gestern gegen diese „Methode" anführten, trifft nicht nur den Benutzer, sondern auch die Quelle selbst, die Denkschrift, deren Beweisführung noch gelegentlich eine intimere Charakteristik erfahren soll. —

Landtags-Abgeordneter Justizrat Asemissen, Führer der freisinnigen Partei in Lippe und bekannt durch die Vertretung der Thronansprüche des Grafen von Lippe-Biesterfeld, ist in der Nacht zum Dienstag, 56 Jahre alt, in Detmold gestorben. —

Samoa-Abkommen. Aus Washington wird vom Montag telegraphiert: Der Senat hat heute den Antrag, die Diskussion über das Samoa-Teilungsabkommen wieder zu eröffnen, abgelehnt und das Abkommen damit genehmigt. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Einen sehr vernünftigen Erlaß

hat der neue östreichische Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern an sämtliche Landeschefs gerichtet, in welchem er die Grundsätze für die staatlichen Behörden im amtlichen Wirken bekannt giebt. Hiernach sollen die Behörden bei strengster Beobachtung der Gesetze sich ausschließlich von sachlichen Erwägungen und der Rücksicht auf die Volkswohlfahrt leiten lassen, alle Agenden rasch erledigen, offenen Auges die Bedürfnisse der Bevölkerung wahrnehmen und überall die Initiative ergreifen, wo von ihrer Intervention ein nützlicher Erfolg zu erwarten ist. Hierzu sei steter vertrauensvoller Kontakt mit der Bevölkerung geboten. Das Schreiben empfiehlt ferner die Wahrung des Ansehens der Behörden, die Handhabung der Gesetze im Falle der Bedrohung des öffentlichen Friedens und verlangt nachdrücklich, daß kein Beamter bei Vollziehung amtlicher Obliegenheiten seine politische Gesinnung hervorkehre. —

Frankreich.

Vom Pariser Erzbischof. Im Ministerrat vom Dienstag brachte der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau den Brief, welchen er an den Erzbischof von Paris, Kardinal Richard, aus Anlaß der im Blatte „La Croix" veröffentlichten Schilderung des Besuches desselben bei den Assumtionisten gerichtet hat, und die Antwort des Erzbischofs zur Kenntnis. Dieser erklärt, der Schritt, den man ihm zum Vorwurf mache, trage durchaus keinen politischen Charakter, und verwahrt sich dagegen, der Regierung der Republik feindlich gesinnt zu sein. Waldeck-Rousseau wird dem Erzbischof antworten, daß er nach dieser Erklärung den Bericht des Blattes „La Croix" als nicht genau den Thatsachen entsprechend ansehe. Trotzdem müsse er aber die Handlungsweise des Erzbischofs tadeln, die auch ganz ungewöhnlicher Art sei. — Was die Bischöfe und die sonstigen Geistlichen betrifft, welche gegen die Verurteilung der Assumtionisten protestiert haben, so wird denselben ihr Gehalt gesperrt werden. —

Türkei.

Politik und Harem. Konstantinopel, 30. Januar. Der gestrige Ministerrat beschäftigte sich mit der Angelegenheit der Italienerin Silvia Genelli, welche in einen türkischen Harem gebracht worden ist. Der Justizminister verweigert die Freilassung des Mädchens mit der Angabe, daß die Genelli nach türkischem Gesetze bereits die Großjährigkeit erlangt hat und zum Islam übergetreten ist. Die italienische Botschaft will dies nicht anerkennen, da das Mädchen als italienische Unterthanin minderjährig sei und unter väterlicher Gewalt stehe. Der Zwischenfall hat ernstere Formen angenommen und könnte sogar zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen. Die italienische Botschaft hat heute neuerlich ernste Schritte bei der Pforte unternommen. —

Serbien.

Die Begnadigung der serbischen Verurteilten wird wieder einmal angekündigt. Der „Neuen Freien Presse" wird aus Belgrad gemeldet, es verlautet dort bestimmt, daß die Begnadigung der im Hochverrats-Prozesse Verurteilten am 6. März, dem Tage der Proklamierung Serbiens zum Königreiche, erfolgen werde. —

Amerika.

Vom Philippinischen Krieg. Aus New York wird berichtet, Mac Kinley werde in allernächster Zeit eine Proklamation, betreffend eine Amnestie für die Philippinos erlassen. Die dann weiter Kämpfenden sollen als Banditen behandelt werden. — Ein Erfolg dieser auf dem Papier stehenden Proklamation wäre nicht zu erwarten. Mac Kinley müßte doch die Philippiner erst haben, ehe er sie als Banditen behandeln kann. —

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Vorberatung der Novelle zur Unfallversicherung

trat am Dienstag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die socialdemokratische Fraktion ist durch die Abgg. Fischer (Sachsen), Hoch, Molkenbuhr und Stadthagen darin vertreten. Es wurde beschlossen, von einer Generaldebatte abzusehen. Zur Beratung wurde zunächst die Gewerbe-Unfallversicherungsvorlage gestellt. Zu § 1 (Umfang der Versicherung) stellten **die socialdemokratischen Vertreter** eine Reihe von Anträgen. Sie beantragten, den Absatz 1 des § 1 wie folgt zu fassen: „Personen, welche als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge oder Gesinde gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden, werden gegen die Folgen der Unfälle, welche sich ereignen: 1. bei dem Betriebe oder auf dem Wege von oder nach der Arbeitsstätte, 2. bei häuslichen oder andren Diensten, zu denen sie von ihren Arbeitgebern oder deren Beauftragten herangezogen werden, versichert. Dieser Antrag wurde abgelehnt; ebenso der folgende, der dem § 1 einen Absatz zufügen sollte, wonach auch die Kolonnenführer als Arbeiter anzusehen sind, und wonach zu den Arbeitern im Sinne der Unfallversicherung auch gerechnet werden: 1. Lehrlinge, 2. diejenigen Personen, welche gemeinschaftlich die Ausführung einer Arbeit für das Gewerbe, die Wirtschaft oder die Hausgemeinschaft eines andern übernommen haben, 3. diejenigen Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätte der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen. — Dasselbe Schicksal hatten die socialdemokratischen Eventualanträge zu § 1. Abgelehnt wurden die Eventualanträge auf Ausdehnung der Unfallversicherung auf die im Fischereibetriebe und Apothekergewerbe beschäftigten Personen und auf das Handelsgewerbe. Ebensowenig fand ein weiterer Eventualantrag der Socialdemokraten Annahme, wonach den versicherungspflichtigen Betrieben im Sinne dieses Gesetzes gleichgestellt wird der Reichs-, Staats- und Kommunaldienst sowie Anstalten und Veranstaltungen zu religiösen, wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecken, zu Zwecken der Kunst, der Wissenschaft, der Gesundheitspflege und der Leibesübung. Abgelehnt wurde schließlich noch ihr Antrag, zu den versicherungspflichtigen Betrieben auch die zu rechnen, in denen sechs (jetzt zehn) Personen dauernd beschäftigt sind. Das Centrum und die übrigen Parteien standen allen diesen Anträgen gegenüber auf dem Standpunkte, daß man an den Kommissionsbeschlüssen, wie sie früher gefaßt worden seien, festhalten müsse. Staatssekretär Graf **Posadowsky** erklärte: Die Regierung beabsichtige im Laufe der Zeit den Kreis der Versicherten auszudehnen, halte aber die Einbeziehung des Handwerks und Gesindes in die Gewerbe-Unfallversicherungs-Vorlage für unmöglich. Hierfür müssen später besondere Organisationen geschaffen werden. Die §§ 1, 1a, 1b und 1c wurden darauf in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Die Beratung wird Mittwoch fortgesetzt.

In der Budgetkommission des Reichstags

wurde am Dienstag die Beratung des **Kolonialetats** fortgesetzt. Zur Verhandlung steht der Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet. Abg. **Müller**-Fulda (C.) bringt die jüngst vorgekommenen, durch die Presse bekannt gewordenen Ausschreitungen eines Offiziers, des **Prinzen Arenberg**, zur Sprache und giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß strengste Bestrafung erfolgen werde. Der Referent **Abg. Prinz Arenberg**, giebt folgende Erklärung ab: Ich darf wohl annehmen, daß diejenigen meiner Herren Kollegen, mit denen ich seit einer Reihe von Jahren in der Budgetkommission zusammenzuarbeiten die Ehre habe, meine Auffassung in Bezug auf alle Arten von Kolonialexcessen kennen. Ich habe in der gesamten Kolonialpolitik die kulturellen und ethischen Momente stets allen andern vorangestellt und gerade deswegen alle Ausschreitungen verabscheut und, wo Gelegenheit und Notwendigkeit vorhanden waren, auf das schärfste angegriffen. Für meine Beurteilung solcher Dinge macht es selbstverständlich nicht den allermindesten Unterschied, ob sie von einer mir fernstehenden oder mir verwandten Persönlichkeit ausgeführt worden sind. — Abg. **Bebel** kündigt an, daß er die Affaire Arenberg im Plenum zur Sprache bringen werde. Kolonialdirektor **v. Buchka** spricht sein lebhaftes Bedauern über die Excesse aus. Seine Verwaltung thue alles mögliche, um eine Wiederholung der vorgekommenen Ausschreitungen zu vermeiden. Im Falle Arenberg habe das Kriegsgericht gesprochen. Der Spruch unterliege der allerhöchsten Bestätigung. — Hierauf geht man zur Specialberatung des Etats über. Die Einnahmen, 8174300 M. (darunter **7 181 300 M. Reichszuschuß**), werden bewilligt. Mit der Position: Einnahmen aus dem Eisenbahnbetriebe 180 000 M. werden in der Diskussion die Ausgaben zur Fortführung der Eisenbahn und des Telegraphen von Swakopmund nach Windhoek: 2300000 M. verbunden. Hierüber liegt der Bericht des Oberstlieutenants Gerding vor. Danach sind die Gesamtkosten des Baues, so weit bis jetzt zu übersehen, auf 11½ bis 12 Millionen Mark zu veranschlagen. Abg. **Müller**-Fulda hält es für richtiger, daß die Eisenbahnen zu bauen in Afrika Gesellschaften überlassen werde, statt Reichsmittel zu fordern. Man könne solche Gesellschaften eventuell durch Landkonzessionen unterstützen. Direktor **v. Buchka** erwidert, daß das Reich erst eintrete, wenn sich kein Privatkapital zum Eisenbahnbau bereit finde. Leider sei das deutsche Kapital in unsern Kolonien noch zu zurückhaltend. Hieran schließt sich eine längere Diskussion, zum Teil vertraulicher Art, über den Bau anderer Linien in der südwestafrikanischen Kolonie. Bei den einmaligen Ausgaben werden zu Titel 7 100 000 M. gefordert zu Beihilfen für deutsche Ansiedler, insbesondere für ausgediente Angehörige der Schutztruppe. Hierzu wird folgender Antrag des Abg. Graf **Arnim** angenommen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei der Ansiedelung von Schutztruppen von dem Nachweis eines Betriebskapitals Abstand zu nehmen und das Land in entsprechender Größe kostenfrei zu vergeben. Im übrigen wird der Etat bewilligt, ebenso die Etats für das Schutzgebiet von Neu-Guinea und für die Karolinen, Palauinseln und Marianen.

Der Etat für Kiautschou ist der Plenarverhandlung vorbehalten. Der Kolonialetat ist somit erledigt bis auf die Reichszuschüsse, welche noch besonders festgestellt werden sollen. Morgen kommen die Titel des Auswärtigen Amts zur Beratung, welche sich auf die Kolonien beziehen.

Partei-Nachrichten.

Partei-Organisation. In der am Sonntag abgehaltenen Hauptversammlung des socialdemokratischen Vereins für den 22. sächsischen Reichstagswahlkreis sollte eine Abänderung der Organisation beraten werden, sie wurde aber verschoben bis nach der Landesversammlung. Der vorgelegte Entwurf sah eine Centralisation der im ganzen Kreise vorhandenen Einzelvereine vor unter Zulassung von Einzelmitgliedern. Die nächste Landesversammlung soll zur Frage der Organisation Stellung nehmen.

Die Einnahmen des Kreises betrugen im abgelaufenen Jahre 1059 M., die Ausgaben 750 M.

Bei der Landtagswahl im Fürstentum Reuß ä. L. wurde Genosse Franz Feustel als Abgeordneter und Genosse Hermann Steininger als sein Stellvertreter gewählt.

Genosse Molkenbuhr hat leider am Dienstag einen Unfall erlitten, der ihn auf längere Zeit von den Reichstagsverhandlungen fernhalten wird. Als Molkenbuhr in den Reichstag ging, um an den Verhandlungen der Unfallversicherungs-Kommission teilzunehmen, riß ihm an dem Portal des Reichstags der Wind den Hut fort und als er diesen erhaschen wollte, stürzte er so unglücklich hin, daß er sich den rechten Oberarmknochen der Länge nach brach. Erst nach der Kommissionssitzung begab sich Molkenbuhr ins städtische Krankenhaus, wo ihm ein Verband angelegt wurde. Hoffentlich wird unser Freund keinen dauernden Schaden davontragen. Jedenfalls ist er aber für einige Zeit im Gebrauch des rechten Arms gehindert. —

Totenliste der Partei. In Hamburg starb am Sonntag im Alter von 42 Jahren der Parteigenosse Gustav Knuth, von Beruf Cigarrenmacher. Für seine Thätigkeit zeugt die Thatsache, daß er am 4. August 1886 in Hamburg verhaftet und nach viermonatiger Untersuchungshaft wegen Vergehens gegen das Socialistengesetz und Geheimbündelei zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde. Noch vor der Entlassung aus dem Gefängnis wurde ihm die Ausweisung aus dem nördlichen Belagerungsgebiet eröffnet.

Gleichfalls am Sonntag wurde auch den Mannheimer Genossen ein tapferer Streiter durch den Tod entrissen. Es starb dort der Cigarrenmacher Franz Königshausen im Alter von 69 Jahren. Ueber seine Thätigkeit schreibt unser Mannheimer Parteiblatt:

Genosse Königshausen war einer der ältesten Parteigenossen Mannheims. Schon in den sechziger Jahren beteiligte er sich an der Arbeiterbewegung und war namentlich unter den Cigarrenmachern organisatorisch thätig. Er war somit einer der ersten Pioniere der Mannheimer Arbeiterbewegung. Als im Jahre 1878 die Mannheimer Socialdemokraten zum Zweck der Gründung des „Badisch-pfälzischen Volksblattes", eines der ersten Opfer des Socialistengesetzes, zusammentraten, da war er es, dem die Leitung dieses Preßvereins übertragen wurde. So lange er nur konnte, blieb er unseren Bestrebungen getreu und ergeben. Seine Kräfte stellte er auch in die Dienste der Allgemeinheit, der Stadt. Im Jahre 1878 wurde er zum Stadtverordneten gewählt. 1881 zum Stadtverordneten-Vorstand. 1884—1890 wurde er Stadtrat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Das Urteil** gegen Genossen Korn in Kiel wegen Beleidigung des Reichskanzlers ꝛc. durch Kritik der Zuchthausvorlage lautet auf 2 Monate Gefängnis. Ueber die Verhandlung, die schon vor einigen Tagen stattfand, haben wir schon berichtet.

— **Je 10 M. Geldstrafe** müssen zwei Genossen in Haynau in Schlesien bezahlen, weil sie durch eine Kalenderverteilung des Sonntags „öffentlich bemerkbare Arbeit" verrichtet haben sollen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Einsetzer (Tischler) wird berichtet, daß bis jetzt 102 Meister mit 500 Gesellen den Lohntarif bewilligt haben und Aussicht vorhanden ist, daß bis Ende dieser Woche, abgesehen von einzelnen Plänkeleien, der Streik beendet sein dürfte. Das Resultat ist um so sicherer zu erwarten, wenn die Kollegen

streikte die Beschlüsse inne halten und überall da, wo der Tarif noch nicht bewilligt ist, auf die Durchführung gedrungen wird.

Leider müssen wir noch zu unserm Bedauern feststellen, daß die Werkstattgesellen unsren Streik noch nicht genügend respektieren und immer noch auf Bauten gehen und Einsetzerarbeiten ausführen.

Im weiteren machen wir bekannt, daß alle Einsetzer, welche ohne Arbeitskarte arbeiten, sich unsren Forderungen nicht angeschlossen haben. Wir bitten die Bauhandwerker, die Kontrolle zu üben. — Alle Kollegen ersuchen wir, heute abend in der Versammlung zu erscheinen, um die Lohnbewegung noch besser auszugestalten.

Die Streikkommission.

Deutsches Reich.

Vom noblen Reedertum wird uns aus Bremen berichtet: Der Norddeutsche Lloyd läßt bekanntlich riesige Summen springen, um in der Welt den Eindruck eines höchst vornehmen Instituts zu machen. Diesen Reklameaufwand beleuchtet in sehr merkwürdiger Weise das Verhalten, das der Lloyd neuerdings gegen seine Hafenarbeiter zur Schau trug. Im vorigen Dezember fand eine Lohnbewegung der bremischen Hafenarbeiter ohne Streik vor dem Einigungsamte mit Erzielung einiger, wenn auch nur geringer Vorteile ihren Abschluß. Am 1. Januar sollte der neue Lohntarif in Kraft treten, aber nun zeigte sich, daß weder der Norddeutsche Lloyd noch die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft sich rührten, das Abkommen zu respektieren. Die Arbeiter wandten sich mit schriftlicher Beschwerde an den Arbeitgeberverband und nun machte die Lagerhaus-Gesellschaft die von den Arbeitern erhofften Vorteile durch eine andre Auslegung illusorisch, während der Norddeutsche Lloyd sich durch den in aller Stille vollzogenen Austritt aus dem Arbeitgeberverband offenbar nicht mehr an das Abkommen vor dem Einigungsamt gebunden glaubte. Die Arbeiter, die auf diese wahrhaft erbärmliche Weise um die nunmehr einzigen Vorteile ihrer Lohnbewegung gebracht sind, haben dem bremischen Reederkapital in einer jüngst abgehaltenen Versammlung unverblümt die Meinung gesagt.

Zur Kennzeichnung des bremischen Reedertums dient noch folgendes: In ihrer erwähnten schriftlichen Beschwerde an den Arbeitgeberverband hatten die Hafenarbeiter darauf hingewiesen, daß nach ihrer Meinung das vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbands vor dem Einigungsamt abgegebene Ehrenwort für alle Mitglieder jenes Verbands bindend sei. Diesen Glauben, daß die Unternehmer auf Ehre und Gewissen verhandelten, hat folgendes Wort, das der Vorsitzende, Direktor Holze von der Dampfschiffahrts-Gesellschaft Neptun, seinem Antwortschreiben einfügte, gründlich zerstört. Er schrieb: „Wir bemerken hier, daß sowohl Ihre wie unsre Vertreter vor dem Einigungsamte ein Ehrenwort nicht abgegeben haben und wir verbitten uns für jetzt und in Zukunft hierauf bezügliche Anspielungen.“ Das klingt in der That saarabisch. Und dabei hatte Direktor Holze im Verlaufe der Verhandlungen vor dem Einigungsamte das Wort gesagt: „Was wir hier verhandeln, ist Ehrensache.“ Darauf hatten die Hafenarbeiter ihren guten Glauben gestützt.

Ganz ungerechtfertigt aufgelöst wurde am Sonnabend eine in Halle anberaumte Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes. Der Vorsitzende Ebeling legte bei Beginn der Versammlung dem diensthuenden Wachtmeister die für laufende Versammlungen ausgestellte Bescheinigung vor und bemerkte, daß die Versammlung ordnungsmäßig angemeldet worden sei. Der Beamte eilte, da ihm die Sache zweifelhaft erschien, noch einmal zu seinem Vorgesetzten, kehrte dann aber, wie im Schweiße gebadet, mit dem Bemerken, es bleibt bei der Auflösung, zurück. Als Ebeling seine Bescheinigung verlangte, entgegnete ihm der Beamte, er müsse dieselbe beschlagnahmen, da an derselben eine „unerlaubte Korrektur“ vorgenommen worden sei. Ebeling beschwerte sich am Montag früh sofort bei dem Ober-Polizei-Inspektor Weydemann, wobei sich dann herausstellte, daß die Versammlung, die zufällig mit dem Geburtstage Wilhelms II. zusammenfiel, thatsächlich ungerechtfertigt aufgelöst worden ist. Herr Weydemann sprach über die Auflösung sein Bedauern aus.

Der Textilarbeiter-Streik bei der Firma Läderich u. Co. in Mülhausen i. E. ist, wie uns soeben mitgeteilt wird, beendet, und zwar zu Ungunsten der Arbeiter. Die Hungerpeitsche hat die um bessere Lebensbedingungen kämpfenden Proletarier also wieder einmal zur Unterwerfung gezwungen.

Ausland.

Die Bergarbeiter im Aachener Bezirk sind bekanntlich seit einiger Zeit in heftiger Erregung, da ihnen von den Grubenbesitzern verboten wurde, der Organisation anzugehören, und als diesem Verbot keine Folge geleistet wurde, zahlreiche Arbeiter ihre Kündigung erhielten. Wie es scheint, erwartet man einen Ausstand der Arbeiter, denn es wird telegraphisch gemeldet, daß eine Abteilung Gendarmerie in den umliegenden Ortschaften eingetroffen ist. Diese Maßregeln können natürlich keineswegs zur Beruhigung dienen. Bemerkt sei, daß es sich hier um gut christliche Arbeiter handelt, die sich gegen die rücksichtslose Behandlung der Unternehmer wenden würden. Man scheint gegen sie aber auch die bekannten Mittel in Anwendung zu bringen.

Socialeſ.

Vom rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau. Welch lohnendes Geschäft der Bergbau für die Kohlenmagnaten ist, erhellt aus folgender Preiszusammenstellung. Nach Notierungen der Essener Börse wurden folgende Durchschnittspreise erzielt. Für

	Flammkohlen M.	Fettkohlen M.	Magerkohlen M.	Gaskohlen M.	Hochofenkoke M.	Gießereikoke M.	Brekkoke M.	Briquettes M.
1895	8,33	8,00	7,50	10,125	11,00	14,00	15,25	9,75
1899	9,13	9,37	8,88	11,75	14,375	16,69	17,27	12,08

Es stiegen demach die verschiedenen Kohlensorten in den letzten 4 Jahren um **9,6; 17,2; 18,4; 16,0; 30,68; 19,2; 13,24;** bezw. **23,83** Proz. Trotzdem soll sich der Bergbau nach den Angaben der Werksbesitzer nicht lohnen, weil angeblich die Produktionskosten, besonders die Löhne der Arbeiter **bei verminderter Leistung** ganz enorm gestiegen seien. In jedem Geschäftsbericht wird dasselbe Lied gesungen und auch im Essener Handelskammerbericht finden wir wiederholt dieselbe Klage. Es ist schon oftmals darauf hingewiesen worden, daß die erzielten höheren Löhne zum guten Teil aus geleisteten Ueberschichten resultieren. Thatsächlich hat sich die Förderziffer pro Kopf gesteigert; dies finden wir im erwähnten Bericht, eine gewiß unverdächtige Quelle für die Werksbesitzer, bestätigt. Nach den darin gemachten Angaben betrug in den ersten drei Vierteljahren (Ober-Bergamtsbezirk Dortmund):

Jahr	Zahl der Bergarbeiter	Steinkohlen-Förderung in Tonnen
1894	152 139	30 047 077
1895	153 537	30 129 963
1896	159 915	33 059 990
1897	172 768	35 750 462
1898	190 582	37 656 341
1899	204 410	40 957 911

Von 1894—99 stieg die Zahl der Bergarbeiter um **34,36** Proz., die Steigerung der geförderten Kohlenmenge beträgt aber **36,31** Proz. In den ersten drei Vierteljahren 1894 entfielen auf den Kopf der Belegschaft 197,5 Tonnen Förderung, für denselben Zeitraum 1899 stieg die Förderziffer pro Kopf jedoch auf **200,37** Tonnen. In diesen Zahlen kommt die thatsächliche Mehrleistung aber noch lange nicht recht zum Ausdruck! Zunächst kommt dabei nicht in Betracht die Heranziehung Tausender vollständig ungeschulter Arbeiter zum Bergbau; wodurch natürlich die Förderungsquote der heimischen, eingeübten Arbeiter mit herabgedrückt wird. Ferner muß berücksichtigt werden die sich immer schwieriger gestaltende Kohlengewinnung, erhöhte Hitze bei tieferer Teufe, weitere Entfernung vom Schacht, Lagerverhältnisse, Bergeversatz usw. Was aber die Hauptsache ist, gerade in den letzten Jahren sind die oberirdischen Anlagen zur Erzeugung von Nebenprodukten bedeutend erweitert worden. Eine sehr große Anzahl der neuangelegten Bergarbeiter ist gar nicht an der Kohlenförderung beteiligt! Ganz ungeniert rechnet man aber die gesamte Belegschaft der Kohlen produzierenden zu. Trotz dieser, im wohlverstandenen Interesse beliebten Berechnung, ist die Behauptung von der verminderten Leistung widerlegt. Danach darf man wohl den übrigen Behauptungen der Dividendenarbeiter mit größtem Mißtrauen begegnen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenstudium. Der Petitionskommission des Reichstags lag eine Petition vor, weibliche Studierende auf Grund ihrer Reifezeugnisse auch zur Immatrikulation und den Staatsprüfungen zuzulassen. Der Vertreter der Regierung gab in der Kommission eine Erklärung ab, daß über die Zulassung zum ordentlichen Universitätsstudium die Landesregierungen zu befinden haben.

Was die Zulassung zu den Staatsprüfungen anlangt, so sind die Hindernisse, die bisher der Zulassung weiblicher Studierenden zu den Prüfungen der Aerzte, Zahnärzte und Apotheker infolge der Fassung der Prüfungsordnungen entgegenstanden, durch Beschluß des Bundesrats vom 24. April d. J. beseitigt worden. Nach der durch diesen Beschluß den Prüfungsvorschriften gegebenen Auslegung wird bei solchen Prüfungen, die ungeachtet des Nachweises der vorgeschriebenen schulwissenschaftlichen Vorbildung sowie der erforderlichen sittlichen Führung aus Gründen der Universitätsverwaltung von der Immatrikulation ausgeschlossen waren, das gastweise Studium als den Prüfungsvorschriften entsprechend anerkannt, sofern im übrigen ein ordnungsmäßiger Studiengang dargethan wird. Demgemäß können Frauen, die sich die erforderliche schulwissenschaftliche Vorbildung erworben haben, zu den genannten Prüfungen zugelassen werden und die Approbation erwerben, auch wenn sie das vorgeschriebene Universitätsstudium nur als sogenannte Hospitantinnen zurückgelegt haben, und es ist damit das einzige Hindernis beseitigt, das bisher ihrer Zulassung in den reichsrechtlichen Vorschriften im Wege stand. Da nach den landesrechtlichen Bestimmungen die Frauen von der Erlangung der Gymnasialreife und der für den zahnärztlichen und pharmazeutischen Beruf erforderlichen schulwissenschaftlichen Vorbildung sowie von dem gastweisen Besuche der medizinischen Vorlesungen meist nicht mehr ausgeschlossen sind, ist ihnen der Zugang zu den erwähnten Berufsarten nunmehr eröffnet.

Landwirtschaftliche Frauenbildung. Kürzlich tagte in Moskau ein landwirtschaftlicher Kongreß, der zu verschiedenen Projekten und Maßnahmen geführt hat, die eine landwirtschaftliche Bildung für Frauen bezwecken. Es sollen höhere und niedere landwirtschaftliche Kurse für Frauen ins Leben gerufen werden. In den höheren Kursen sollen die wichtigsten Specialzweige der Landwirtschaft gelehrt werden, und dazu noch eine allgemeine, elementare agrarische Bildung erzielt werden. Diese Kurse sind für Frauen mit mittlerer Bildung bestimmt. Mit den niederen Kursen ist keine schulartige Organisation geplant, sondern nur die Erteilung von Instruktionen seitens dazu erwählter Fachleute auf zu diesem Zweck zu errichtenden Musterwirtschaften. Zur Zeit bestehen in Rußland drei landwirtschaftliche Schulen für Frauen.

Frauenemanzipation im Orient. Die Pariser „Fronde“ schreibt: Der Feminismus scheint jetzt auch nach dem Orient vorzudringen und unter den Anhängern Mohameds Schule zu machen. Ein eifriger Verteidiger ihrer Rechte ist den Frauen in Kassim Amim Bey, einem Rat am Appellationsgerichtshof in Kairo, erstanden. In einem Artikel in der „Asiatic Quaterly Review“ tritt er als Verteidiger der Interessen der mohamedanischen Frauen auf und fordert für sie „Erziehung und Unterricht, Unabhängigkeit in ihren Handlungen, Gedanken und Empfindungen, freie Wahl eines Gatten, Unterdrückung des Rechts des Ehemannes, seine Frau zu verstoßen, das gesetzliche Verbot der Polygamie (Vielweiberei)“.

Versammlungen.

In einer Kommunalwähler-Versammlung des 44. Bezirks, die am Montag in der Brauerei Moabit tagte, gab es eine lebhafte Debatte zwischen unsern Parteigenossen und National-Socialen. Der Referent Genosse Borgmann führte unter andern aus, daß die socialen Verheißungen, welche der Oberbürgermeister Kirschner kürzlich in seiner bekannten Rede gemacht hat, infolge der Zusammensetzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung gar nicht durchgeführt werden könnten, weil der Mehrheit in den städtischen Behörden das Verständnis für die socialen Aufgaben der Gegenwart gänzlich fehlt. Danach nahm der National-Sociale Tischendörfer das Wort. Wie die Partei des Redners stets mit gläubiger Zuversicht nach hoher Stelle blickt und ihre Zukunftshoffnungen auf Worte hoher Personen setzt, so betrachtet auch Herr Tischendörfer die oberbürgermeisterlichen Auslassungen als eine Art kommunal-socialen Evangeliums, welches nur dann in die That umgesetzt werden kann, wenn die Arbeiterpartei im Roten Hause sich auf die Seite des Oberbürgermeisters stellt. Wenn sie das aber nicht thut, dann würden die schönen Verheißungen des Stadtoberhaupts ebenso unerfüllt bleiben, wie die vielerwähnten kaiserlichen Erlasse von 1890, deren Durchführung nach national-socialer Auffassung auch an dem bösen Willen oder der Einsichtslosigkeit der Socialdemokratie gescheitert sind. Die Rede Tischendörfers gipfelte in einer Empfehlung seines Parteifreundes Damaschke, der aber nicht unter national-socialer Flagge, sondern als Vertreter einer sogenannten Mieterpartei als Stadtverordneten-Kandidat aufgestellt werden soll, um die — wie der Redner sagte — von den Socialdemokraten noch nicht berücksichtigte Wohnungsfrage in Angriff zu nehmen, wozu Damaschke als Bodenreformer ganz besonders geeignet sei. Später unterstützte auch noch der flottenbegeisterte Redacteur v. Gerlach seinen Freund Tischendörfer in der national-social-mieterparteilichen Propaganda. Unsre Parteigenossen Borgmann und Glocke traten den gegnerischen Rednern entgegen, indem sie ausführten, daß wir gar keine Veranlassung hätten, auf die Worte des Oberbürgermeisters, in denen übrigens die Arbeiterinteressen, die uns am meisten am Herzen liegen, nicht berücksichtigt sind, große Hoffnungen zu setzen. Wenn der Oberbürgermeister mit socialen Thaten komme, dann finde er selbstverständlich unsre Unterstützung. Was die Wohnungsfrage betreffe, so könne dieselbe im kapitalistischen Staat keine befriedigende Lösung finden, denn das Beispiel Leipzigs beweise, daß die Kommune als Grundeigentümerin keine geringere Wucherin sei wie die privaten Grundbesitzer, und was im Interesse der Mieter auf kommunalem Gebiet geschehen könne, werde natürlich auch von unsren Parteigenossen vertreten. Die National-Socialen, welche bereit sind, Hunderte von Millionen für die Flotte zu bewilligen, seien keine Vertreter, für die ein Arbeiter stimmen kann, und so wenig es ihnen bei den Reichstagswahlen gelungen sei, so wenig würden sie im stande sein, bei den Stadtverordnetenwahlen der Socialdemokratie Abbruch zu thun. — Die Versammlung nahm die Ausführungen unsrer Genossen beifällig entgegen und stellte Glocke einstimmig als Kandidaten auf. Der Vorsitzende Pfarr ersuchte die Genossen, die bei ihm ausliegende Wählerliste einzusehen und sich zu überzeugen, ob sie eingetragen sind, damit am Wahltage unnötige Weitläufigkeiten vermieden werden. Dann gab er der Hoffnung Ausdruck, daß der 14. Februar ein Siegestag unsrer Partei werden möge und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie.

Vom Kriegsschauplatz

wird heute nicht viel berichtet. Die wirklichen Verlustzahlen werden nicht bekannt gegeben und der Oberbefehlshaber, Lord Roberts, beschränkt sich darauf, zu telegraphieren, daß die Lage „unverändert“ sei. Inzwischen ist auch die Brigade Dundonalds, die bisher vermißt wurde, wieder glücklich auf dem Südufer des Tugela eingetroffen.

Detaillierte Berichte über die Schlacht am Spionkop besagen, daß sterbliche Menschen eine solche Stellung, wie die, welche die britischen Truppen eine Zeit lang innehatten, dauernd nicht behaupten konnten. Von den Schwierigkeiten der Stellung scheine der britische Generalstab, als deren Angriff beschlossen wurde, keine gründliche Kenntnis besessen zu haben. Das unaufhörliche Feuer der Gewehre und schweren Geschütze verwandelte den Berggipfel in eine wahre Hölle, die Granaten platzten beständig in den Reihen der Briten, und das Gewehrfeuer der Boeren war geradezu entsetzlich, nach 24stündigem Kampfe überließen die britischen Truppen die Stellung den Boeren.

Unter den Gefallenen auf der Boerenseite befindet sich der deutsche **Lieutenant v. Brüsewitz,** der in einem Karlsruher Café einen Civilisten niederstach und deshalb zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt, später aber begnadigt wurde. Er hatte dann bei den Boeren Dienste genommen.

Aus Kimberley

wird unterm 26. Januar per Heliograph gemeldet: Die Beschießung dauert fort, obwohl sie gestern an Heftigkeit bedeutend nachgelassen hatte. Das Feuer ist indessen vergangene Nacht wieder stärker geworden und war nicht gegen die Befestigungswerke, sondern gegen die Wohnhäuser gerichtet. 145 Geschosse wurden zwischen Mitternacht und 4 Uhr morgens in die Stadt geworfen. Sämtliche Geschosse sind Fabrikate des Transvaalstaates. Ein Kind wurde getötet, vier Personen sind verletzt.

London, 30. Januar. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Sterkstrom vom 26. Januar gemeldet: Eine unter dem Befehl des Generals Kellykenny, des Befehlshabers der 6. Division, stehende Kolonne besetzte Thebus an der Eisenbahn zwischen Steynsburg und Naauw-Poort. Man hofft, daß General Gatacre und General Kellykenny ihre Streitkräfte bald vereinigen werden.

* * *

Aus der südafrikanischen Republik.

Präsident Krüger hat den englischen Gefangenen mitteilen lassen, daß, wenn die Lebensmittel in Transvaal knapp werden sollten, sie das Schicksal der Boeren teilen müßten.

Die Londoner Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Durban, wonach ein aus Johannesburg eingetroffener Flüchtling berichtet, die Granatenfabrik in Johannesburg sei am 20. d. M. zerstört worden, die Boeren hätten dadurch einen unersetzlichen Verlust erlitten.

Von der Friedensagitation in England.

Mr. Stead, der unermüdliche Kämpfer für den Frieden, hat eine Wochenschrift unter dem Titel „Krieg gegen den Krieg in Südafrika“ gegründet, deren Programm in den folgenden sechs Fragen und Antworten niedergelegt ist:

1. „Was sollt Ihr thun?“ — „Diesem Kriege ein Ende machen.“ 2. „Wann?“ — „Augenblicklich. 3. „Warum?“ — „Weil wir im Unrecht sind.“ 4. „Wie?“ — „Dadurch, daß wir unsre Sünden bekennen und das Rechte thun.“ 5. „Welche Sünden?“ — „Lüge, um die Verschwörung zu verhüllen; Betrug, indem wir, falsche Rechte reklamieren; Unredlichkeit, indem wir unser Wort zurückgenommen; Massenmord.“ 6. „Und wie sollen wir das Rechte thun?“ — „Dadurch, daß wir die Schuldigen hervorziehen und bestrafen, ihre Opfer entschädigen und Frieden schließen.“

Flottenvorlage in Frankreich.

Paris, 30. Januar.

Die Regierung unterbreitete der Kammer heute Gesetzentwürfe betreffend die **Vermehrung der Flotte,** die Hafenausrüstung, die Verteidigung der Küsten und Kolonien und die unterseeischen Kabel. Die Gesetzentwürfe erfordern Ausgaben im Betrage von 900 Millionen Franks, die aber auf mehrere Finanzjahre verteilt und durch die im Budget vorgesehenen Mittel, besonders durch den Kredit von 107 Millionen, der jährlich für den Bau von Schiffen bestimmt ist, gedeckt werden sollen. In dem Gesetzentwurf, betreffend die Vermehrung der Flotte werden 476 Millionen für den Bau von 6 Panzerschiffen, 5 Kreuzern, 28 Torpedozerstörern, 112 Torpedobooten und 28 Unterseebooten verlangt. Die betreffenden Schiffe sollen bis 1907 fertiggestellt werden. In dem Gesetzentwurf bezüglich der vorzunehmenden Hafen- und Befestigungsarbeiten werden 140 Millionen verlangt. Hierin sind die Ausgaben für die Arbeiten in Bizerta und die Vollendung der Arsenale von Saigon, Dakar usw. einbegriffen. (Vergleiche auch Politische Uebersicht.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Transvaalkrieg im Unterhaus.

London, 30. Januar. (W. T. B.) Unterhaus. Beim Eintritt des Staatssekretärs für die Kolonien Chamberlain herrschte völlige Stille. Campbell-Bannerman wird von der Opposition, der erste Lord des Schatzes Balfour von den regierungsfreundlichen Mitgliedern des Hauses mit Beifall empfangen. Pretyman bringt eine Adresse ein, in welcher allen denen, die durch den südafrikanischen Krieg leiden, die Sympathie des Hauses zum Ausdruck gebracht wird. Er bedauere das Unglück, das die britischen Waffen betroffen habe, aber die Nation sei einmütig entschlossen, das Unglück wieder gut zu machen. Er hoffe, mehr Geldmittel für die Kriegführung würden sofort und mit Vergnügen vom Hause bewilligt werden. (Ironischer Beifall der Radikalen.) Campbell Bannermann, von der Opposition mit Beifall begrüßt, spricht seine Bewunderung aus über die Tapferkeit und den Opfermut so vieler seiner Landsleute, die aus freien Stücken ihre Dienste angeboten haben, aber wünscht gleichzeitig zu erfahren, welche Umstände diese ungewöhnliche Art, das britische Heer zu verstärken, notwendig gemacht haben. Allerdings werde man einstimmig den Männern Bewunderung zollen, welche dem Rufe des Vaterlandes gefolgt seien. (Lauter Beifall.)

Bern, 30. Januar. (W. T. B.) Im Albula-Tunnel wurden am verflossenen Montag nachmittags drei Arbeiter durch die unerwartete **Explosion** einiger Dynamitpatronen getötet. Ein Mann wurde schwer, ein andrer leicht verletzt.

Esbjerg, 30. Januar. (W. T. B.) Nach einem späteren Telegramm ist der Dampfer „Remus“ am Donnerstag früh 3½ Uhr im Nebel auf Hornes-Rev gestrandet. Unmittelbar nach der Strandung bestiegen der erste Steuermann, der Bootsmann und drei Matrosen ein Boot, um das Land zu erreichen. Das Boot muß aber untergegangen sein, denn die Ueberreste desselben wurden auf dem Skallingem gefunden. Kurze Zeit darauf zerbrach das Schiff in zwei Stücke, und die Mannschaft mußte ihre Zuflucht in die Takelage nehmen. Am Freitagvormittag wurde ein andres Boot ins Wasser gesetzt, und 10 Mann stiegen in dasselbe. Es kenterte aber sofort, wobei 5 Mann ertranken. Zwei Mann versuchten darauf, sich auf einem Floß zu retten, das jedoch sank; beide ertranken. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend fiel ein Mann aus Ermattung über Bord und ertrank. Der Kapitän des Schiffes, Willems, erschoß sich in derselben Nacht mit einem Revolver. Er hatte vorher furchtbare Qualen erlitten und war mehreremale über Bord gefallen. Kurz vor dem Selbstmord war er in Irrsinn verfallen. Da das Schiff mit Wasser gefüllt war, war es unmöglich, zu den Vorräten zu gelangen, und die Mannschaft hatte nichts andres als Mais, der auf der Oberfläche des Wassers schwamm.

Verantwortlicher Redacteur: Paul Rohn in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

133. Sitzung vom 30. Januar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Podbielski.

Die zweite Beratung des Etats der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär".

Abg. **Singer** (Soc.):

Ich habe eine Reihe von Ausführungen zu machen, die ich mit dem lebhaften Bedauern darüber einleiten muß, daß der Herr Staatssekretär noch immer nicht das jedem Staatsbürger verfassungsmäßig zustehende Recht der **Koalition** den Postbeamten zugesteht. Die **Konservativen**, die ja in dem Staatssekretär den Mann sehen, dessen Verwaltungsmaxime maßgebend ist, werden mit diesem seinem Vorgehen natürlich **einverstanden** sein. Sie sehen an ihm ja den **starken Mann**, der der Socialdemokratie an die Gurgel springt. Der Herr Staatssekretär ist dem Unterbeamten-Verband nicht nur an die Gurgel gesprungen, sondern es ist ihm gelungen, kraft der ökonomischen Macht, die er gegenüber den Unterbeamten repräsentiert, diesen Verband zu erdrosseln. Mit den Rechten, die den Beamten zustehen, steht dieses Vorgehen in **schreiendem Widerspruch.** Am 25. Mai v. J. wurde vom Staatssekretär folgender Ukas erlassen: „An vielen Stellen des Reichs-Postgebietes bestehen Unterbeamten-Vereine, die der Pflege der Geselligkeit und der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Unterbeamten gewidmet sind. Wenn diese sich auf einzelne Orte beschränken, können sie in vielen Fällen segensreich wirken. Bei der Verschiedenartigkeit in den einzelnen Bezirken und im Hinblick auf die Größe des Reichs-Postgebiets halte ich aber die **Ausdehnung über mehrere Postbezirke nicht für richtig** und bestimme ferner, daß die Vorstände und sonstigen leitenden Stellen in der Verwaltung solcher Vereine nur durch solche Mitglieder besetzt werden dürfen, die noch im Dienst stehen." Nun, ich meine, wenn überhaupt ein Verband wie der hier gegründete nützlich sein soll, so kann seine Nützlichkeit nur darin bestehen, daß er seine Thätigkeit nicht auf bestimmte Orte konzentriert, sondern im Gegenteil sich auf **weite Kreise** erstreckt, weil die Interessen **aller** Beamten maßgebend sind. Wenn diese Frage noch streitig ist, so muß jedenfalls die Bestimmung, daß in den Vorstand nur im Dienst stehende Beamte gewählt werden dürfen, als **unbedingte Verletzung** des Rechts der Vereine angesehen werden. Diese Bestimmung scheint nur dazu da zu sein, daß der Staatssekretär die Leitung des Verbands unter seiner Fuchtel hat, damit er in der Lage ist, durch **Maßregelung** die Leute, die im Auftrage ihrer Berufsgenossenschaft deren Interesse vertreten, zu schädigen. Jeder, der noch einen Funken von Selbstachtung hat, wird sich bedanken, in einem solchen Verbande mitzuwirken, dessen Leitung täglich und stündlich in der Gefahr ist, gemaßregelt und an die Luft gesetzt zu werden. Es muß betont werden, daß sich der Staatssekretär hierbei **mit dem Gesetz in Konflikt** setzt. Es giebt kein Gesetz, das ihn ermächtigt, solche Verbände zu unterdrücken und sich in ihre Verwaltung einzumischen.

Diese Art der Verwaltung des Staatssekretärs zeigt sich ja auch auf allen Gebieten, die in Frage kommen. Nachdem es ihm gelungen ist, den **Assistentenverband** lahm zu legen, hat er sich nun an den **Unterbeamtenverband** herangemacht, und ich werde Ihnen noch einige Thatsachen mitteilen, die beweisen, wie weit die **Erdrosselung** desselben dem Staatssekretär gelungen ist. Einige Tage nach dem Erlaß wurde eine Versammlung dieses Verbandes zusammenberufen, um über die Schritte, die nun zu thun wären, zu beraten. Der Staatssekretär empfing vorher einige Herren aus dem Vorstande und sagte bei dieser Gelegenheit, daß er nicht um Haaresbreite von seiner getroffenen Anordnung abgehen werde und wer sich dagegen auflehne, werde am Tage darauf die Antwort haben. Wie sich dieses Verhalten mit dem Schutze für seine Beamten, von dem der Staatssekretär immer spricht, verträgt, verstehe ich nicht. Weiter sagte er, **sein Wunsch müsse den Beamten Befehl sein,** wenn nötig, würde er seinen Wünschen den gebührenden Nachdruck verleihen. Er konnte auch nicht umhin, ihnen klar zu machen, wohin es führe, wenn sie sich in solche Vereinsthätigkeit mischten. Als Beispiel wies er auf die Praxis der Socialdemokratie hin, wo den armen Leuten die Groschen aus der Tasche gezogen würden, um die Führer zu bereichern. Ich glaube, das hat der Herr Staatssekretär wohl nur dazu gesagt, um die Leute abzuschrecken. Ich halte ihn **nicht** für **so naiv,** daß er an das Märchen der Verschleuderung der Arbeitergroschen durch die Führer glaubt. In wieweit der Herr Staatssekretär durch derartige Aeußerungen etwas erreicht hat bei den Unterbeamten, die sich mit der Socialdemokratie verbunden fühlen, das sollte der Herr Staatssekretär als kluger Mann selbst beurteilen können. Denn mit derartigen Behauptungen, die nicht mit einer Spur eines Beweises zu belegen sind, erreicht man nichts andres, als die Leute **den Bestrebungen zuzuführen,** von denen man sie fernhalten will. Soweit die Postbeamten bei den Wahlen noch nicht für die Socialdemokratie stimmen, werden sie durch das Verhalten des Staatssekretärs den Unterbeamten gegenüber dazu getrieben. Durch die gewaltsame Art, in der er ihnen das **Koalitionsrecht schmälert,** zwingt er sie, wo es ihnen möglich ist, ihrer oppositionellen Meinung Ausdruck zu geben.

Nachdem über diesen Empfang im Verbande Bericht erstattet worden war, wurde darüber beraten, ob eine **Fortführung des Verbands** unter diesen Verhältnissen möglich und wünschenswert sei. Zunächst hatte der Verband so viel sittlichen Mut, daß er die beantragte Auflösung des Verbands ablehnte und zwar in geheimer Abstimmung. Nach dieser Abstimmung gelang es aber den ängstlichen Gemütern im Verbande, am folgenden Tage eine neue, diesmal öffentliche Abstimmung durchzusetzen und da wurde dann der Verband mit kleiner Majorität für aufgelöst erklärt unter der ausdrücklichen Motivierung, daß man dem Druck und dem Zwang des Herrn Staatssekretärs nachgebe; **also die Erdrosselung dieses Verbands ist dem Herrn Staatssekretär dank seiner ökonomischen Macht gelungen.** (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem:**

Ich möchte den Herrn Redner bitten, nicht solche **gewaltsamen Ausdrücke** zu gebrauchen, wie „Erdrosselung". Ich glaube, es würde viel besseren Eindruck machen, wenn er die **unter gebildeten** Menschen üblichen Ausdrücke anwendete.

Abg. **Singer** (Soc.):

Ich werde der Weisung des Herrn Präsidenten folgen, erlaube mir aber die Bemerkung, daß auch das Vorgehen des Herrn Staatssekretärs nicht zu den Maßregeln gehört, die sonst unter gleichberechtigten Menschen üblich sind. So wurde ein Postbote in Hamburg nur aus dem Grunde, weil er die Wochenschrift „Der deutsche Postbote" gelesen und weitergegeben hatte, **entlassen.** Es kann doch aber unmöglich der Postverwaltung das Recht zugestanden werden, einen Beamten, der sich in dienstlicher Beziehung nichts hat zu schulden kommen lassen, zu entlassen, bloß weil er ein der Verwaltung nicht genehmes Organ liest oder verbreitet. Solche Maßregelungen stehen der Postverwaltung jedenfalls nicht zu und ich hoffe, daß die Konservativen durch die Erfahrungen, die sie mit der **Maßregelung der Landräte** gemacht haben, dazu sich veranlaßt sehen, mit uns gemeinsam dafür einzutreten, daß das außerdienstliche Verhalten von Beamten niemals als Grund der Maßregelung benutzt werden darf. Andrerseits werden aber die Postbeamten seitens ihrer Vorgesetzten zu Zwecken benutzt, die absolut **nichts mit ihrem Dienst** zu thun haben. Wenn der Herr Staatssekretär immer erklärt hat, er wünsche nicht, daß seine Beamten sich mit andern Dingen befassen als mit denen, die zu ihren dienstlichen Verpflichtungen gehören, so gilt das doch **nicht für alle** Bestrebungen der Beamten, sondern nur für die, welche ihre Interessen zu wahren geeignet sind, dagegen für Bestrebungen, die der politischen Auffassung, die der Herr Staatssekretär zu haben scheint, angenehm sind, die dahin gehen, im **sog. Patriotismus** zu arbeiten, dafür, scheint es, sind die Postbeamten immer da, da werden ihnen **keine Schwierigkeiten** in den Weg gelegt. Wir leben ja jetzt in der Zeit der **Flottenagitation,** die sich ja bis in die Schulen erstreckt, und natürlich kann sich auch die Postverwaltung dieser Agitation nicht entziehen. Der Oberpostdirektor **Großkopf in Königsberg** erließ am 24. November an die Vorstände der Postanstalten in Ostpreußen ein Cirkular, in dem er den Beamten nahelegte, einem Aufruf zum Beitritt in den Flottenverein Folge zu geben, er legte es den Vorstehern der Postanstalten nahe, den Unterbeamten den Beitritt **warm ans Herz** zu legen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten) Auch sonst sollten sie fleißig für die Bildung von Lokalvereinen wirken. Weiter heißt es, um deutlich hervortreten zu lassen, daß die deutschen Postbeamten alle Zeit bereit sind, für des Reiches Herrlichkeit zu wirken, empfiehlt es sich, Beitrittserklärungen bei der Geschäftsstelle der Provinz einzureichen. — Das ist ein etwas deutlicher **Wink mit dem Zaunpfahl.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Selbstverständlich erwartet der Herr Oberpostdirektor, daß die gesamte Liste seiner Beamten bei der Einzeichnung zum Flottenverein ihm vorgelegt wird, und ich möchte wissen, was der Postbeamte gegenüber solchem Zwang anders thun kann, als seinen Obolus beizusteuern. Ich muß mich wundern, daß der Herr Staatssekretär nicht dafür gesorgt hat, daß dieser Aufruf zurückgenommen und den Beamten die gezahlten Gelder zurückgezahlt wurden. Doch nicht genug damit. Der Postdirektor bestimmte ausdrücklich, daß das Verzeichnis der Beigetretenen unter Angabe des Ortes bis zum 5. Dezember in seinen Händen sein solle. (Hört! hört! bei den Soc.) Die Flottenagitation ist wirklich **nicht zu beneiden** um diejenigen Herren, die angeblich ihre Geschäfte machen. Was für die Flotte erreicht werden kann durch ein derartiges Vorgehen, das brauche ich nicht erst zu sagen.

Der Herr Staatssekretär wird weiter die Nachricht gelesen haben, wie Lehrer in Ostpreußen zur Agitation für ein **konservatives Winkelblättchen** herbeigezogen wurden. Dies Blättchen wurde durch das Landratsamt versandt. Bei dieser Debatte interessiert uns der Umstand, daß der Landrat die Aufforderung zum Abonnement unter dem Stempel des Aversums, also **portofrei,** versandt hat. Zweifellos hatte der Staatssekretär Veranlassung, die **strafrechtliche Verfolgung** derjenigen herbeizuführen, die das Aversum mißbrauchen zur Versendung nichtamtlicher Dinge. Es ist nur bestimmt für amtliche Sachen, und der Post erwächst zweifellos ein erheblicher Schaden durch einen derartigen Mißbrauch. Sonst kann doch die Post nicht eifrig genug sein, wenn es sich um die Verfolgung von ein paar Zeitungsboten handelt, die angeblich gegen das Preßgesetz verstoßen haben. Besser wäre es jedenfalls, wenn sie auch in diesem Fall ihren Eifer anwendete, wo ein **Landrat** nichtamtliche Dinge portofrei versendet. Auf der einen Seite werden also die Leute gemaßregelt, während sie auf der andern Seite zur **Agitation** benutzt werden, die **mit dem Postdienst nichts zu thun** hat.

Jedoch die Agitationen, zu welchen die Postbeamten benutzt werden, sind damit nicht abgeschlossen. Auch bei den **Wahlen** werden sie in hervorragender Weise für die Zwecke einer bestimmten Partei beeinflußt. Wir haben ja vor einiger Zeit die Ergänzungswahlen zu der **Berliner Stadtverordneten-Versammlung** gehabt. Da ist festgestellt worden, daß bei einer Stichwahl, die zwischen dem Anhänger der sogenannten Bürgerpartei und dem Anhänger der Socialdemokratie stattgefunden hat, die Postverwaltung ihre Unterbeamten nicht nur aufgefordert habe, zur Wahl zu gehen, sondern auch gesagt habe, daß sie sich wohl denken könnten, **wen** sie zu wählen hätten. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Wie sich dieser Einfluß bei den Wahlen geltend gemacht hat, können Sie daraus entnehmen, daß die Zahl der Wähler in einem Bezirk, wo eine große Zahl von Unterbeamten seßhaft ist, sich bei der Stichwahl äußerst vermehrt hatte, und daß in diesem Bezirk nicht ein Beamter nicht bei der Wahl erschienen war. Kollege Müller wird Ihnen vielleicht nachher noch eine spaßhafte Episode erzählen, aus der hervorgeht, daß die Postbeamten in Berlin über dem Staatssekretär Graf v. Podbielski noch einen **Oberbeamten** anerkennen, das ist der **Leiter der konservativ-antisemitischen** Agitation.

Ich bedaure, daß wir hier nicht **englische** Einrichtungen haben, sonst würde ich gegenüber diesen Vorgängen auf dem Gebiete der Reichs-Postverwaltung als Zeichen der äußersten Unzufriedenheit beantragen, dem Staatssekretär **1000—2000 M. an seinem Gehalt zu kürzen.** (Heiterkeit.)

Ich komme zu einigen Punkten allgemeiner Art. Was die hier schon mehrfach besprochene **Nachzahlung an Militäranwärter** anlangt, so haben wir s. Z. nach den Erklärungen der Postverwaltung annehmen müssen, daß den Leuten der langwierige Weg des Prozesses erspart bleibe. Zu unserem großen Erstaunen mußten wir schließlich aber hören, daß die Nachzahlungen doch **nicht** erfolgt sind. Es ist dem Finanzressort offenbar gelungen, die Auffassung zum Durchbruch zu bringen, das Reichsgericht könne ja immerhin noch anders entscheiden. Ich glaube, die Summe, um die es sich handelt, ist nicht so bedeutend, daß es sich lohnte, diese Frage, in der den Beamten von allen Seiten recht gegeben ist, noch zum Gegenstand einer reichsgerichtlichen Entscheidung zu machen. Durch die Resolution des Reichstags ist jedenfalls erreicht, daß das Verjährungsrecht **nicht** geltend gemacht werden kann. Hoffentlich macht der Herr Staatssekretär nunmehr seinen ganzen Einfluß geltend, um die Sache endlich zur Erledigung zu bringen.

Ich komme schließlich noch auf einen Wunsch zurück, der von uns schon wiederholt geltend gemacht worden ist, den Wunsch, daß doch **allen** Unterbeamten ihre Militärdienstzeit angerechnet werde. Ich habe Mitteilungen erhalten, wonach diese Beamten verschieden behandelt werden. Alle die Leute, die in jungen Jahren bei der Post anfangen, erhalten bei der festen Anstellung ihre Militärdienstzeit angerechnet, andere nicht. Da sollte man sie doch bei allen in Anrechnung bringen. Der Herr Staatssekretär hat jetzt um so weniger recht, an seiner Auffassung festzuhalten, als jetzt viele Leute von **Privatposten** in den Dienst der Reichspost eintreten, denen ihre Dienstzeit an den Privatposten angerechnet wird. Ich hoffe, der Herr Staatssekretär wird die Frage aufs neue erwägen und dann die gewünschte Aenderung vornehmen. Was ich sonst an Wünschen und Beschwerden auszusprechen habe, werde ich **bei den einzelnen Titeln** vorbringen. Jedenfalls wollte ich diese Gelegenheit benutzen, um berechtigten Klagen, die in den Reihen der Postbeamten nicht mit dem wünschenswerten Nachdruck vorgetragen werden können, Ausdruck zu verleihen. Nach der Art, in der uns der Staatssekretär bisher auf unsere Beschwerden geantwortet hat, glaube ich zwar **nicht,** daß der von uns erstrebte Wandel so **bald** geschaffen wird. Das wird uns aber nicht abhalten, die vorhandenen Mißstände **immer wieder zu rügen.** Wir werden auch künftig dafür sorgen, daß den Beamten ihre politischen und staatsbürgerlichen Rechte nicht beeinträchtigt werden. Denn wir meinen, von allem, was diese Rechte angeht, hat die Postverwaltung ihre Hände zu lassen. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär **v. Podbielski:**

Ich kann nur wiederholen, daß ich **auch heute** noch auf dem Boden derjenigen Anschauungen stehe, die ich im Vorjahre hier ausgesprochen habe. **Ich werde niemals dulden, daß socialdemokratische Anschauungen innerhalb der Beamtenschaft** Platz greifen. (Bravo! rechts.) Die **Speisekarte,** die der Abg. Singer vorgeführt hat, zeigt recht deutlich, wie wenig die Herren vorzubringen haben. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Die bürgerlichen Parteien verlangen so oft, daß die Regierung alles thut, um der socialdemokratischen Agitation entgegenzutreten. Ich sage, wenn auch die bürgerlichen Parteien thäten, was ihre Pflicht ist, **weit fort wären Sie** (zu den Socialdemokraten). (Bravo! rechts, Lachen links.) Wenn man nur geradeaus und fest zufaßt, werden die Herren bald erkennen, daß sie auf dem Wege, auf dem sie sich befinden, nicht weiter kommen. Sie (zu den Socialdemokraten) wollen das Recht haben, sich überall einzunisten (Lachen links), und das werden wir bei unsern Beamten zu verhindern wissen.

Nun zunächst einige Worte über die Auflösung des Unterbeamten-Verbandes. Dieser Verband war bisher eine Stätte, wo Leute, die **nichts zu thun haben,** Agitation trieben. Da hielt ich mich verpflichtet, klar und bestimmt Stellung zu nehmen, und erfreulicherweise waren die Beamten **klüger** als gewisse Ratgeber. Die Unterbeamten werden nur in ganz außergewöhnlichen Fällen aus einem Bezirk in den andern versetzt. Wollten sie nun einen großen, alle Bezirke umfassenden Verein haben, so müßten sie auch die Konsequenzen tragen und sich Versetzungen nach einem ganz andern Bezirk gefallen lassen. Bei der Auflösung des Vereins habe ich mich **jeder Beeinflussung** enthalten. Die mir feindliche „Deutsche Reichspost" giebt es auch zu, daß schon am ersten Tage 18 Stimmen für, 13 gegen die Auflösung waren. Ich freue mich, daß die Beamten mir recht gaben. Sie (zu den Socialdemokraten) haben viele in ihrer Partei, die nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Beruf zu Ihrer Sache halten (lachen links), und solche Leute halte ich eben nicht für die richtigen Führer der Beamten. (Sehr richtig! rechts.) Und dann bedenken Sie, es handelt sich um einen **Beamtenverein.** Würden Sie (zu den Socialdemokraten) zum Vorsitzenden eines socialdemokratischen Vereins einen konservativen Mann wählen? Ebenso muß in einem Beamtenverein ein Beamter Vorsitzender sein. Soweit diese Frage.

Was nun den Fall betrifft, daß eine Ober-Postdirektion in der Flottenagitation gewisse Rundschreiben erlassen hat, so bedarf es wahrlich nicht der Aufforderung des Abgeordneten Singer, daß ich meine Pflicht thue. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin mit dem Vorgehen der Ober-Postdirektion **nicht einverstanden** gewesen und habe das Bezügliche verfügt. (Hört! hört! links.) Was das Aversum anlangt, so bemerke ich, die Post kümmert sich nicht um den Inhalt der Briefe. Als aber die Sache zur Sprache gebracht wurde, habe ich mich erkundigt. Der Regierungspräsident hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß das Aversum in all den Fällen anwendbar ist, in denen das Porto bereits früher aus der Staatskasse bezahlt ist. Das Porto war auch hier in der gezahlten Pauschsumme enthalten.

Zur Frage, wieweit die Postassistenten noch Nachforderungen geltend machen können, möchte ich bemerken, daß es mir gewiß nicht angenehm ist, mit meinen Beamten Prozesse zu führen. Wenn wir aber zweifelhaft sind, was Rechtens ist, müssen wir die Sache eben **bis zum Reichsgericht** treiben.

Die Frage der **Anrechnung der Militärdienstzeit** ist schon früher einmal behandelt worden. Nach der Entscheidung des Bundesrats erfolgt die Anrechnung der Militärzeit bei der Postverwaltung nach denselben Grundsätzen wie bei jeder andern Verwaltung.

Schließlich hat der Abg. Singer noch behauptet, es hätten hier in Berlin bei den Beamten **Wahlbeeinflussungen** stattgefunden. Daß aber ein Reichsbeamter gewisse Pflichten hat, das kann keinem Zweifel unterliegen. Ich habe schon wiederholt erklärt, ich halte es für undenkbar, daß ein Reichsbeamter eine socialdemokratische Stimme abgiebt. (Bravo! rechts, Lachen links.) Ihre Ausführungen (zu den Socialdemokraten) zeigen mir, daß ich auf dem richtigen Wege bin. Wäre ich wirklich Ihr Mitarbeiter und triebe die Beamten in Ihre Reihen, dann kämen Sie nicht mit Ihren Klagen, dann würden Sie ruhig sein. Und ich sage es heute aufs neue: Solange mich Sr. Majestät an dieser Stelle weiter arbeiten läßt, giebt es keinen Herrn von Ihrer Gesinnung in meiner Verwaltung. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.):

So viel ich weiß, wird kein Unterbeamten-Verein geduldet, der sich **über mehr als einen Ort** erstreckt. Wie man da noch von Koalitionsfreiheit reden kann, ist mir **nicht verständlich.** Nachdem bei andrer Gelegenheit das Verbindungsverbot von Vereinen als immoralisch erklärt worden ist, sollte man auch den Postunterbeamten das Maß von Bewegungsfreiheit gewähren, das **andre Staatsbürger** haben. Die Beamten vereinigen sich nicht aus Ueberfluß an müßiger Zeit, davon ist bei Postbeamten wenig die Rede, sondern weil sie ihre Interessen vertreten. Unwürdig ist auch das Verhalten der Verwaltung gegenüber dem „Deutschen Postboten", die Lieferanten boykottiert, wenn sie in dem Organ inserieren. Eine Wahlbeeinflussung krasser Art ist bei der Berliner Stadtverordneten-Wahl im 30. Bezirk im Handwerkerverein vorgekommen. Dort hat ein höherer Postbeamter sämtliche Unterbeamten an den Wahltisch geführt und diese haben alle den antisemitischen Stadtverordneten Pretzel gewählt. Zur Rede gestellt, hat der Beamte erklärt, er thue das auf Aufforderung des Herrn Pretzel. Ich glaube, der Staatssekretär hat alle Veranlassung, solche Beeinflussungen zu mißbilligen und fernerhin unmöglich zu machen. Der Herr Staatssekretär mischt sich, wie er sagt, nur in den Kampf zwischen bürgerlichen Parteien und der Socialdemokratie. Ich halte auch das **nicht** für richtig. Aber hier handelt es sich nur um einen Kampf zwischen **Freisinnigen** und **Antisemiten.** Die Zulagen für gehobene Stellen sollten nach bestimmten Grundsätzen festgelegt werden. Jetzt schwanken diese sehr. Die Beamten sind hier fortwährend zwischen Scylla und Charybdis, **zwischen Laune und Willkür.** Die Beamten wollen ihr Recht, nicht Wohlwollen nach dem **System Stumm.** Bei den Assistenten ist eine Besserung eingetreten. Hier hat der Staatssekretär gezeigt, daß er reizend sein kann, wenn er nur will. (Heiterkeit.) Die Assistenten sind jetzt zufrieden. Der Staatssekretär sieht, die Leute sind nicht unzufrieden aus Princip, sondern weil es ihnen **schlecht geht.** (Sehr richtig! links.) Wir Volksvertreter haben das Recht, Mißstände zur Sprache zu bringen. Der Staatssekretär sollte sich nicht auf den Standpunkt stellen: „Die Abgeordneten brauchen mich nicht zu stoßen, was recht ist, thue ich schon selbst"; er sollte die **Mithilfe der Abgeordneten dankbar anerkennen.** Warum führt man erst so kleinliche Prozesse? Warum zahlt man in juristisch so zweifelhaften Fällen den Beamten nicht die paar Groschen? (Sehr richtig! links.) Was die Personalreform anlangt, so wird es wünschenswert sein, daß den alten Assistenten mehr als 3/4 Jahre Zeit gelassen wird, sich zur neuen Prüfung zum Postsekretär vorbereiten zu können. Die Prüfung ist sehr erschwert worden im Widerspruch mit den früheren Erklärungen seitens der Reichs-Postverwaltung. An den Staatssekretär möchte ich mir die Frage erlauben, ob er nicht dem Beispiel des preußischen Ministeriums folgen und auch den Postbeamten das Wohnen in den Berliner Vororten bis zu einer gewissen Grenze ohne besondere Erlaubnis gestatten wolle. Für die **Zulassung zur Assistentenlaufbahn** sind **neue Bedingungen** aufgestellt worden. Ich bedaure, daß für die Assistentenlaufbahn die Reife für Untersekunda verlangt worden ist. Die absolvierte Untertertia giebt nach keiner Richtung hin eine abgeschlossene Bildung. Vor allen Dingen nicht in der Erdkunde. Warum rührt der Herr Staatssekretär in einer Frage, die so flüssig ist. Mit einem Obertertianer ist weniger anzufangen als mit einem Volksschüler, der wenigstens eine abgeschlossene Bildung bekommen hat. Es giebt doch überall Real- und Mittelschulen, die, wenn man sie ganz durchmacht, eine ganz gute abgeschlossene Bildung gewähren. Jetzt kommen nur Leute mit Halbbildung zu den Assistenten. Noch ein paar Worte über die neuen Marken. Es heißt ja, die Ladneriu mit dem Blechbusen sollte die süddeutschen Staaten für die Einheitsmarke begeistern. (Heiterkeit.) Ich kann begreifen, daß sie keinen Erfolg gehabt hat. (Erneute Heiterkeit.) Aber noch mehr nehme ich Anstoß in graphischer Hinsicht. Guttenberg und Senefelder würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie erführen, daß die Reichsdruckerei solche Blüten graphischer Kunst zeitige. Mit dieser **Visitenkarte graphischer Kunst haben wir uns im ganzen Ausland blamiert!** (Sehr richtig! links.) **Die Beförderung durch Eisenbahnen läßt viel**

zu wünschen übrig. Pakete sollen ja künftig wie es heißt, mit Güterzügen befördert werden. Es sieht fast so aus, als wolle die Eisenbahnverwaltung die Post chikanieren. Auch an dem Unfall, der neulich das Leben dreier Postbeamten gefordert hat, zeigt sich, daß die **Eisenbahnverwaltung nicht die notwendige Rücksicht** übt, denn sonst könnte sie nicht zwei leichte Postwagen zwischen die schwersten Eisenbahnwagen koppeln. Die **Neuregelung des Telephonverkehrs** wird sich erst einleben müssen. Erst dann wird sich zeigen, ob die von uns bekämpfte Gebührenerhöhung für die Großstädte nicht falsch war. Eine **Verbesserung der Apparate** bleibt nach wie vor wünschenswert. Besser wird es erst werden, wenn überall Doppelleitungen gelegt sind. In Berlin und den Vororten herrscht keine Freude über den neuen Tarif. Deshalb sollte die Postverwaltung wenigstens in Kleinigkeiten coulant sein. Ich wünsche, daß die Gebühr für nicht zu stande gekommene Ferngespräche wie in Bayern auch bei uns wegfällt. Der Staatssekretär möge sich bewußt sein, daß unsre Zeit im Zeichen des Verkehrs steht. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär **v. Podbielski:** Zunächst will ich mitteilen, daß auch wir vom 1. April ab die Gebühren für nicht zu stande gekommene Ferngespräche fallen lassen werden. (Beifall.) Nun zur Wahlgeschichte. Es handelt sich um den **Hauswart des Postfuhramts,** der die Postillone, die ihre Legitimationen vergessen haben, legitimiert hat. Wir haben einen mir von Herrn Müller benannten Zeugen vernehmen lassen. Dieser hat ausgesagt, der Hauswart habe niemand im Sinne einer bestimmten Partei beeinflußt, er habe nur 40—50 Postillone legitimiert. Der Hauswart hat erklärt, daß er dieses Legitimieren schon seit 1887 betreibe. Die Sache ist also sehr **aufgebauscht** worden, von einer Beeinflussung ist keine Rede, eine solche würde ich auch nicht gutheißen. Herr Abg. Müller hat hier viel doziert über Bildung und Verbildung für die Assistentenlaufbahn. Der Reichstag ist wohl nicht das richtige Forum für diese Frage, aber ich gebe zu, daß für jede Beamtenkategorie Halbbildung das allerschlimmste ist. Bei dem Examen mußten wir eine bestimmte Frist einhalten, und wenn wir sie kurz bemessen haben, so geschah dies im Interesse der Beamten selbst, da diese bei Verlängerung der Frist immer weniger Aussicht haben, in die gewünschte Stellung zu gelangen. Daß die Anforderungen an die Kenntnisse der Beamten im Examen zu hoch sind, ist nicht der Fall. Kenntnis der Telegraphenapparate muß unbedingt verlangt werden. Was die Wohnungsfrage anlangt, so ist maßgebend, daß die Postverwaltung jederzeit in der Lage sein muß, die Beamten zur Aushilfe heran zu ziehen. Wenn die Berliner Zeitungen behaupten, es wäre Schuld meines Systems, daß in Berlin die Briefe so spät bestellt werden, so hätte ich die Zeitungsschreiber doch für klüger gehalten. Irrtümer kommen in jeder großen Verwaltung vor, aber das als „System" zu bezeichnen, geht doch nicht an. Man hat mir vorgeworfen, dies und das entspreche nicht der Würde der Reichs-Postverwaltung. Nun, dafür bin ich allein verantwortlich. (Bravo! rechts.) Sie können mich ja angreifen; ich bin einer Kritik sehr zugänglich, und behaupte nicht, daß ich alles weiß. Die Frage der Assistenten ist ja nun glücklich zur allgemeinen Zufriedenheit erledigt. Aber nachdem dieses Gebiet dem Abg. Müller verloren gegangen ist, hat er bereits heute die Samenkörner ausgestreut, um im nächsten Jahre als Anwalt der Unterbeamten erscheinen zu können.

Abg. **Bassermann** (natl.):

Auch wir werden uns das Recht der Kritik nicht beschränken lassen, wenn wir auch anerkennen müssen, daß bei der Reichspost verschiedene Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Herren Singer und Müller haben wiederum eine Reihe von Wünschen vorgetragen. Im Vergleich zu früheren Jahren ist aber die Rede des Herrn Singer schon wesentlich kürzer ausgefallen. Und wenn auch die Rede des Herrn Müller nicht kürzer geworden ist (Heiterkeit), so war doch seine Kritik wesentlich milder. Das Gute anzuerkennen, liegt bei der Postverwaltung gewiß Veranlassung vor, schon im Hinblick auf die drei verabschiedeten Postgesetze und die Einrichtung des Checkverkehrs. Auch den Beamten gegenüber ist ein besseres Verhältnis eingetreten als in den letzten Jahren der Amtszeit des Herrn v. Stephan. Was die Frage der Beamtenvereinigungen anlangt, so erkenne ich wohl das Recht aller Beamten an, sich zu Vereinigungen zusammenzuthun; andrerseits aber muß die Vereinsthätigkeit sich selbst gewisse Grenzen ziehen, und diese Grenzen liegen darin, daß die Beamten nicht in Konflikt kommen dürfen mit der dienstlichen Disciplin. Den Mißbrauch des Aversums zur Versendung nichtamtlicher Sachen können auch wir nicht billigen. Herr Singer ist auch auf die **Flottenagitation** zu sprechen gekommen. Ich finde nichts dabei, wenn man die Beamten darauf hinweist, welche großen nationalen Interessen hier in Frage kommen. Doch darf **nicht irgend ein Zwang** ausgeübt werden. Daß das Verhältnis der Verwaltung zum Postassistenten-Verband jetzt geregelt ist, begrüßen auch wir. Ich hoffe, daß es dem Staatssekretär gelingen wird, die noch schwebenden Differenzen betreffs der Gehalts-Nachzahlungen aus der Welt zu schaffen, ohne daß es nötig ist, das Verfahren durch alle drei Instanzen durchzuführen. Jedenfalls sollte das Verfahren nach Möglichkeit beschleunigt werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen).

Abg. **Werner** (Antis.):

Die Maßregeln gegen den Postunterbeamten-Verein sind durchaus nicht zu billigen, **den Bestrebungen der Socialdemokraten wird dadurch nur gedient.** Im übrigen muß anerkannt werden, daß die Verhältnisse bei der Reichspost viel erträglicher geworden sind. Nur gegen das System der Gratifikationen muß ich mich wieder entschieden wenden, es säet nur Unzufriedenheit unter den Beamten. Man sollte die Beamten so stellen, daß jegliche Gratifikationen wegfallen können. Ganz merkwürdige Zustände herrschen auf dem Telegraphenamt in Straßburg im Elsaß. Der Direktor beschimpft die Unterbeamten in Gegenwart von anderen Beamten. Eine beliebte Redensart von ihm ist: Sie, Kerl, soll der Teufel holen. Das ist keine Art des Verkehrs mit Beamten. Dadurch wird die Freude zum Dienst bei den Beamten gelähmt. Auch Strafversetzungen sind noch immer in Mode. Es finden Maßregelungen ohne jeden Grund statt. Die Beamten werden mißgestimmt und verlieren das Vertrauen.

Staatssekretär **v. Podbielski:**

Den vom Vorredner angeführten Fall werde ich untersuchen und nötigenfalls werde ich mit Strenge einschreiten.

Abg. Dr. **Oertel** (k.):

Ich halte es für besser, solche Fälle, wie sie Herr Abg. Werner angeführt hat, dem Staatssekretär privatim mitzuteilen. Herr Singer hat wieder sehr lebhaft mit dem starken Manne, dem Gurgelspringer, operiert. Wir sind nicht die Erfinder des geflügelten Worts, aber Herr v. Podbielski hat mit seiner Entschiedenheit unsern Beifall und wünschten nur, seine Kollegen nähmen sich an ihm ein Beispiel und ließen Reden, wie wir sie vor kurzem von demselben Stuhle aus gehört haben. Durch die Beamtenmaßregelungen sind wir in unserer grundsätzlichen Stellung nicht beirrt worden. Das Bouquet des Herrn Singer ist diesmal kleiner ausgefallen. Das beweist schon, daß bei den Unterbeamten mehr Zufriedenheit herrscht. Die Beamten sehen ein, daß im Postbetrieb Dienstzucht nötig ist. Wenn Herr Singer im Zukunftsstaat Postzens werden sollte, wird er, obwohl er nicht Husar ist (Heiterkeit), ohne Dienstzucht nicht auskommen können. Die Klagen sind geringer geworden. Der Staatssekretär kann zufrieden sein. Seine Gegner sind kleinlauter und soweit das ihrer Natur möglich ist, auch konzilianter geworden. Das giebt mir aber den Mut, noch eine Klage vorzutragen. Das platte Land wird immer noch zu stiefmütterlich behandelt. Es muß sich mit abgelegten Fernsprech-Apparaten begnügen. Dabei sind aber die Fernsprech-Anschlüsse viel zu gering. Auch die Briefbestellung muß auf dem Lande häufiger werden. Lästig ist auch die Bezahlung der Bestellgebühr für Telegramme für den Empfänger. Geht es nicht, daß ein für allemal der Auftraggeber, in dessen Interesse fast immer die Absendung des Telegramms liegt, die Bestellgebühr bezahlen muß? Wie mir mitgeteilt wird, werden die sächsischen höheren Postbeamten im Gehalte und Avancement zurückgesetzt. In der Vorbildung liegt doch kein Grund dafür vor.

Staatssekretär **von Podbielski:**

Lediglich die Qualifikation der Beamten, nicht die Staatsangehörigkeit giebt den Anschlag für die Beförderung in leitende Stellen. Sachsen wird also nicht schlechter behandelt. Dem platten Lande läßt die Reichs-Postverwaltung die größte Fürsorge zu teil werden. Aber es geht nur allmählich vorwärts. Es werden noch sechs Jahre vergehen, ehe das Fernsprechnetz allen Bedürfnissen des platten Landes genügen wird. Mehr als eine zweimalige Bestellung wird auf dem Lande nicht durchzuführen sein. Damit können die Herren aber auch zufrieden sein.

Abg. **Singer** (Soc.):

Um nochmals auf den Mißbrauch des Postaversums zurückzukommen, so bleibe ich dabei, daß der Herr Staatssekretär ganz abgesehen von der Erklärung des Herrn Regierungspräsidenten im postalischen Interesse dagegen hätte einschreiten müssen, daß der Post Einnahmen entzogen wurden. Wogegen wir uns stets hauptsächlich wenden, ist aber, daß **die Postverwaltung sich herausnimmt, in das Privatleben der Beamten, ihre wirtschaftliche und politische Ueberzeugung einzugreifen** und die ökonomische Macht, die sie besitzt, dazu benutzt, um die Beamten zu zwingen, eine der Postverwaltung genehme politische Richtung öffentlich zu vertreten. Wie wenig die Dienstzucht unter der vollen Freiheit der Bethätigung politischer Ueberzeugungen leidet, sehen wir an der Schweiz. Dort hat vor kurzem der Verband der schweizerischen Postbeamten den socialdemokratischen Nationalrat Wullschläger zu seinem Sekretär gewählt und niemand wird bezweifeln, daß die schweizer Postbeamten ihren Dienst genau ebenso gut thun wie die deutschen Beamten. Wenn heute hier mit besonderer Genugthuung hervorgehoben wurde, daß über besondere Brutalitäten gegenüber den Postbeamten unter der neuen Verwaltung nicht mehr zu klagen sei, so kann ich das als kein besonderes Verdienst des Herrn Staatssekretärs anerkennen (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), sondern er hat einfach das gethan, was leider unter seinem Vorgänger jahrelang versäumt ist. Dann hat der Herr Staatssekretär die Gelegenheit benutzt, um einen strategischen Ausfall gegen die Socialdemokratie zu machen. Der Appell an die bürgerlichen Parteien, mit der Socialdemokratie fertig zu werden, ist ja nichts Neues hier im Hause. Der Herr Staatssekretär handelt da ganz nach berühmten Mustern. Es schien fast so, als ob er, wenn die bürgerlichen Parteien nach seiner Meinung ihre Pflicht nicht erfüllen, selbst als Retter des Volkes auftreten und als Ritter Georg den Drachen Socialdemokratie besiegen werde. Die Erfahrungen, welche die Herren auf diesem Gebiet gemacht haben, sollten sie doch etwas vorsichtiger machen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Jedenfalls wird sich der Herr Staatssekretär in diesem Kampf weniger Lorbeeren holen als in dem Kampf für die Besserung des Verkehrs. Der Herr Staatssekretär meinte, er müsse seine Beamten vor der Ausbeutung durch die Socialdemokratie schützen. Nun, wer im Glashause sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Gerade die konservative Partei, der er angehört, bietet in Bezug auf agitatorische, und zwar bezahlte agitatorische Leistungen ein unerreichtes Bild.

Ich erinnere Sie an die kolossale Agitation des Bundes der Landwirte, die die Herren Rösicke, Wangenheim und Hahn auch nicht aus eigner Tasche bezahlen. Natürlich hat jede Partei bezahlte Vertreter ihrer Anschauung, aber deshalb ist es thöricht, unserer Partei daraus einen Vorwurf zu machen. Die Leute, die im Dienste meiner Partei ihre Zeit opfern, haben davon jedenfalls viel weniger als die Agitatoren der Herren von der Rechten. Wenn irgendwo Opfermut und Idealismus vorhanden ist, dann ist es in meiner Partei der Fall. (Lachen rechts! Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Denn unsere Anhänger sind nicht in der Lage, mit der Agitation materielle Geschäfte zu machen, wie es dem Bund der Landwirte in agrarischer Beziehung und der Großindustrie in Bezug auf Schiffsbauten möglich ist. Was die Wahlbeeinflussung anlangt, so ist es ja außerordentlich freundlich von dem Herrn Staatssekretär, daß er auch die Legitimation seiner Beamten bei Wahlen zu seinen dienstlichen Pflichten zählt. (Heiterkeit.) Ein formelles Recht dazu besteht absolut nicht. Und wenn der Staatssekretär darauf hinwies, daß diese Legitimation schon seit 1887 Gebrauch ist, so beweist das nur erst recht die Gewohnheit der Postverwaltung, ihre Leute bei den Wahlen nach einer bestimmten Richtung hin zu beeinflussen. Wenn sich schließlich der Herr Staatssekretär dagegen verwahrt hat, einmal in einer zukünftigen gesellschaftlichen Organisation, die nach unsern Principien geleitet sein wird, Dienste zu thun, so wird diese Organisation es zwar lebhaft bedauern, die so schätzbaren Dienste des Herrn Staatssekretärs zu entbehren. Das kann uns aber nicht abhalten, mit allen Mitteln dieser Organisation zuzusteuern. Uebrigens glaube ich, daß der Herr Staatssekretär, der gewohnt ist, stets den Befehlen seiner Vorgesetzten zu gehorchen, zu einer Zeit, wo diese Vorgesetzten socialdemokratischer Ueberzeugung sein sollten, auch nach ihrem Auftrag handeln wird. (Bravo! bei den Socialdemokraten, Lärm rechts.)

Abg. Dr. **Jazdzewski** (Pole):

Es ist eine allgemeine Klage in den polnischen Bezirken, daß die deutschen Postbeamten die polnische Bevölkerung rücksichtslos behandeln; dem könnte nur dadurch abgeholfen werden, daß dort polnisch sprechende Beamte angestellt werden; diese werden aber größtenteils nach dem Westen versetzt. Der Druck auf die Postbeamten geht dort so weit, daß die Beamten gezwungen werden, ihre Kinder in die deutsche Abteilung in der Schule zu schicken.

Staatssekretär **v. Podbielski:**

Generell ist von mir kein Erlaß, betreffend Versetzung polnischer Postbeamten, ergangen. Das ist Sache der Ober-Postdirektionen und aus ganz Posen sind im letzten Jahre von 300 Beamten nur 10 versetzt worden. Diese Versetzungen sind nur erfolgt, weil jeder Beamte die verschiedensten Verhältnisse kennen lernen muß.

Abg. Graf **v. Roon** (k.):

Wir danken es dem Herrn Staatssekretär, daß er sich in seine Funktionen so schnell hineingefunden hat. Wir danken es ihm besonders, daß er sich nicht wie die Chefs andrer Ressorts so sehr in der Defensive hält. Die beste Verteidigung ist der Angriff und wenn wir Gegner haben, unversöhnliche Gegner, so ist es gut, wenn wir den Kampf nicht vermeiden, sondern ihn aufsuchen. (Lachen links.) Was die Wahlgeschichte betrifft, so handelt es sich wohl um die Wahl in Moabit, wo ein Antisemit einem Socialdemokraten gegenüber stand. Wenn ein Beamter nun die Wahl eines Socialdemokraten zu verhindern sucht, so thut er damit nur seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Herr Singer hat die socialdemokratischen Agitatoren mit den Agitatoren des Bundes der Landwirte verglichen. Der Vergleich hinkt. Die Agitation des Bundes der Landwirte ist auf Erhaltung der Landwirtschaft und des Mittelstandes gerichtet, die socialdemokratische Agitation bezweckt aber den Umsturz des Staats. (Beifall rechts.)

Abg. **Schmidt**-Warburg (C.)

ersucht den Staatssekretär um baldige Nachzahlung der Gehälter für Militäranwärter. Das Kammergericht habe zu Gunsten der Beamten entschieden, weshalb also das Reichsgericht noch bemühen.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.):

Es ist unrichtig, daß ich in der Wahlbeeinflussungsgeschichte behauptet hätte, daß es ein Postinspektor gewesen sei. Aber was hat diese Frage auch mit der ganzen Sache zu thun? Der Herr Staatssekretär hat selbst zugegeben, daß die Wahl überwacht worden ist und es ist ganz gleich, ob ein Postinspektor, ein Staatssekretär oder ein Hauswart eine Wahl überwacht. Wenn der Hauswart das schon seit 1887 gethan hat, so beweist das nur, daß dieser grobe Unfug schon recht lange andauert. Wer hat denn übrigens so lange des Hauses gewartet? (Heiterkeit.) Hat der Hauswart einen Vertreter? Der Herr Staatssekretär hätte besser gethan, zu sagen: „Was da geschehen ist, war nicht recht und ich werde dafür Sorge tragen, daß sich dieser Unfug nicht wiederholt."

Der Herr Staatssekretär glaubte, mir damit besonders eins auszuwischen, daß er sagte, ich wäre wohl aus Verlegenheit auf meinem Bethätigungsfelde als Abgeordneter zur Vorbringung dieser Beschwerde gekommen. Sein Bethätigungsfeld sucht sich der Volksvertreter selbst nach Geschmack und Temperament aus. Wir brauchen mit unsrer Thätigkeit nicht so lange zu warten, bis wir ein Amt und den damit verbundenen Verstand bekommen. (Große Heiterkeit.) Wir halten es für die Pflicht des Volksvertreters, denjenigen Beschwerden Ausdruck zu geben, die anderswo nicht anzubringen sind. (Lebhafter Beifall links.)

Damit schließt die Diskussion. — Der Titel Staatssekretär wird bewilligt und sodann die Weiterberatung bis Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Schluß 5¾ Uhr.

Kommunales.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, 1. Februar d. J., nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Punkte: Berichterstattung über die Vorlage, betreffend die Enteignung der zur planmäßigen Freilegung der Roßstraße erforderlichen Teile der Grundstücke Roßstraße 11, 12a und 12. — Desgleichen über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Erhebung von Beiträgen in Gemäßheit des § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes bei Straßendurchbrüchen, -Verbreiterungen 2c. — Vorlagen, betreffend die Enteignung der von dem Grundstück Siegmundshof Nr. 11 zum Bau einer Fahrbrücke über die Spree im Zuge der Straße „Siegmundshof" erforderlichen Fläche — die Festsetzung von Fluchtlinien für zwei neue Straßen 58A und 62B in Abteilung Xa des Bebauungsplanes — die Vergebung der Kehricht- und Schnee-Abfuhr für 1. April 1900—1903 — die Errichtung eines Pflegehauses für Ehepaare auf dem Grundstück der Siechenanstalt an der Frobelstraße und den Ankauf der Acetylengas-Anlage in Großbeeren. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend eine Erhöhung der Alterszulagen der Lehrer an den hiesigen Gemeindeschulen — die Erkenntnisse des Bezirksausschusses und des Oberverwaltungsgerichts in der Klagesache des Magistrats wieder das Polizeipräsidium wegen verweigerter Erlaubnis zum Bau eines Eingangsportals zum Friedhof der Märzgefallenen — den Austausch von Spree- und Straßenflächen längs des linksseitigen Ufers des Spreeschleusenkanals zwischen Schleusen- und Schloßbrücke behufs Erneuerung der daselbst vorhandenen Ufermauer, sowie den Erwerb eines Geländestreifens von dem Vorgarten vor dem Gebäude der königlichen Kommandantur zur Straßenverbreiterung — die Weiterverpachtung des Schlosses Güterglotz an die Landesversicherungs-Anstalt Berlin — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Kochanstalt auf dem Schlachthofe und die Beseitigung beschlagnahmter Schlachttiere und Teile derselben. — Vorlagen, betreffend den Geschäftsbetrieb der städtischen Sparkasse im Vierteljahr Oktober-Dezember 1899 — und die Zahlung von Vergütigungen an Beamte der städtischen Sparkasse für die von denselben in den Monaten Juli-Oktober v. J. außerhalb der Dienststunden geleisteten Monatsabschluß-Arbeiten. — Berichterstattung des betreffenden Ausschusses über die Abordnung der Versammlung in die ständigen Ausschüsse der Versammlung und in die Verwaltungs-Deputationen und Kuratorien, sowie Vornahme der Wahlen. — Desgleichen über die Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder der Versammlung behufs der Erledigung der Wahlsachen 2c. sowie Beschlußfassung darüber. — Vorlage, betreffend eine Zusammenstellung derjenigen Fälle, in welchen nach 50jähriger Dienstzeit gegenwärtig das volle Gehalt als Dienstpension bewilligt beziehungsweise für den Fall der Pensionierung zugesichert ist.

Lokales.

Achtung, Gewerkschaften und Vereine! Mittwoch, den 7. Februar, sollen in Berlin und den Vororten 18 Parteiversammlungen stattfinden. Wir ersuchen daher die Vorstände der Vereine und Gewerkschaften, für diesen Tag keine Versammlungen einzuberufen.

Die Vertrauensleute.

Zur Lokalliste. Der Spar- und Unterstützungs-Verein der Firma Siemens u. Halske, Charlottenburger Werk, veranstaltet am 24. Februar seinen Maskenball in den „Hohenzollern-Sälen", Bandelstraße 35. Da dies Lokal uns zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, so werden die Genossen in Charlottenburg und Moabit ersucht, das Vergnügen zu meiden.

Die Lokalkommission.

Den Unternehmern als Vorbild. Warenverteuerungen werden jetzt fast jeden Tag offiziell, d. h. vom Vorstande der in Betracht kommenden Unternehmer-Organisation dem Publikum angekündigt. So teilt heute der Vorstand des Vereins Berliner Lederhändler mit, daß die Lederpreise und demzufolge auch die Preise für Schuhwaren und Reparaturen um 15 bis 50 Proz. in die Höhe gegangen seien oder bald in die Höhe gehen müssen.

Wenn auch nicht immer, so ist doch in sehr vielen Fällen die Warenverteuerung den Unternehmer-Organisationen zuzuschreiben. Der Konsument, dessen Einkommen nicht steigt, muß sich mit deren Beschlüssen, wie mit einer gegebenen, unabänderlichen Thatsache abfinden. Der Konsument ist zum beträchtlichen Teil Arbeiter. Als solcher soll er von den organisierten Unternehmern lernen. Diese sind kraftvoll und mächtig genug, um unbehelligt von Publikum und Staatsanwalt auf alle, die sich der Organisation widersetzen, einen oft terroristischen Druck auszuüben.

Die Organisationen der Arbeiter stecken dagegen, wie zu deren Schande gesagt werden muß, oft noch in den Kinderschuhen. Nur unter ganz günstigen Umständen glückt es ihnen zuweilen, einige Brosamen zu erhaschen, die von des Reichen Tische fallen. Meistens aber müssen sie thatlos zusehen, wie das Unternehmertum Millionen einsackt und seinen Ausgebeuteten für übermenschliche, schwere Arbeit kaum so viel hinreicht, daß sie mit Weib und Kind in schlechtem Essen notdürftig satt werden, sich schlecht kleiden und elend beherbergen können.

Ein größeres Teil als bisher könnten die Arbeiter aber vom National-Einkommen für sich erringen, wenn sie gleich den Unternehmern den hohen sittlichen und materiellen Wert der Organisation nach Gebühr beachten wollten. Nur Macht schafft Respekt. Heute betrachten die organisierten Unternehmer die Organisationen der Arbeiter in dreister Anmaßung noch als Luft, und der Staat, der zu den Unternehmer-Organisationen seine Minister und Regierungsräte schickt, befaßt sich mit den Arbeiter-Organisationen kaum anders als durch Polizei- und Staatsanwalts-Plackereien. Am Willen der Arbeiter liegt es zum großen Teil, daß sie diesen Zustand ändern, daß sie sich — und das geschieht nur auf dem Wege der Organisation — größere materielle und moralische Vorteile erringen.

Ueber die neue Radfahrordnung teilt das Polizeipräsidium mit: Am 1. März cr. tritt für die Provinz Brandenburg und die Stadt Berlin eine neue, unterm 12. d. Mts. von dem Herrn Oberpräsidenten erlassene Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit Fahrrädern auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen in Kraft. Im Hinblick auf die früher giltigen Bestimmungen ist über die neue Verordnung folgendes zu bemerken. Der Fahrradverkehr bleibt der Regel nach auf die Fahrwege beschränkt. Die Polizeibehörden sind nach wie vor befugt, einzelne Straßen auszuschließen. Die bestehenden Beschränkungen bleiben in Gültigkeit. Andrerseits werden die Chausseebankette freigegeben und die Polizeibehörden ermächtigt, den Verkehr mit Fahrrädern auch auf bestimmten Fußwegen zuzulassen. In solchen Fällen haben die Radfahrer den Fußgängern in jedem Falle auszuweichen und bei lebhaftem Fußgängerverkehr langsam zu fahren. Auch im übrigen sind die Radfahrer verpflichtet, entgegenkommenden Fußgängern,

sowie Fuhrwerken, Reitern und Radfahrern rechtzeitig und genügend nach rechts auszuweichen, während diese so viel Platz freizulassen haben, daß der Radfahrer ohne Gefahr rechts ausweichen kann. Als Signal, mittels dessen der Radfahrer das Publikum aufmerksam zu machen hat, ist ausdrücklich eine helltönende Glocke vorgeschrieben. Hinsichtlich der Befolgung der Fahrordnung und der Beobachtung der erforderlichen Vorsicht bei der Lenkung des Rades bleibt es im wesentlichen bei den bisherigen Vorschriften. Dasselbe gilt von der Ermäßigung der Fahrgeschwindigkeit bei dem Befahren verkehrsreicher und unübersichtlicher Stellen. Es ist jedoch ausdrücklich verboten, an solchen Stellen sowie beim Bergabfahren beide Hände gleichzeitig von der Lenkstange oder die Füße von den Pedalen zu nehmen. Wettfahrten bedürfen polizeilicher Genehmigung. Betreffs der Lösung und Mitführung von Radfahrkarten, die in jedem Kalenderjahr zu erneuern sind, bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen. Eine Numerierung der Fahrräder ist nicht vorgesehen.

Sanitas. Vaterländische Kranken- und Sterbekasse, E. H., Berlin W., Behrenstraße 7. Unter diesem Namen ist eine Kasse aufgetaucht, deren „Statuten-Auszug" ganz den Bestimmungen solcher Kassen ähnelt, mit welchen viele Arbeiter neuerdings so schlimme Erfahrungen gemacht haben. Die Aufnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung und zwar bis zum 60. Lebensjahr, der Ausschluß geht u. a. vor sich, wenn sich herausstellt, daß bei der Aufnahme eine frühere „Krankheit", selbst wenn nicht einmal zu ihrer Heilung ärztliche Hilfe in Anspruch genommen wurde, verschwiegen worden ist; über den Ausschluß entscheidet einzig der Vorstand, ohne daß von einer Appellation an die Generalversammlung im Statutenauszug etwas vermerkt steht. Ueberhaupt wird die Generalversammlung im ganzen Statutenauszug mit keinem Worte erwähnt, was darauf schließen läßt, daß den Mitgliedern die Rechte, die ihnen in den bewährten Hilfskassen als selbstverständlich zustehen, in der Kasse „Sanitas" verschränkt sind. Nach allem glauben wir eine Pflicht zu erfüllen, wenn wir unsre Leser auffordern, sich vorkommenden Falls die Kasse „Sanitas" sehr genau anzusehen.

Zu den Hilfsarbeiter-Prozessen. Das Urteil aus dem Prozeß des Technikers Hesse ist erschienen. Die Angelegenheit endigte mit der Abweisung des Klägers. Interessant ist, wie die Stadt Berlin es verstanden hat, sich durch die Gesetzesparagraphen hindurchzuwinden, um die Forderung des Klägers aus Gründen der Verjährung zu Fall zu bringen. Der Abgewiesene fragt sich nun, ob seine Gehaltsforderung überhaupt der Verjährung unterworfen sei. Wenn auch die Stadt Berlin formell in ihrem Recht sein mag, so ist von einem moralischen Siege des Magistrats wohl dennoch kaum zu reden.

Der erste Transport von Zugeseln in diesem Jahr ist gestern auf dem Schlesischen Bahnhof eingetroffen. Die Tiere werden in dem Depot beim Stadtbahnhof Jannowitzbrücke zum Verkauf gestellt.

Die Ausgabe der neuen Germania-Marken zu 3 und 5 Pf. ist nach dem augenblicklichen Stande der Arbeiten etwa im April oder Mai zu erwarten. Gleichzeitig gelangen auch die neuen gewöhnlichen Postkarten mit dem Wertstempel der Germania-Marke zur Verteilung. Eine ganz neue Gattung von Postkarten und Marken wird der 1. April bringen: Dann treten die Ortssätze für Karten und Drucksachen zu 2 Pf. in Kraft, so daß an jenem Tage Postkarten und Briefmarken zu 2 Pf. mit dem Bilde der Germania erscheinen werden.

Der Chefredacteur der „Berl. Börsen-Ztg.", Oskar Bollmer, ist gestern abend gestorben. Die Folgen einer Verletzung am Schienbein, welche er sich am Neujahrstage bei einem Falle auf der Treppe zu seiner Wohnung zugezogen, haben den 62 Jahre alten Mann dahingerafft.

Zur Zeit sind hier falsche Thalerstücke im Umlauf mit dem Kopf Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahr 1829 und dem Münzzeichen A. Die falschen Stücke sind aus einer Mischung von Blei und Zinn hergestellt, haben eine etwas bläuliche Farbe und fühlen sich fettig an. In Prägung und Klang unterscheiden sie sich nicht von den echten Münzen.

Vom Vorstand der Orts-Krankenkasse der Posamentiere, Seiler, Seidenknopf- und Bandmacher erhalten wir folgende Zuschrift: Bezugnehmend auf den Artikel „Arbeiters Leben und Arbeiters Sterben, in Ihrem geschätzten Blatt vom 17. Januar d. J. ersuchen wir um Aufnahme folgender Zuschrift: Es ist nicht richtig, daß das betreffende Mitglied am 28. Oktober, als es zum erstenmal den Arzt besuchte, gleich zum 1. November arbeitsunfähig geschrieben wurde, sondern erst als es zum zweitenmal, am 31. Oktober, bei demselben war. Auch wollte das betreffende Mitglied am 28. Oktober noch gar nicht arbeitsunfähig geschrieben werden, denn wenn es sich überhaupt so krank gefühlt hätte, daß es nicht mehr arbeiten konnte, so hätte es sich doch unbedingt gleich an einen Arzt gewendet, der in seinem Wohnort Charlottenburg wohnte, und wäre nicht erst hier in Berlin zu einem Arzt gegangen. Die Krankenkasse der Posamentiere ꝛc. in Berlin hat überhaupt von dem Fall erst Kenntnis erhalten, als der Toteuschein bei ihr einging. Der Medizinschein wurde dem Mitglied von seinem Arbeitgeber ausgestellt. Noch möchten wir bemerken, daß solche Handlungsweise eines Kassenarztes sich wohl kein Mitglied gefallen ließe und von keinem Vorstand einer Kasse geduldet würde. — Die Notiz, gegen welche sich die Zuschrift wendet, hat der betreffenden Orts-Krankenkasse keinen Vorwurf gemacht, noch machen können. Das Verhalten des Arztes wird durch die Zuschrift in kein anderes Licht gerückt. Ein Kranker, der am 28. Oktober einen Luftröhrenkartarrh und eine Rippenfellentzündung hat, so schwer, daß er schon am 2. November morgens in der Agonie (dem Todeskampf) ist, hätte unbedingt sofort für arbeitsunfähig erklärt werden müssen. Uebrigens ist in der Sache wohl noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Ein großer Gelddiebstahl ist gestern am Schalter der Bank des Berliner Kassenvereins in der Oberwallstraße 3 verübt worden. Die Inhaber des der Geschäftsstelle des Kassenvereins gegenüberliegenden Bankgeschäfts von Dienstbach u. Möbius schickten einen Lehrling hinüber, der 75 000 M. in Checks und Papiergeld einzahlen sollte. Da der Andrang an den Schaltern groß war, so setzte sich der Lehrling zunächst auf eine Bank, um auszuruhen. Dann ging er an den äußersten rechten Schalter heran und zählte die Summe noch einmal durch. Es waren 8 Eintausend- und 3 Einhundertmarkscheine, das übrige Checks. Der junge Mann häufte die verschiedenen Stücke auf einander und wandte sich darauf seitwärts nach den Einlieferungsscheinen, die etwa einen Schritt vom Schalter entfernt hängen. Er riß einen Schein ab, füllte ihn aus und reichte ihn mit dem Gelde dem Kassierer. Dieser stellte fest, daß 5300 Mark an der einzuzahlenden Summe fehlten, die Tausend- und Hundertmarkscheine. Erst jetzt fiel es dem Lehrling ein, daß der Haufe, als er ihn aufnahm, nicht mehr so gelegen hatte wie vorher. Er hatte das wohl gleich gesehen, aber gedacht, er sei von selbst auseinander gefallen. Der Dieb hatte, ohne daß es aufgefallen war, den Augenblick, den der Lehrling zum Abreißen des Einlieferungsscheins sich abwandte, benutzt, die Scheine an sich zu nehmen. Er ist vielleicht 30 bis 40 Jahr alt und etwa 1,70 Meter groß, hat dunkle Haare und einen hellgrauen, blonden Schnurrbart und trug einen braunen Ueberzieher und einen schwarzen steifen Filzhut.

Von einem Schutzmann ist der 39 Jahre alte Tischler C. Radow durch einen Säbelhieb schwer verletzt worden. Radow verlangte abends um 11 Uhr noch Einlaß in das städtische Asyl für Obdachlose und benahm sich, als er abgewiesen wurde, derart, daß man einen Schutzmann holen mußte. Diesen griff Radow sofort thätlich an. Der Beamte zog blank und versetzte seinem Angreifer einen Hieb über den Kopf und den rechten Unterarm. Der Verletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht. Seine Angabe, daß er Blumenstraße 28 wohne, hat sich als falsch herausgestellt.

Die „Große Berliner". Einen Unglückstag hatte Montag die „Große Berliner", in deren Betriebe Störungen in außergewöhnlicher Weise stattfanden. Am Nachmittag wurde durch Kurzschluß in der Oberleitung der Betrieb in Rixdorf unterbrochen. Erst nach ca. 1½ Stunden konnte der Verkehr wieder aufgenommen werden. Um 6 Uhr abends sprang am Molkenmarkt ein Wagen der Linie Schöneberg—Alexanderplatz aus dem Geleise, und für beide Richtungen wurde der Verkehr etwa 40 Minuten unterbrochen. Um ¾7 Uhr setzte sich eine gewaltige Wagenburg in Bewegung, um jedoch im nächsten Augenblick wieder zum Stehen zu kommen. Am Spittelmarkt war ein Stromschalter durchgebrannt und infolgedessen die Oberleitung zwischen Molkenmarkt und Mühlendamm ohne Kraft. Diese Störung dauerte bis gegen 8 Uhr, und inzwischen mußten die über den Mühlendamm führenden Linien abgeleitet werden. Um ½8 Uhr verursachte die Entgleisung eines Motorwagens an der Ecke der Münz- und Neuen Schönhauserstraße eine weitere Ausdehnung der Störung. Um 8 Uhr endlich entgleiste im Kastanienwäldchen ein Accumulatorenwagen der Linie Gesundbrunnen—Kreuzberg und erst um 9 Uhr abends konnte der ordnungsmäßige Betrieb wieder aufgenommen werden.

Der vielgenannte Hauptmann O'Danne wird jetzt wegen Kautionsschwindeleien verfolgt. Er hat neun junge Bankbeamte insgesamt um 22 000 M. geschädigt.

Theater ꝛc. Ein Byron-Abend ist der nächste der Dichter- und Tondichter-Abende des Schiller-Theaters. Den einleitenden Vortrag wird das Mitglied des Schiller-Theaters Ferdinand Gregori halten. — Im wissenschaftlichen Theater der Urania findet heute, Mittwoch, der zehnte Centenar-Vortrag statt und zwar spricht Herr Geheimrat Prof. Witt über die „Geschichte der Farbenindustrie". An allen übrigen Tagen der Woche wird der neue dekorative Ausstattungsvortrag „Von den Alpen zum Vesuv" wiederholt. — Im Palast-Theater, Burgstr. 22, wird heute zum erstenmal „Der selige Zwiebelmann" gegeben. — Im Metropol-Theater bringt der 1. Februar ein durchaus neues Specialitäten-Programm. —

Orgelkonzert. Den Dienelschen Orgelvortrag in der Marienkirche am Mittwoch, den 31. Januar, mittags 12 Uhr, unterstützen die Konzertsängerinnen Frl. Marie Lindow und Frau Cunny Maria Ehrenhorst, der Opernsänger Herr Rich. Tlußeck, der Violinist Herr Paul Thiele und der Organist Herr Paul Heuer. Es kommen Kompositionen von Bach, Händel, Mendelssohn, Hiller, Löwe, Dienel ꝛc. zur Aufführung. Herr Dienel spielt u. a. seine zweite Konzert-Phantasie. Der Eintritt ist frei.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. Donnerstag findet in Gröplers Salon, Bergstr. 147, eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Genosse Rosenow über die Frage: „Was treibt die Frau in den politischen Kampf?" referieren wird. Gleichzeitig findet in dieser Versammlung die Neuwahl der Vertrauensperson statt.

Eine „socialistische Forderung". Aus Spandau schreibt man uns: Die socialdemokratischen Stadtverordneten in Spandau stellten in der dortigen Stadtverordneten-Versammlung, wie wir kürzlich berichteten, den Antrag, den Schülern der Spandauer Gemeindeschulen fortan sämtliche Lehr- und Lernmittel unentgeltlich, d. h. aus Gemeindemitteln zu verabfolgen. Trotz eingehender Begründung durch unsre Genossen Dutsch und Rieger wandte sich die ganze bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten gegen diese Forderung der Gerechtigkeit. Wie verhält es sich nun mit den Schulverhältnissen in Spandau? Die „höhere Töchterschule" erfordert bei 196 Schülerinnen einen jährlichen Zuschuß aus städtischen Mitteln von 17 082 Mark oder rund 87 Mark pro Kopf und die Bürger-Knabenschule in Spandau bei 576 Schülern einen solchen von 24 198,55 M. oder rund 42 M. pro Kopf, während jeder Gemeindeschüler der Stadt Spandau etwa 26 M. Kosten verursacht, und das, obgleich die Schüler der erst genannten beiden Schulen ein Schulgeld zahlen müssen. Die Verwirklichung unseres Antrages hätte der Stadt Spandau eine weitere Ausgabe von etwa 5 M. pro Jahr für jeden einzelnen Gemeindeschüler und insgesamt etwa 44 000 M. verursacht. Als hauptsächlichster Grund wurde von den Gegnern die Deckungsfrage ins Feld geführt; als es sich aber vor einigen Jahren darum handelte, die Kosten der Straßenreinigung von den Schultern der Herren Hausagrarier auf die Stadtkasse abzuwälzen, da war man keinen Augenblick darum verlegen, wo die Mittel hierzu (ca. 35 000 M. jährlich!) herzunehmen seien.

Aus Schöneberg wird uns berichtet: Die Stadtverordneten-Versammlung vom 28. Januar erledigte neben verschiedenen kleineren Vorlagen definitiv die „Einrichtung der höheren Mädchenschule". Die Schule ist als zehnstufige gedacht, kostet an Schulgeld für die drei untersten Klassen 100 M., für die übrigen 120 M. Eine principielle Entscheidung darüber, ob die für den Anfang beschlossene Dreiteilung des Kollegiums (akademisch und seminaristisch gebildete Lehrer sowie Lehrerinnen) bei dem weiteren Ausbau der Schule durchgeführt werden soll, ebenso die Regelung der Besoldungsverhältnisse des sofort als Direktor angestellten Leiters der Schule, wird späteren Beschlüssen vorbehalten. Weiter wird die Beförderung des Assistenten Ehrich zum Sekretär mit Rücksicht auf die bevorstehende Etatsberatung abgelehnt, dagegen wird ihm eine vierteljährliche Gehaltszulage zugebilligt. — Die Schuldeputation für das höhere Schulwesen hat den bisher an der Charlottenschule in Berlin thätig gewesenen Oberlehrer Professor Dr. Schmidt zum Leiter der höheren Mädchenschule gewählt. — Der neue Bebauungsplan wird am heutigen Tage (Mittwoch) das Ministerium der öffentlichen Arbeiten beschäftigen. — Nunmehr will man sich auch hier am Orte eine „Mädchen-Mittelschule" leisten. Die Anzahl der Stunden beläuft sich in der untersten Klasse auf 18, in den oberen auf 20, 22, 28 respektive 30 Stunden. Die Schule hat den Zweck, den Schülerinnen eine zwischen den Lehrzielen der Gemeindeschulen und der sogenannten höheren Töchterschulen stehende Schulbildung zu gewähren.

Für die Millionen-Anleihe der Stadt Charlottenburg ist nach dem Privilegium ein Zinssatz von 3 und 3½ Proz. vorgesehen. Da die Begebung zu 3½ Proz. bei der ersten Abteilung Schwierigkeiten machte, so hat jetzt der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, eine Aenderung des Privilegiums dahin herbeizuführen, daß die zweite und dritte Abteilung der Anleihe von 8 und 7 Millionen Mark auch zu 4 Proz. begeben werden kann, um so die Möglichkeit eines 4proz. Typs offen zu halten. Die verstärkte Tilgung oder Kündigung soll ferner schon auch nach 5 Jahren statt bloß nach 10 Jahren begonnen werden können.

Aus Erkner berichtet man uns: Da Genosse Weikert aus Geschäftsrücksichten auf die geplante Kandidatur für die Gemeindewahlen verzichten muß, ist Genosse Schriftsteller Karl Müller als Kandidat für die Wahl in Aussicht genommen worden. — Auch Erkner soll jetzt mit Wasserreden beglückt werden. Ein Herr Schriftsteller Schrattenholz wird demnächst über „Flottengründungsbestrebungen preußischer Herrscher" sprechen. Wir werden ihm das Korreferat nicht schuldig bleiben.

Gerichts-Zeitung.

Die Veruntreuungen des Magistratssekretärs Robert Apitz gelangten gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zur Erörterung. Der Angeklagte wird beschuldigt, die städtische Kasse um etwa 9600 M. geschädigt zu haben. Er soll seit dem Jahre 1895 fortgesetzt Urkundenfälschungen und Betrug begangen haben. Zu den Wohlthätigkeitseinrichtungen der Stadt Berlin gehört u. a. die „Friedrich Wilhelms-Anstalt für Arbeitslose", aus deren Fonds in Not geratene Bürger Darlehen erhalten können. Diese Darlehnsgesuche gingen durch die Hände des Angeklagten. Er hatte die Gesuche an die Registratur weiterzugeben. Von hier gingen sie an zwei Prüfungskommissare, welche Fragebogen auszufüllen und mit Bemerkungen zu versehen hatten, wodurch entweder eine Ablehnung oder eine Gewährung des Gesuchs begründet wurde. Sodann hatte eine Kommission die Entscheidung zu treffen. Das Gesuch ging wieder an den Angeklagten zurück, der den Bittstellern den Bescheid zu erteilen hatte. Im zusagenden Fall schrieb der Angeklagte eine Schuldanerkennung und eine Empfangsbescheinigung aus. Beide Schriftstücke wurden von dem Bittsteller unterschrieben und dann wurde der Betrag an der Kasse gezahlt. Der Angeklagte beging nun folgenden Schwindel: Er schrieb selbst oder ließ durch andre Personen in 62 Fällen Darlehnsgesuche von fingierten Personen schreiben und reichte sie bei dem betreffenden Bureau ein. Wenn von hier aus die Gesuche mit den dazu gehörigen Fragebogen in das Amtszimmer der Prüfungskommissare gelangt waren, fand der Angeklagte, der zu diesem Raum freien Zutritt hatte, leicht Gelegenheit, sich die ihn interessierenden Briefe anzueignen. Er füllte selbst die Fragebogen aus, wobei er die Handschrift der Prüfungskommissare nachahmte. Kamen die Gesuche von der Kommission bewilligt zurück, so fälschte der Angeklagte die Schuldanerkennung und die Empfangsbescheinigung und erhob dann selbst das Geld bei der Kasse. Da zumeist Rückzahlungsbedingungen vorgeschrieben waren, so mußte der Angeklagte, um Nachforschungen vorzubeugen, diese Zahlungen selbst leisten und zu diesem Zwecke eine genaue Liste über die von ihm begangenen Fälschungen führen. Fast fünf Jahre hindurch hat Apitz sein verbrecherisches Treiben fortsetzen können. — Der Staatsanwalt nahm eine fortgesetzte Handlung als vorliegend an und beantragte gegen den Angeklagten unter Zubilligung von mildernden Umständen eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren. Der Verteidiger, Referendar Story, verwies darauf, daß der Angeklagte einer großen Versuchung ausgesetzt gewesen und nicht genügend beaufsichtigt gewesen sei. Er bat um ein noch niedrigeres Strafmaß. Der Gerichtshof hielt bei dem schweren Vertrauensbruch, dessen der Angeklagte sich als Beamter schuldig gemacht, das beantragte Strafmaß keineswegs für ausreichend, es wurde auf vier Jahre Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust erkannt.

Wie eine blutige Satire auf die „Arbeiter-Wohlfahrtsbestrebungen" des patriotischen Unternehmertums liest sich folgender Gerichtsfall. Die „Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkfabrikation zu Stolberg in Westfalen" hatte vor längerer Zeit in der Nähe ihrer Dortmunder Zinkhütte 62 Arbeiter-Wohnhäuser errichten lassen. Die Polizeiverwaltung von Dortmund forderte die Aktiengesellschaft nun im Sommer 1898 auf, die Baufronten an den Straßen zu verputzen, und berief sich hierfür auf eine Polizeiverordnung vom 11. Mai 1897. Die Gesellschaft bestritt die Verpflichtung dazu und focht die Verfügung der Polizei im Verwaltungsstreitverfahren an. Ihre Vertreter betonten, daß das Verputzen 11 000 M. kosten würde und daß die Gesellschaft diese Summe durch die Erhöhung der von den Werkarbeitern zu zahlenden Mietspreise wieder einbringen müßte. Die Anordnung der Polizei würde so die wohlwollende Absicht, den Arbeitern billige Wohnungen zu schaffen, verhindern. Die Gutachten der Sachverständigen gingen auseinander, sie stimmten aber alle darin überein, daß die aus gewöhnlichen Feldbrand-Ziegelsteinen „in schlichtester Weise ausgeführten" Gebäude nicht gerade die Kaiserstraße verschönten. Regierungsbaurat Thielen erklärte, die Arbeiterwohnhäuser — Kaiserstr. 179 bis 241 — seien wegen des verwendeten Materials und der Bauart als zum Verputzbau bestimmt anzusehen. Mit Rücksicht auf diese Bekundung wies der Bezirksausschuß die Klage ab und sprach aus, daß die Polizei auf Grund des § 22 der angezogenen Polizeiverordnung berechtigt sei, das Verputzen der Arbeiter-Wohnhäuser von der Aktiengesellschaft zu verlangen. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung.

Warum ein Arbeiter verurteilt wird. Den Bierfahrer Franz Gollack aus Berlin hatte, wie so viele Kutscher, das beklagenswerte Unglück getroffen, mit einem „Elektrischen" zusammenzustoßen, weshalb er von der zweiten Strafkammer am Landgericht II wegen „Gefährdung eines Eisenbahn-Transports" zu der harten Strafe von zwei Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Damit nicht genug, hielt der Gerichtshof sich darüber auf, daß der Kutscher in seinem überaus sauberen Arbeitsanzug vor Gericht erschienen war. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde er obendrein wegen „Erscheinens in unziemlicher Kleidung" zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Es war vergebens, daß der Bierfahrer zu seiner Entschuldigung vorbrachte, er käme von der Arbeit, habe mit dem besten Willen keine Zeit gehabt, nach Hause zu gehen und sich umzukleiden, und müsse auch vom Gerichtssaal gleich wieder an die Arbeit, da sonst das Geschäft leide.

Zu den vielen Fällen, die es erklärlich machen, daß das Rechtsempfinden des arbeitenden Volkes und das bürgerlicher Richter sich immer mehr von einander entfernten, dürfte auch der Fall Gollack gehören.

Das Landgericht Dessau verurteilte gestern den Bankier Herzberg wegen Beleidigung des Staatsministers Dr. v. Koseritz, begangen in einer Broschüre anläßlich der Entziehung des Kommerzienrats-Titels, zu 300 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 3½ Monaten beantragt.

Vermischtes.

Zu dem Schiffszusammenstoß auf der Elbe wird aus Hamburg berichtet: Die auswärts verbreitete Nachricht, daß bei dem gestern abend im hiesigen Hafen erfolgten Zusammenstoß des Schleppers „Expedient" mit dem Fährdampfer „Altona" zahlreiche Insassen des letzteren ertrunken seien, ist unrichtig. Die bisherigen sorgfältigen Nachforschungen ergaben keinen Anhalt dafür, daß auch nur einer derselben ums Leben kam. Zwei Personen erlitten leichte Verletzungen.

Leiden Schiffbrüchiger. Aus Esbjerg wird gemeldet: Der Dampfer „Remus" aus Hamburg, mit Mais von Philadelphia nach Aarhus unterwegs, ist am 27. d. M. bei Horens-Rev gescheitert. 14 Mann von der Besatzung ertranken, 14 andere wurden durch den Hafendampfer „Nordsöen" gerettet. Die Besatzung hatte sich in der Takelage aufgehalten und sich von Mais und Salzwasser ernährt; sie machte mehrere Versuche, sich in den Booten zu retten, die Boote sind aber von den Schiffsplanken zerschmettert. Der Kapitän hatte sich vor zwei Tagen erschossen und sein Leichnam wurde von den Wellen weggespült. Die Mehrzahl der Geretteten hat an den Füßen Frostbeulen. Die Besatzung bestand aus Deutschen, Norwegern und zwei Dänen.

Kulturthat. In Brieg wurde gestern früh der 23jährige Zimmermann Karkus aus Jätzdorf, welcher vom Brieger Schwurgericht wegen Ermordung und Beraubung des sechzehnjährigen Zimmerlehrlings Paul Zedler zum Tode verurteilt worden war, durch den Scharfrichter Reindel hingerichtet.

Ueberschwemmungen. Die Landschaft von Diedenhofen bis Mörchingen ist, wie aus Metz berichtet wird, weithin überschwemmt, einzelne Dörfer stehen teilweise unter Wasser. Die Schiffahrt auf dem Mosellanal und der unteren Mosel ist eingestellt.

Der bekannte Lieutenant v. Brüsewitz, der bei einem Renkontre mit einem Civilisten in einem Karlsruher Café seinen Gegner niederstach und deswegen zu 3½ Jahren verurteilt wurde, soll, wie man aus London meldet, nach einer dort eingetroffenen Nachricht in den Kämpfen am Tugela gefallen sein. Es war berichtet worden, daß v. Brüsewitz nach erfolgter Begnadigung bei den Boeren Dienst genommen hatte. So viel Heldenmut sollte man dem Verüber der bekannten feigen That kaum zutrauen.

Einsturz eines Tunnels. Aus Zürich meldet man dem „Berl. Tageblatt": Gestern nachmittag stürzte der im Bau befindliche Albula-Tunnel in Graubünden infolge lockeren Gesteins auf der Nordseite teilweise ein, wobei mehrere Arbeiter verschüttet wurden. Drei Tote und zwei Schwerverletzte wurden ausgegraben. — Der vor drei Wochen eingestürzte Credo-Tunnel der Linie Paris—Genf—Lyon wird morgen nacht wieder dem Verkehr übergeben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6–8 Uhr abends statt.

O. L. 44. In allen preußischen Universitätsstädten wird unseres Wissens die Hebammenkunst gelehrt. Bis zum 29. Jahre wird in Berlin zur Erlernung der Hebammenkunst zugelassen. Man meldet sich beim Bezirksphysikus Schulz, am Tempelhofer Ufer 29. Während der Lehrzeit, die vom 1. Oktober bis 31. März dauert, muß man in der Charité wohnen; die Kosten belaufen sich, Wohnung, Verpflegung, Instrumente und Ausbildung eingeschlossen, auf etwa 300 Mark. Ueber unentgeltlichen Unterricht ist uns nichts bekannt.

J. S. Ein Krönungsthaler von 1861 hat unseres Wissens keinen höheren Sammlerwert als ein gewöhnlicher Thaler.

H. T. 250. Wir waren gestern im Irrtum. K. war in der zweiten Wählerklasse als Kandidat aufgestellt.

Gringork. 1. Zu welchem Wahlbezirk bei den Stadtverordnetenwahlen vor 6 Jahren das Haus Kottbuserstr. 10 gehörte, wissen wir nicht, haben auch keine Zeit, darüber Nachforschungen anzustellen. 2. Der Berliner Ortsvorsitzende des Verbandes der Holz- und Bretteriräger ist Herr Emil Sauerzapf, Quitzowstr. 137. 3. Nordd. Holz-Berufsgenossenschaft, Kesselstraße 37, Berlin N.

Löderburg. Wir sind leider nicht in der Lage, ein Urteil über das betreffende Unternehmen abgeben zu können.

M. P. 163. Allgemeine Ortskrankenkasse. Zahlstellen: Adalbertstr. 94 und Prenzlauerstr. 46.

E. . . . . . Zu allgemeinem Verständnis genügen die „Erläuterungen".

O. P. 15. 1. Die Wartezeit der Witwe für Abschluß einer andern Ehe beträgt 10 Monate. Von dieser Wartezeit kann sie Dispens erhalten. 2. Nur mit Bewilligung des Kirchenvorstandes, sonst auf dem katholischen oder dem Gemeindefriedhof. 3. Nein. 4. Ja. — **M. K. 86.** 1. Nein: Es hat der Reichstag in einer Resolution die Ausdehnung der Mindestleistung aller Krankenkassen auf 26 Wochen verlangt; die Regierung hat zugesagt, daß in der Krankenversicherungs-Novelle eine solche Ausdehnung stattfinden werde. Uns wird die Novelle kaum vor der nächsten Session vorgelegt und schwerlich vor 1902 in Kraft gesetzt werden. Die Anträge, die die socialdemokratische Fraktion im Jahre 1899 dahin stellte: sofort das Krankenkassen-Gesetz zu ändern oder wenigstens die Invaliditäts-Wartezeit auf 13 Wochen herabzusetzen, wurden von der Regierung bekämpft, vom Reichstag abgelehnt. 2. Nein. — **W. Sch. 1000.** 1. und 2. Nein. — **101.** Falls Sie kein wechselseitiges Testament errichten, würden Ihre Stiefkinder so erben wie Sie annehmen. — **E. H. 235.** Zur Heirat ist die standesamtliche Geburtsurkunde erforderlich. Dem Geistlichen, der Ihnen auf Ihr Gesuch die Taufurkunde übersandte, können Sie hieraus keinen Vorwurf machen: Dieses Taufzeugnis ist für die kirchlichen Ceremonien, falls sich Eheleute nach ihrer Heirat solchen unterwerfen wollen, erforderlich. — **H. U. 1142.** Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. — **E. Sp., Schlesischestraße.** Nein, eine Schonfrist besteht nach der Richtung hin überhaupt nicht. — **W. K., Paukstraße.** Cousin und Cousine dürfen sich heiraten, wenn sie wollen und der Vater der noch nicht 21jährigen Cousine seine Erlaubnis erteilt. — **K. Z., Brix.** Nein. — **K. Y. 2.** Darüber bestehen keine Gesetze. Durch die Rücksicht auf die andern Hausbewohner gebotene Einschränkung der in einer Wohnung vorzunehmenden Beschäftigung läßt sich nicht allgemein festlegen. — **H. G.** Wollen Sie gegen das Borgerecht Ihrer Frau geschützt sein, so müssen Sie das Recht Ihrer Frau, für Sie zu borgen, ausschließen und diese Ausschließung im Güterrechtsregister des Amtsgerichts vermerken lassen. Eine Bekanntmachung in Zeitungen, daß Sie für Schulden Ihrer Frau, die sie für den Haushalt gemacht hat, nicht aufkommen, hat keinen Wert. Andre Schulden als solche, die für den Haushalt gemacht sind, brauchen Sie überhaupt nicht zahlen. — **1. 4. 1900 N.** 1. Ja. 2. Wenden Sie sich direkt dorthin. 3. In insgesamt 22 Lieferungen. — **Militär 18.** Zweifellos hat Ihr Neffe Anspruch auf Militärpension. Dieselbe beträgt aber nur 6–15 M. monatlich und Berechtigung zum Civilversorgungsschein.

Witterungsübersicht vom 30. Januar 1900. morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	753	NO	4	bedeckt	1	Haparanda	777	Still	—	wolkenl	−20
Hamburg	752	O	2	bedeckt	2	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	750	O	4	bedeckt	1	Cork	759	NNO	2	heiter	1
Wiesbaden	744	NNW	6	Schnee	1	Aberdeen	764	O	4	bedeckt	3
München	743	SW	4	bedeckt	−2	Paris	750	NNW	4	Regen	1
Wien	744	OSO	2	bedeckt	3						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 31. Januar 1900.

Ein wenig kühler, vorwiegend trübe mit leichten Schneefällen und ziemlich frischen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 29. Januar 1900
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*)Weizen	D.-Ctr.	15,10	14,—	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,10
*)Roggen	„	14,30	13,60	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
Futter-Gerste	„	13,90	13,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
Hafer gut	„	15,—	14,20	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,10	13,40	Eier	60 Stück	6,—	3,—
„ gering	„	13,30	12,00	Karpfen	1 kg	2,20	1,—
Richtstroh	„	4,—	3,82	Aale	„	2,80	1,40
Heu	„	7,—	4,80	Zander	„	2,50	1,—
†)Erbsen	„	40,—	25,—	Hechte	„	1,80	1,—
†)Speisebohnen	„	45,—	25,—	Barsche	„	1,60	0,80
†)Linsen	„	70,—	30,—	Schleie	„	2,80	1,40
Kartoffeln, neue	„	7,—	5,—	Bleie	„	1,40	0,80
Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20	Krebse	per Schock	12,—	3,—
do. Bauch	„	1,20	1,—				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuß. Landwirtschaftskammern — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner. †) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 30. Januar. Die Getreidepreise hatten am hiesigen Markt gestern noch eine nachträgliche wesentliche Steigerung erfahren, die sich heute behaupten konnte. Die Auslandsmeldungen lauteten vorwiegend fest; Paris behauptete seine letzten hohen Preise. Die Notierungen in New-York und Chicago weisen ansehnliche Erhöhungen auf, denen nur zum Schluß eine leichte Abschwächung folgte. Am hiesigen Platze wurden Weizen und Roggen ungefähr 0,75 bis 1 Mark über gestrigen Durchschnittspreisen bezahlt. Die ausländischen Offerten waren etwas höher gehalten, doch wurden für prompte Ware nur gestrige Preise bewilligt. Das Geschäft nahm einen etwas lebhafteren Charakter an. Hafer zog unter dem Einflusse der Gesamttendenz gleichfalls leicht an. Rüböl lag ruhig, wenig verändert. — Am **Spiritusmarkt** wurden 14 000 Liter 70er loco mit 46,80 (— 0,10) gehandelt.

Warenhaus A. Wertheim.

Berlin, Leipzigerstr. 132/133. * Rosenthalerstr. 27/29 u. 54. * Oranienstr. 53/54.

Mittwoch, den 31. Januar, und folgende Tage solange der Vorrat reicht:

Wäsche.

Damenhemden, Priesenform, Hemdentuch mit Spitze **1,35** Mk.
Damenhemden, Achselschluss, Hemdentuch mit Spitze **1,60** Mk.
Damenhemden, Achselschluss, Renforcé mit Stickerei **2** Mk.
Damenhemden, Renforcé, mit handgestickter Madeira-Passe **2,65** Mk.
Beinkleider, Renforcé, mit Stickerei, runde Form **1,80** Mk.
Damenjacken, Dimiti mit Spitze **1,55** Mk.
Damenjacken, Renforcé mit bunter Stickerei **2** Mk.
Damenjacken, Renforcé mit Stickerei-Volant und Umlegekragen **2,35** Mk.
Damen-Nachthemden, Renforcé mit Stickerei und Umlegekragen **3,35** Mk.
Stickerei-Röcke 2,95, 3,75, 4,35 Mk.
Barchend-Röcke mit Stickerei **2,50, 3,25,** mit Handlanguette **2,70** Mk.

		Renforcé	Dimiti
Deckbettbezüge,	Grösse ca. 130×200 cm	**3,10**	**3,60** Mk
Kissenbezüge,	Grösse ca. 83×83 cm	**85** Pf.	**1,05** Mk.
Dowlas Laken,	Grösse ca. 160×225 cm **1,85** Mk.		

Drell-Tischtücher 1,05, 1,20 Mk.
Jacquard- u. Drell-Tischtücher, gesäumt **2,10** u. **2,55** Mk.
Drell-Servietten, Dutzend **3,60,** gesäumt **5,80** Mk.
Jacquard-Servietten, Dtz. **4** Mk., gesäumt **4,80** u. **5,80** Mk.

Küchen-Handtücher mit buntem Rande, Dtz. **3,20, 3,90** u. **6,20** Mk.
Stuben-Handtücher, Drell, Dtz. **4,80,** Jacquard, Dtz. **5,40** Mk.
Taschentücher, Reinleinen, weiss, Dtz. **3,90** Mk. u. **5,40** Mk.
Taschentücher, Batist, Hohlsaum mit buntem Rande, Dtz. **2,50** u. **3,10** Mk.

Laken-Dowlas, ca. 160 cm breit, Meter **75** Pf.
Weiss gestreift Bettsatin, Kissenbreite, Meter **45** Pf., Deckbettbreite **75** Pf.
Elsasser Linon, Kissenbreite, Meter **40** Pf., Deckbettbreite **70** Pf.
Bettköper, glatt, rot oder rot gestreift, Kissenbreite, Mtr. **85** Pf., Deckbettbr. **1,35** Mk.
Louisianatuch, Stück = 20 Mtr. **5** Mk.
Renforcé, Stück = 20 Meter **6,50** Mk.

Schürzen.

Bunte Tändel-Schürzen, Köper-Satin, **50** Pf.
Helle Tändel-Schürzen mit farb. Stickerei-Ansatz **95** Pf.
Schwarze Tändel-Schürzen mit Sammetband-Besatz **95** Pf.
Wirtschafts-Schürzen, Gingham **75,** Warp **85** Pf.
Wirtschafts-Schürzen, mit Achselband, Gingham **1,25,** Köpersatin **1,45** Mk.
Wirtschafts-Schürzen, gestreift Cretonne mit Achselband **1,10** Mk.

Falbe,
44, Elsasserstr. 44.
Behandlung aller **Haut- u. Harnleiden** ohne Berufsstörung. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9–3. Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz. 3454C*

Dr. med. Schaper, homöop. Arzt, Specialarzt für
Haut- u. Harnleiden
Frauen-Krankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7,
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7–8: Friedrichstrasse 114, I.

Lösl. **Frühstücks-Suppen**
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
MAGGI
finden bei Allen, welche auf eine schmackhafte, gesunde Küche und Sparsamkeit sehen, die grösste Anerkennung. Zu haben bei **Fritz Fricke,** Friedrichsberg-Lichtenberg, Boxhagener Weg 19.

Zahnärztliches Institut, Alexanderplatz 1 (Haus Aschinger). *
Zähne 2 M. Plomb. v. 1,50 M. Zahnziehen 75 Pf. Teilzahlung. Sprechst. 8–8.

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herrengarderobe n. Maß, Tomporowski, Schneidermstr., Neanderstr. 16, II, an der Annenstr. (Auch bar Kassa billigste Preise.) *

Künstliche Zähne. 3 M. an, vorzüglich, setzt schmerzl. ein. Plombieren, schmerzl. Zahnziehen, Zahnschm. bei. Rep. sof. **Goldstein,** Oranienstr. 123.

34350*
Hans Kayser
Görlitzer Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für
Press- u. Steinkohlen.

Tuch-Reste

die in unserer Fabrik täglich entstehen, geben, um damit zu räumen, spottbillig ab. Muster davon sofort franco.

Lehmann & Assmy
Tuchfabrik, Spremberg L.
Einzige Tuchfabrik Deutschlands, die ihre Fabrikate direkt an Privatleute versendet. 140/1*
Schneidermeister, welche gern bereit sind, Anzüge anzufertigen, ohne dass der Stoff von denselben entnommen wird, weisen an jedem grösseren Platze nach.

Verantwortlicher Redacteur: Paul Jahn in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Prozeß v. Kriegsheim und Genossen.

Zweiter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichts-Direktor Rösler ermahnt dieser den Angeklagten v. Kriegsheim nochmals recht eindringlich, sich zum Bekennen der Wahrheit zu bequemen und einzugestehen, was er in den einzelnen Anklagefällen etwa in jugendlichem Leichtsinn gethan; ein fortgesetztes Leugnen könne nur seine Lage verschlechtern. Der Angeklagte v. Kriegsheim kommt in längeren Ausführungen auf einige Vorwürfe, die ihm der Präsident gestern gemacht, zurück. Er sucht namentlich darzuthun, daß nichts Ehrenrühriges darin liege, daß er als Reserveoffizier einen überflüssigen Waffenrock versetzt habe. Er bestreitet ferner, daß seine umfangreichen Eingaben und Schriftstücke das Vorverfahren verschleppt haben. Der Untersuchungsrichter habe ihm gesagt, „er lese überhaupt seine Eingaben nicht", die Mühe, seine Eingaben zu lesen, habe also nur der Staatsanwalt gehabt. Er habe auch im Jahr 1891 den Versuch gemacht, sich mit seinen Gläubigern zu einigen, sein damaliger Bezirkskommandeur sei aber hindernd dazwischen getreten. Er habe ferner sich redlich bemüht, seine Schulden abzuzahlen und darin mehr geleistet, als der Präsident gestern angenommen habe. Der Präsident, der in der Lage ist, bei jedem einzelnen Einwand des Angeklagten unzutreffende Schlußfolgerungen desselben festzustellen, betont, daß in Bezug auf die Schuldenregulierung der Angeklagte stets schwankende und daher von A bis Z unglaubwürdige Angaben gemacht habe.

Der Vorsitzende geht sodann zur Verhandlung des „Falles Korb" über. Der Angeklagte hat im Jahre 1890 die am Central-Theater beschäftigt gewesene Frau Anna Korb geb. Hocke kennen gelernt und ist mit ihr in ein sehr intimes Liebesverhältnis getreten, bei welchem sie ihm nach und nach ihre Ersparnisse und ihre Juwelen zur Verfügung stellte. Er hat letztere in reichlichem Maße versetzt. Das ergiebt sich aus den Briefen des Angeklagten an Frau K., die zumeist ohne Datum sind, so daß letzteres nur nach dem Grade der darin ausgedrückten Zärtlichkeit festzustellen ist. Während er auch jetzt bestreitet, Eheabsichten gehabt zu haben und behauptet, daß Frau Korb gewußt habe, daß er ganz andere Heiratsgedanken verfolgte, heißt es in einem der ersten Briefe: „Adieu mein Aennchen, ich habe immer Angst, daß ich Dich Edelstein verlieren könnte;

wenn wir nur erst verheiratet wären!"

Frau Korb behauptet, daß sie durch das Heiratsversprechen des Angeklagten und falsche Darstellung seiner Vermögenslage dazu verleitet worden sei, ihm ihre Ersparnisse und Juwelen zur Verfügung zu stellen. Sie habe 14 000 Mark Darlehne und 4000 Mark Ersatz für ihre Brillanten gegen ihn eingeklagt und beim Kammergericht ein obsiegendes (Versäumnis-) Urteil gegen ihn erstritten. v. Kriegsheim behauptet, daß Frau Korb niemals 14 000 M. besessen habe; sie habe ihm nur 4000 M. Darlehn gewährt, die übrigen 10 000 M. sollten eine Abfindungssumme, gewissermaßen das „Schmerzensgeld" für das nicht gehaltene Eheversprechen darstellen. Dieser Fall des Betrugs auf Grund des angeblichen Eheversprechens scheidet aus dem Rahmen der Anklage aus dagegen bleibt die

Beschuldigung des Diebstahls

bestehen. Frau Korb hat eines Tages aus einem ihrer Kästen einen wertvollen Brillantring vermißt und behauptet, daß ihr der Angeklagte diesen Ring gestohlen und bei dem Juwelier Dietzold verkauft habe. Der Angeklagte bestreitet mit Entschiedenheit diesen schweren Vorwurf und bestreitet ebenso entschieden, jemals einen Ring der Frau Korb bei Dietzold verkauft zu haben. Einige Zeit nach dem Verschwinden des Ringes will Frau Korb zwei wertvolle Armbänder vermißt haben. Ihr ist dann der Verdacht gekommen, daß v. Kriegsheim die Armbänder genommen haben könnte; nach ihrer Behauptung hat sie die Wegnahme dem Angeklagten auf den Kopf zugesagt, derselbe habe dies auch zugestanden und gleichzeitig auch zugegeben, daß er den Ring genommen habe. Der Angeklagte bestreitet alle diese Angaben. Die Beweisaufnahme über diesen Fall wird morgen durch Vernehmung der Frau Korb stattfinden.

Zu dem „Fall Korb" gehört auch noch die Beschuldigung der

Urkundenfälschung.

Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, einen Wechsel von 3000 M., einen solchen über 5000 M. und einen Schuldschein des Lieutenants v. Jena gefälscht, bezw. diese Papiere zum Teil ohne Genehmigung des Lieutenants v. Jena ausgefüllt zu haben. Frau Korb hat den Wechsel über 5000 M. einige Zeit in Verwahrung gehabt, er ist später verschwunden. Was den Wechsel über 3000 M. betrifft, so hat es folgende Bewandtnis: Herr v. Jena war seiner Zeit Regimentskamerad des Angeklagten und hatte diesem im Jahre 1889 oder 1890 zur Beschaffung von Geld ein Blanko-Accept, ohne Ausfüllung einer Summe übergeben. Ueber diese ganze Angelegenheit war längst Gras gewachsen, als der Angeklagte — wie er behauptet — bei seiner Uebersiedelung von Havelberg nach Berlin dieses Wechselaccept vorfand. Im Jahre 1891 habe ihm Herr v. Jena zugesagt gehabt, für ihn in Höhe von 16 000 M. zu bürgen und so habe er sich denn für berechtigt gehalten, den Wechsel mit 3000 M. auszufüllen und sich durch einen Herrn Wolffsohn darauf Geld zu verschaffen. Er habe sich aber kameradschaftlich für verpflichtet gehalten, von Herrn v. Jena die Genehmigung einzuholen. Er habe „einen vier Seiten langen" Einschreibebrief an v. Jena gerichtet, ihm die Sachlage dargestellt und ihn aufgefordert, sofort zu depeschieren, wenn er nicht einverstanden sei. Da eine solche Depesche nicht kam, habe er das Einverständnis unterstellt. Das Ausbleiben der Depesche hatte seinen guten Grund und war auf einen „Zufall" zurückzuführen, den die Anklage für einen betrügerischen Trick des Angeklagten hält. In dem Briefe, den Herr v. Jena erhalten, befand sich nämlich nicht ein „vier Seiten langer" Brief, sondern ein gänzlich leerer Briefbogen, mit dem der Adressat nichts anzufangen wußte. Als die Ausfüllung des Wechsels später zur Kenntnis des Herrn v. J. kam und er Aufklärung verlangte, hat ihm der Angeklagte einen Brief geschrieben, aus dem in jeder Zeile die Angst vor einer Strafanzeige herausklang. — Der Angeklagte behauptet, daß er irrtümlicherweise statt des beschriebenen Briefbogens einen leeren in das Couvert gesteckt haben müsse, kann aber nicht erklären, was aus dem angeblichen vier Seiten langen Briefe eigentlich geworden ist. Er bleibt auch bei seiner Behauptung, obgleich der Vorsitzende ihn wiederholt fragt, ob er alten erfahrenen Richtern, die über die Knabenjahre schon längst hinaus sind, wirklich zumute, solche Märchen zu glauben.

Noch einige Urkundenfälschungen.

Außer dem Wechsel von 3000 M. handelt es sich bei der Urkundenfälschung noch um einen Wechsel von 5000 M., den der Angeklagte v. Kriegsheim vorübergehend der Frau Korb gegeben haben soll. Der Angeklagte giebt die Möglichkeit zu, bestreitet aber, daß er den Wechsel zu andern Zwecken, als der vorübergehenden Aufbewahrung hingegeben haben könne. — Bei der dritten Urkundenfälschung handelt es sich um einen Schuldschein über 12 000 M., den er der Frau Korb gegeben hat. Diese 12 000 M. sollten die Ablösung der Verbindlichkeiten an Frau Korb darstellen; letztere behauptet, daß dieser Schein, den sie später zurückgegeben, den Namen des Herrn v. Jena als Bürgen getragen habe. Der Angeklagte bestreitet auch dies ganz entschieden und behauptet, daß er mit dem Schuldschein die Frau Korb nur habe beruhigen wollen. Staatsanwalt Dr. Kleine legt Wert darauf, festzustellen, ob der Schuldschein nicht nur „zur Beruhigung" gegeben worden, oder ob etwa die Zeugin Korb schon mit gerichtlichen Schritten gedroht hatte. Diese gewünschte Feststellung bezieht sich auf die Möglichkeit einer Konstruktion des zum Thatbestande der Urkundenfälschung notwendigen Requisits des Vermögensvorteils. — Angekl. v. Kriegsheim erklärt, daß Frau Korb nach dem Wortlaut des Schuldscheins gar keine Berechtigung hatte, gerichtlich gegen ihn vorzugehen. Auch dieser Anklagepunkt wird später durch Zeugenvernehmung erörtert werden.

Die Beschuldigung der versuchten

Verleitung zum Meineide

hängt gleichfalls mit dieser Wechselaffaire zusammen. Herr v. Jena hatte, als er von dem Vorkommen des 3000 Mark-Wechsels Kenntnis erhalten, eine Anzeige an den Kommandeur des Landwehr-Bezirks II Berlin erstattet und um eine ehrengerichtliche Untersuchung gebeten. Als dann seiner Zeit das Hauptverfahren gegen v. Kriegsheim eröffnet wurde, hat sich dieser mit verschiedenen Briefen an Herrn v. Jena gewandt und ihm allerlei Instruktionen erteilt und zu „orientieren" gesucht für den Fall, daß er vernommen werden sollte. Dies sieht die Anklage als Versuch der Verleitung zum Meineide an. Der Vorsitzende hebt zu Gunsten des Angeklagten eine Stelle aus einem dieser Briefe hervor, in welchem dieser sagt: es liege ihm daran, daß die Aussagen gleich so entlastend ausfallen, daß die Denunziation der Frau Korb gleich im Keim erstickt werde. Daraus könne man entnehmen, daß es dem Angeklagten darum zu thun war, es gar nicht erst zur eidlichen Vernehmung des Herrn v. Jena kommen zu lassen. Der Angeklagte erklärt in diesen Briefen u. a., daß es sich nur um einen Racheakt seiner einstigen Geliebten handle, der er in den Briefen Bezeichnungen wie „Biest", „Bestie" 2c. anhängt. Zu erwähnen ist hierbei, daß v. Kriegsheim, als er mit Frau Korb abbrechen wollte, mit dieser eine lebhafte Korrespondenz hatte, die sich um das Thema drehte: „er müsse sich durch eine Geldheirat retten, um aus dem

Schlamassel herauszukommen".

v. Kriegsheim bestreitet, daß er Hrn. v. Jena zum Meineide habe verleiten wollen: ihm sei es nur darauf angekommen, ihn zu orientieren, damit auch die ihn entlastenden Momente genügende Berücksichtigung fänden. In einem der Briefe an v. Jena beklagt sich der Angeklagte darüber, daß das „Biest" in ein jüdisches Blatt einen Artikel gegen ihn lanciert habe. Es heißt dann wörtlich: „Dem Redacteur haue ich morgen ein Paar in die Fr.... und bringe es in die Zeitungen, damit ich mich rein wasche." Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt v. Kriegsheim, daß er davon Abstand genommen, weil er sich bezüglich der Verfasserschaft des Artikels geirrt habe.

Lieutenant v. Jena

hat in seinem Antwortschreiben an v. Kriegsheim erklärt, daß er sich nicht besinnen könne, ihn überhaupt Blanco-Accepte belassen zu haben, es aber zu seinen Gunsten annehmen wolle. Im übrigen ersuche er ihn ein- für allemal, ihn ungeschoren zu lassen und jeden Verkehr und jede Korrespondenz abzubrechen, denn v. Kriegsheim habe sich in ein Lügengewebe begeben, aus dem er wohl kaum herauskommen werde. — Der ganze „Fall Korb" ist schon vor längerer Zeit Gegenstand der Strafanzeige seitens der Frau Korb bezw. ihres juristischen Beistandes gewesen, zwei derartige Anzeigen haben auf Grund der damals stattgefundenen Erhebungen zur Einstellung des Verfahrens geführt. Die Verteidigung bestreitet, daß „neue Thatsachen" vorliegen, die die Wiederaufnahme des Verfahrens rechtfertigen.

Die Sitzung schließt mit der Erörterung einiger Fälle, in denen, wie der Vorsitzende erklärt, schon aus rechtlichen Gründen die Anklage sich nicht aufrecht erhalten lassen kann.

Achtung! Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt.

Donnerstag, 1. Februar, abends 8 Uhr, im Berliner Prater, Kastanien Allee 7/9:

Volks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Stadtverordneten-Wahl im 35. Kommunal-Wahlbezirk. Referent Reichstags-Abgeordneter **E. Wurm.** 2. Diskussion zur Aufstellung eines Kandidaten und Wahl eines Wahlkomitees. — Pflicht eines jeden Wählers ist es, in der Versammlung zu erscheinen. 219/3

Die Vertrauensleute.

Den Schmied Herrn **Leopold Beister** fordern wir hiermit auf, da er die schriftlichen Aufforderungen nicht berücksichtigt, den „Vereinten Sangesbrüdern Moabits" gegenüber seinen Verpflichtungen nachzukommen. 21459] Der Vorstand.

Eckdestillation, Nordost, altes Geschäft, volle Konzession, mehrere Jahre Kontrakt, anschließende Wohnung, Miete 1300 M., ist wegen Krankheit zu verkaufen. Näheres Parteispedition Wengels, Fruchtstr. 30. 2137b

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Donnerstag, den 1. Febr., abends 8½ Uhr:

Volks-Versammlung

in **„Gröplers Salon"**, Bergstr. 147.

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Neuwahl der Vertrauensperson. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow** über: **„Was treibt die Frau in den politischen Kampf?"** 3. Wie ein Rixdorfer Warenhändler seine Angestellten behandelt. Referent: Genosse **Maaß.** 4. Diskussion.

Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Eintritt.

202/6] **Die Vertrauensperson.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Branchen-Versammlungen

Mittwoch, den 31. Januar cr., abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstraße Nr. 29:

Kastenarbeit und Spiegel.

Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im Konzerthaus „Sanssouci", Kottbuserstraße 4a:

Gute Möbel nach Zeichnung

(Salonmöbel, fournierte innere Bauarbeit).

Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Sitzmöbel.

Donnerstag, den 1. Februar, abends 8½ Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

Schlafzimmer-Einrichtungen

(Bettstellen, Nachtspinden, Untersätze, Ankleide- und Garderobenschränke).

Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, bei Stechert, Andreasstraße Nr. 21:

Büffetts und Schreibtische.

Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinshaus „Südost", Waldemarstr. 75:

Tischmacher

(Inkl. Damenschreibtisch- und Nähtischmacher).

Freitag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexander-Straße Nr. 27c:

Küchenmöbel

(Berlin und Vororte). 77/7

Donnerstag, den 1. Februar bei Behrend, Mantenffelstr. 97:

Luxusmöbel.

Tagesordnung: **Unsere Forderungen.**

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband,

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 1. Februar, abends 8½ Uhr:

Versammlung für Moabit

im „Moabiter Klubhaus", Beusselstr. 9.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Kollegen **A. Körsten** über:

Das neue Invaliditätsversicherungs-Gesetz.

Donnerstag, den 1. Februar 1900, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstraße 33:

Versammlung

aller in der

chirurgischen Industrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

Die socialen Aufgaben des Staates. Referent: **Karl Massatsch.**

110/14 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Mittwoch, den 31. Januar cr., abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

bei Herzberg, Alte Jakobstraße Nr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Lohnbewegung. Referent: **Kollege Kurkowsky.**
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 77/9

Zu dieser Versammlung haben sämtliche Einsetzer pünktlich zu erscheinen.

Der Einberufer.

Gewinnverteilung.

Die **Auszahlung der Gewinnanteile für 1899** nach § 54 der Betriebsordnung wird am

Freitag, den 2. Februar cr., nachm. 5 Uhr,

erfolgen, und es werden die im abgelaufenen Jahre von mir beschäftigten Arbeiter zu der der Auszahlung an meiner Kasse (Rungestraße 18a) vorangehenden Versammlung der Fabrikmitglieder hiermit eingeladen.

Beamten und Arbeitern, die aus der Fabrik ausgeschieden sind, werden ihre Anteile drei Monate aufbewahrt. Die nicht erhobenen Beträge werden der Unterstützungskasse und der Strafkasse überwiesen.

Berlin, 29. Januar 1900. **Heinr. Freese.**

Freie Vereinigung f. Flottenverträge.

Heute, 31. Jan., 8½ Uhr, im Oberlichtsaal der **Philharmonie:**

Vortrag von Herrn Geh. Reg.-Rat **Prof. Dr. Adolf Wagner.**

Thema: **Flottenvermehrung und Finanzen.**

Karten **50 Pfg.** abends an der Kasse. [3655L

Partei-Speditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — **80.:** Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunnen:** Wilhelm Gaßmann, Grünthalerstr. 65. — **Rosenthaler Vorstadt** und **Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Schillerstr. 94, v. 1 Treppe. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Th. Müller, Berlinerstr. 132/133, rechter Seitenfl. und W. Nickel, Augustastr. 3, v. l. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde:** Carl Welk, Berlin O., Friedrich-Karlstr. 4. — **Grünau:** Engel, Dahnestr. 6. — **Rixdorf:** Ostermann, Erkstr. 6. — **Schöneberg:** Wilh. Bäumler, Apostel Paulusstr. 13, Quergeb. Hochp. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Cigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Cigarrengeschäft. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur. — **Adlershof:** Max Worbs, Meyerstraße 4. — **Cöpenick:** Franz Weber, Cigarren-Handlung, Grünauerstr. 1. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Rhornstr. 15a. — **Baumschulenweg:** Krebs, Baumschulenweg 32, Hof links II. — **Neu-Weissensee:** Spediteur Heinrich Bachmann, Lehderstraße 1, part. links.

Außerdem ist sämtliche Parteilitteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**

Um **genaue** Angabe der Adresse wird **dringend** gebeten.

Bitte ausschneiden!

Sehr dankbar wird Ihnen

jeder Kaffee-Trinker sein, wenn Sie Carola-Kaffee verwenden, denn 1 Theelöffel Carola-Kaffee genügt, um sich 2 Tassen vorzüglichen gesundheitlich zuträglichen Kaffees herzustellen. Halb Bohnen- und halb Carola-Kaffee liefert in Stärke und Geschmack ein **ausgezeichnetes Getränk,** trotz dieser Vorzüge kostet ½ Pfund Carola-Kaffee nur **30 Pfg.** Ueberall zu haben. [2634L*

Bade-Anstalt Norden

Lortzingstr. 33.

Lohtannin, Russisch-Römisch, Dampfkasten mit Massage und Packungen. Wannen-, Sond-, Fichtennadel-, Kleie- und kohlensaure Bäder, Lieferant sämtlicher Krankenkassen. 3484B*

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Harn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit., heilt sicher ohne Berufsstörung. [3444B*

R. Wagner, Waßstraße 23. 9-2,5-9, St. 9-2

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 31. Januar.

Opernhaus. Die Afrikanerin Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der Verschwender. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Der Probekandidat. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Als ich wiederkam . . . Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Das deutsche Jahrhundert. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Amphitryon. Hierauf: Der zerbrochene Krug. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ein unbeschriebenes Blatt. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Zigeunerbaron. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Kabale und Liebe. Anfang 8 Uhr.
Central. Die kleine Excellenz. Anf. 7½ Uhr.
Carl Weiß. Die Jagd nach dem Glück oder: Die Diebin. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Boerenkrieg in Transvaal. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Leute von heute. Specialitäten-Vorstellung. Anf. 6 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Geheimrat Professor Dr. Otto N. Witt: „Geschichte der Farben-Industrie".

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Amphitryon.** Lustspiel in 3 Akten nach Molière von Heinrich von Kleist. Hierauf: **Der zerbrochene Krug.** Lustspiel in 1 Akt v. Heinr. v. Kleist.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Amphitryon.** Hierauf: **Der zerbrochene Krug.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Freudvoll und leidvoll.**

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Täglich: **Noch nie dagewesener Possen-Lacherfolg!**
Im Himmelhof.
Thomas, Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paulmüller.
Anfang 7½ Uhr.

W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.
Heute, Mittwoch, den 31. Januar: **Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.**
Donnerstag: **Goldene Berge.**

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Abends 7½ Uhr:
Die kleine Excellenz.
Operette in drei Akten von Richard Heuberger.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachm. 3 Uhr zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.** Operette von C. Millöcker.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.
In noch nicht gesehener Pracht-Ausstattung!
Neue Dekorationen! Neue Kostüme!
Die Jagd nach dem Glück oder: **Die Diebin.**
Realistisches Ausstattungsstück mit Ges. in 8 Bildern v. Carl Weiß. Musik v. L. Fall. In Scene gesetzt v. J. Dill. Anf. 8 Uhr. Vorzugsbill. bad. Gültigk. Im Tunnel v. 7 Uhr an Freikonzert.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabendnachmittag Kinder-Vorstellung: **Schneewittchen.** Sonntag, nachm. 3½ Uhr: **Lenore.** Kl. Preise.

Palast-Theater

früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.
Benefiz-Vorstellung
für d. Kapellmeister **Alfred Sommerfeld.**
Letztes Auftreten des gesamten **Specialitäten-Personals.**
Gastspiel bedeutender **Kunstkräfte.**
Um 8½ Uhr! Zum erstenmal:
Der selige Zwiebelmann.
Fastnachts-Burleske mit Gesang in 2 Akten von Felsch.
Musik von A. Sommerfeld.
Hauptrollen:
Richard Winkler und Wilhelm Fröbel.
Anfang 7½ Uhr. Vorverkauf 11—1 Uhr. Ehren-Vorzugskarten und Gutscheine sind gültig.
Sonnabend: **Palast-Theater-Maskenball.** Große Preis-Verteilung.

American-Theater.

Dresdenerstr. 96. Dir.: Emil Schnabl.
Der 2½ Meter **Riese Wilkins** 2½ Meter
in
Berliner Roulotte.
Vorher: **Eine Generalprobe von Maria Stuart.** Burleske in 1 Akt
Anfang 8 Uhr. Vorzugsbillets gültig.

Metropol-Theater

Behrenstrasse 55/57.
Nur noch 2 Tage
Liane de Vries.
Rapoli. Carmen Rosario.
The Clives. Pauline d'Argent.
Littke Carlsen,
sowie das ausgesuchte **Januar-Specialitäten-Programm.**
Um 9 Uhr 30 Minuten
Die verkehrte Welt
mit der feenhaften Truppen-Revue.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen 7½ Uhr.
Sonnabend, 3. Februar: Dritter grosser Metropol-Theater-Masken-Ball.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Geheimrat Prof. Dr. Otto N. Witt: „Geschichte der Farbenindustrie."
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!
Cecil Rhodes
Chamberlain
Ohm Krüger
General Joubert
Boerensoldaten.
Cindarella.
Drei Märchengruppen.

Passage-Panopticum.

Der amerikanische Haar-Athlet
Sascha
hebt mit den Haaren bis **300** Kilo
Theâtre variété
7—10½ Uhr.
Anatomisches Museum
Dienstags für Damen.

Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg!
Im Reiche des Indra.
Anfang 8½ Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater sowie im „Invalidendank" und „Künstlerdank".

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger**
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Großartiges Programm!

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Heute Mittwoch: Keine Soirée.
Morgen Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Ballettratten.
Siehste liebe Hanne.
Beginn d. Bockbier-Saison.
Tanzkränzchen.

Cirkus Schumann.

Heute, Mittwoch, den 31. Januar, abends präc. 7½ Uhr:
Große außerordentliche Gala-Vorstellung.
Nur noch drei Tage: Die kaiserlich japanischen Hofkünstler. Die zwölf Akimotos. Aus dem Reiche des Mikado. The 3 Haydas. Die Araber. Vorführung der anerkannt unerreicht dastehenden Originaldressuren des Dir. Alb. Schumann. Nur noch einige Male: **Die ersten und einzig tauchenden und schwimmenden Hirsche.**
Nur noch wenige Aufführungen des glänzendsten Ritterschauspiels
Schwarz und Weiß
mit sämtlichen Einlagen.

Cirkus Busch.

Heute abend 7½ Uhr: Zum 82. Male: **Die Camorra.** Außerdem zum 2. Male: **Die weisse Dame zu Pferde.** Der Feuerprinz Mr. Rivalli. Die Matweef-Akrob.-Troupe. Der phänomenalste Jongleur Signor Farini. Der Original-Welt-Jockey-Akt von Mr. Hermann Althoff.

Schweizer Garten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Jeden Sonntag: Ball.
Sonnabend im Februar frei.
Wochentage zu Privatfestlichkeiten.

Maskengarderobe

von **Adolf Runge,**
Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075, empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage. Großes Lager von Karneval-Aufzügen.

Schnegelsbergs Festsäle, Hasenheide 21, Jahnstrasse 8.

Inhaber: **Max Schindler.** — Telephon: Amt IV Nr. 1132.
Heute: **Großer Ball**
Specialität: Pfannkuchen-, Schlangen- und Apfelsinenregen und diverse Ueberraschungen.
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken 2c. meine **Säle,** 300 und 1200 Personen fassend **(mit Bühne)** zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 33620*

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in **in- und ausländischen Stoffen** für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** 2c. werden unter **Garantie** des **guten Sitzes** zu **überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Schultze,
Wasserthor-Str. 1/2.
Behandlung aller Haut-, Blasen- und Harnleiden ohne Berufsstörung. 3575L*
Sprechstunden 9—2, 5—9.
Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz.

Dr. Simmel Moritzplatz, (Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts)
Specialarzt f. Haut- u. Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.*

ZAHNSCHMERZ hohler Zähne beseitigt sofort KROPP'S Zahnwatte (20% Carvacrolwatte) in plomb. Flasche à 50 ₰ zu haben in allen Drogerien. Nimm keine Nachahmungen!
KROPP'S HILFT SICHER!

Uhren u. Goldwaren spottbillig.
Georg Wagner,
Skalitzerstr. 126 [*
— (nahe dem Kottbuser Thor). —

Mühlenstr. 8, nahe Oberbaum u. Station Warschauerstraße, sind zum 1. April freundl. Hofwohnungen von 2 Stuben u. Küche billig zu vermieten. Auskunft erteilt d. Verwalter u. Portier.

Allen Freunden zur Mitteilung, daß meine Frau von einer kleinen Proletarierin entbunden ist. 21279
Lanknickel, Dalldorferstr. 40.

Socialdemokratischer **Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Steinmetz
Georg Jsrael
am 28. Januar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Wohnung Rathenowerstr. 21 nach dem Johannis-Kirchhof (Plötzensee) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
246/7 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser guter Vater, der Steinmetz [21405
Georg Jsrael
am Sonntag, den 28. d. M., verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Februar cr., nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause Rathenowerstraße 21, aus nach dem Johannis-Kirchhof in Plötzensee statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Steinarbeiter!

Am 27. Januar starb unser Kollege
Valentin Garbari.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Januar, nachmittags 2½ Uhr, von der Charité aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
172/3 **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Nachruf!
Am 24. Januar 1900 verstarb unser langjähriges Mitglied, der Schraubenbrecher
Paul Geiseler.
Ehre seinem Andenken!
110/13 **Die Ortsverwaltung.**

Sage hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangverein der Glasarbeiter in Stralau, den herzlichsten Dank für die zahlreichen Glückwünsche zu unserer Silberhochzeit. 21286
W. Neumann nebst Frau.

Gestern mittag 1½ Uhr verschied nach schwerem Leiden meine liebe Frau und gute Mutter 21355
Frieda Ewert geb. **Baumgart.**
Die Beerdigung findet am 1. Februar, nachm. 3 Uhr, von dem Neuen Jakobi-Kirchhof, Hermannstraße, aus statt.

Brauerei Germania Aktienges.

in ca. 70 eigenen Lokalen
Bockbier 4/10 Liter 10 Pf.
1/8 Tonne 3,50. 1 Flasche 4/10 Liter 10 Pf.
15 Flaschen 4/10 Liter 1,50
frei Haus.
3631L* ● Telephon VII 2645. ●

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gastwirtschaft mit großem Garten-Kegelbahn, Saal usw. ist zum Inventarpreis zu verkaufen. Neu-Weißensee, Prenzlauer-Chaussee 3—4.

Sichere Existenz. Älteres Vorkost-, Gemüse- und Kohlengeschäft verkäuflich Adalbertstraße 24. †142*

Baustellen, Rute 12 Mark, an der Hauptstraße von Birkenwerder nach Bergfelde gelegen, verkauft Blotzfeld, Hussitenstraße 21. †63*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1106b

Möbel, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I, Ecke Königsbergerstraße. 2878*

Teppiche mit Farbenfehlern, Engroslager Große Frankfurterstraße 9, parterre. †117*

Damenbüsten, Schreibtische Ladentisch, Regale, Glühlichtkronen, Wiegeschalen spottbillig. Hütz, Weinbergsweg 13b. 2089b

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung. Postkarte. Lindner, Bernauerstraße 75. 1793*

Nähmaschinen, Robin, Adler, Rück- und Vorwärtsnäher, ohne Anzahlung. Postkarte. Fechner, Hussitenstraße 26. †63*

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung. Lager, vierhundert Fahrräder, Garantie, liefern direkt Privaten. Imperial-Fahrradwerke, Diefenbachstraße 33. [22 R*

Kanarienroller 4,00, Zuchtweibchen 75. Umständehalber Alexanderstraße 8. 121/2*

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Kanarienroller. feinste Sänger, verkauft Restauration, Schöneberg, Bahnstraße 35. †128*

Butter-, Mehl-, Vorkostgeschäft, beste Lage Schönebergs, krankheitshalber verkäuflich. Auskunft Elisabethstraße 41, Hof IV, Hildebrandt. [2138b*

Passend für Parteigenossen Restauration, 7 Jahre in einer Hand, krankheitshalber sofort zu verkaufen. Auskunft bei Mars, Kastanienallee 96. *

Betten, schöner Stand, umständehalber sofort, 20 Mark. Adalbertstraße 78, vorn I rechts. 2126b*

Daunenfedern 1,75 Mark. Rummelsburg, Türrschmidtstr. 20, Gebunke.

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik. 5. Februar neuer Abendkursus. Bedeutende Zukunft für Herren aller Branchen, namentlich Metallgewerbe. Beste Lehrmethode (theoretisch — praktisch). Prüfung. — Zeugnis. — Stellennachweis. — Anmeldung umgehend, persönlich. Jackson, Alte Jakobstraße 24. 2121b

Elektrotechnik. Neuer Abendkursus. Jackson, Alte Jakobstraße 24.

Unfallsachen. Klagen, Eingaben, Putzger, Steglitzerstraße 65. [1717b

Möbel. Wirtschaften, kauft Möbelgeschäft Ankamerstraße 20. 338*

Vereinszimmer empfiehlt Lier, Alte Jakobstraße 119. [288K*

Vereinszimmer mit Piano Quandt, Belle-Alliancestraße 74a. 3K*

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flick. [18*

Vereinszimmer mit Piano. Scholz, Rheinsbergerstraße 22. 2029b

Uhren repariert Wilhelm Flade, Uhrmacher, Putbuserstraße 45. [†145*

Großes Vereinszimmer zu vergeben. Schulz, Bahnstraße 35. [†128*

Vermietungen.

Mietsgesuche.

Kleines möbliertes Zimmer mit Kasser, nahe Schlesischen Bahnhof, gesucht. Wenn möglich Flureingang. Offerten mit Preis „Hermis" Spedition Fruchtstraße 30. †118

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für 2 Herren oder Damen (a 8 M.) sogleich oder später zu vermieten. Wwe. Rosenthal, Forsterstraße 54, Seitenflügel III.

Flurzimmer, 2 Herren, Skalitzerstraße 1, Schön. 2133b

Schlafstellen.

Schlafstelle, separat, 6 Mark. Lahmann, Waldemarstraße 28. 5/7.

Schlafstelle, möbliert, Herr oder Dame, vermietet sofort Beyer, Zorndorferstraße 30 IV. †118

Schlafstelle, Herrn, Königsberger, straße 31, 2. Seitenflügel, IV links Witwe Tuminski. 2125b

Möblierte Schlafstelle, separat, Markgrafenstraße 9, Quergebäude II, Raschowicz. 2134b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Kassiererstelle für Sonntags gesucht. Kaution kann gestellt werden. Offerten erbeten O. P. 100, Postamt 39. †63

Stellenangebote.

Wäscher. Tüchtige Wäscher für Hemdblusen, die bei saubersten, tadellosester Stärkerei und Plätterei Posten liefern können, finden lohnende Beschäftigung. Orgler u. Fidelmann, Kurstr. 47/48, III. 2014b

Marmorschleifer, nur tüchtige, verlangt Hepp, Urbanstraße 34. [2141b

Geselle auf Kleiderspinden verlangt Meisler, Friedrichsberg, Friedrichkarlstraße 23. †90

Bügler, jungen, verlangt Lambrecht, Schliemannstraße 28. †122

Versilberer verlangen Deutsch u. Lachmann, Büschingstraße 4. 2136b

Schlosser und Schmiede verlangt Ed. Puls, Tempelhof, Germaniastraße.

Tüchtiger Barock-Vergolder findet dauernde Beschäftigung. Goldleistenfabrik, Alexandrinenstraße 25. [2131b

Hütchen-Arbeiterinnen im Hause auf Battist und Mullsachen verlangen v. Bahlen u. Co., Krausenstraße 40.

Eine tüchtige Vergolderin, bei gutem Lohn, verlangt E. Joers, Skalitzerstraße 28. †106

Blusen. Tüchtige Arbeiterinnen auf bessere konfektionierte Blusen, welche bei sauberster Ausführung Posten liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Orgler & Fidelmann, Kurstraße 47/48, III. 2115b

Singerstepperin verlangt David Riese, Jägerstraße 26. 2114b

Plätterinnen auf Stehkragen und Umlegekragen im und außerm Hause gesucht. M. Treppe, Schönhauser Allee 167a, Fabrikgebäude 4 Treppen.*

Kleidchen-Arbeiterinnen bei Schröder, Pankow, Kaiser Friedrichstraße 67. 1944b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Ein guter 2129b
Damenschneider
kann sofort Arbeit bekommen für das ganze Jahr. Garantiert von 20—40 M. die Woche. Reise vergütet. Englisch sprechen nicht nötig. Antwort erbeten unter **A. Philippe, 12 Nassau-Street, Dublin, Irland.** [*

Möbelpolierer!

Seit dem 4. Dezember sind die Kollegen bei **Laborenz,** Rixdorf, Kniesebeckstraße, im Ausstand. Zuzug fernzuhalten bittet 145/5
Der Vorstand des Verbandes

Achtung, Holzarbeiter!

In der **Möbelfabrik von Frankel & Comp.,** Lützowstraße 106, sind sämtliche Tischler wegen Lohndifferenzen ausgesperrt. 77/7
In der **Möbelfabrik von Baumgärtner, Friedrichsberg,** Blumenthalstraße 27, haben sämtliche Tischler wegen Abzüge die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Sattler!

Bei der Firma [156/10
F. Pitter, Dresdenerstr. 35, dauert der Streik fort.
Zuzug ist streng fernzuhalten!
Die Agitationskommission Berlin I.

Achtung! Drechsler!

Von d. Alabasterwarenfabriken von **Habilt u. Comp.,** Elisabeth-Ufer 29 **Goldschmidt u. Comp.,** Ritterstr. 40 **Rassel u. Fleischer,** Brizerstr. 7, ist
Zuzug fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.